

Energiearmut in MigrantInnenhaushalten

Masterarbeit

Zur Erlangung des akademischen Grades

Master of Science

an der Karl-Franzens-Universität Graz

Vorgelegt von

Katrin Schriebl, BSc

am Institut für Systemwissenschaften, Innovations- und
Nachhaltigkeitsforschung

Begutachter: Ao.Univ.-Prof. Mag. Dr.rer.soc.oec. Alfred Posch

Ass.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. Günter Getzinger

Graz, 2014

Danksagung

Mein Dank gilt Herrn Dr. Getzinger, der mich von der ersten Idee bis zum letzten Satz dieser Masterarbeit immer wieder mit wichtigen Anmerkungen, neuen Ideen und kritischen Fragen versorgt hat. Zusätzlich danke ich Herrn Prof. Posch für die abschließende Begutachtung und allen befragten Expertinnen und Experten für ihren wertvollen Input. Ganz besonders danken möchte ich meinen Eltern die immer für mich da waren, mich angespornt haben nicht aufzugeben und meinen Weg zu finden. Ich danke meinem Freund für die andauernde Geduld und Unterstützung. Vielen Dank auch an alle die mich während der Erstellung dieser Masterarbeit, aber auch während des ganzen Studiums, seelisch und moralisch unterstützt, mich in schwierigen Phasen wieder aufgebaut und die guten Momente mit mir gefeiert haben.

Ehrenwörtliche Erklärung

Ich erkläre ehrenwörtlich, dass ich die vorliegende Arbeit selbstständig und ohne fremde Hilfe verfasst, andere als die angegebenen Quellen nicht benutzt und die den Quellen wörtlich oder inhaltlich entnommenen Stellen als solche kenntlich gemacht habe. Die Arbeit wurde bisher in gleicher oder ähnlicher Form keiner anderen inländischen oder ausländischen Prüfungsbehörde vorgelegt und auch noch nicht veröffentlicht. Die vorliegende Fassung entspricht der eingereichten elektronischen Version.

Datum:

Unterschrift:

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	6
Zusammenfassung	7
Abstract	7
1 Einleitung	8
1.1 Problemstellung	8
1.2 Zielsetzung und Forschungsfragen	8
2 Rahmenbedingungen der österreichischen Energiewirtschaft	10
2.1 Grundlagen der österreichischen Energieversorgung	10
2.2 Energieverbrauch in Österreich	12
2.3 Energieverbrauch im Wirtschaftssektor Haushalt	17
2.4 Energiekosten im Wirtschaftssektor Haushalte	19
3 Armut und Armutsgefährdung	23
3.1 Einführung und Begriffsdefinition	23
3.2 Entstehungszusammenhänge von Armutsgefährdung	27
3.3 Armut und Armutsgefährdung in Österreich	29
3.4 Aktuelle Daten zur Armut und Armutsgefährdung in der Steiermark	34
3.5 Besonders armutsgefährdete Gruppen	35
3.6 Armutsbekämpfung	37
4 MigrantInnen in Österreich	38
4.1 Einführung und Begriffsdefinition	38
4.2 Formen der Zuwanderung	40
4.3 MigrantInnen in Österreich	42
4.4 MigrantInnen in der Steiermark	47
4.5 MigrantInnen als armutsgefährdete Gruppe	48
5 Energiearmut	51
5.1 Theoretische Grundlagen und Begriffsdefinition	51

5.2	Bekämpfung von Energiearmut.....	61
6	Empirische Ergebnisse	66
6.1	Ausgangssituation.....	66
6.2	Methodische Vorgehensweise	68
6.3	ExpertInneninterviews.....	82
6.4	Diskussion der Forschungsfragen.....	93
6.5	Resümee und Ausblick	98
6.6	Executive Summary.....	99
	Abbildungsverzeichnis	101
	Tabellenverzeichnis.....	102
	Literaturverzeichnis.....	103
	Interviewverzeichnis	110

Abkürzungsverzeichnis

BIP	Bruttoinlandsprodukt
EFTA	Europäische Freihandelsassoziation
EPI	Energiepreisindex
EU	Europäische Union
kWh	Kilowattstunde
m ²	Quadratmeter
Mrd	Milliarden
OECD	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
PKW	Personenkraftwagen
PJ	Petajoule
TJ	Terajoule
u.dgl.	und dergleichen
u.Ä.	und Ähnliches
UNDP	Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen
UNHCR	Hoher Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen
US	Vereinigte Staaten
USA	Vereinigte Staaten von Amerika
VPI	Verbraucherpreisindex
WHO	Weltgesundheitsorganisation

Zusammenfassung

Energiearmut stellt in der österreichischen Forschungslandschaft ein immer wichtiger werdendes Thema dar. Im Rahmen dieser Masterarbeit wurde der Fokus auf die Bevölkerungsgruppe der MigrantInnen gelegt welche, gemeinsam mit anderen Gruppen, ein erhöhtes Risiko aufweist von Energiearmut betroffen zu sein. Zunächst wurden im Auftrag des Caritas Campus Graz Workshops und Hausbesuche für MigrantInnen zum Thema „Energie sparen im Haushalt“ durchgeführt. Die Erfahrungen aus diesen Veranstaltungen wurden gemeinsam mit den Ergebnissen aus den zusätzlich durchgeführten ExpertInneninterviews und einer umfassenden Literaturrecherche analysiert. Daraus entstanden eine umfassende Betrachtung der speziellen Situation energieärmer MigrantInnen, sowie eine Reihe von Handlungsempfehlungen, um Energiearmut vor allem in MigrantInnenhaushalten entgegenzuwirken.

Abstract

Energy poverty is becoming a more and more important subject in the Austrian research landscape. Within the framework of this master thesis a special focus was placed on the migrant population which (among other groups) has a aggravated risk of being affected by energy poverty. Initially there were implemented workshops as well as associated home visits about “efficient energy usage in households” on behalf of the Caritas Campus Graz. The gained experiences from those events were analysed together with an extensive literature research and the results of accomplished expert interviews. Hence evolves a comprehensive overview of the specific situation of energy poor migrants as well as a series of recommendations to reduce energy poverty especially in migrant households.

1 Einleitung

1.1 Problemstellung

In Österreich existieren verschiedene Bevölkerungsgruppen, welche ungleich stärker von Armut beziehungsweise Energiearmut betroffen sind als der Durchschnitt. Darunter fallen auch MigrantInnen. Zusätzlich ist Energiearmut in der österreichischen Forschungslandschaft ein relativ junges Thema und der Begriff in Österreich und der Europäischen Union noch nicht endgültig definiert. Im Bezug auf Österreich kann aktuell am ehesten die Definition der Energie-Control Austria als relevant betrachtet werden welche als energiearme Haushalte jene definiert welche über ein vergleichsweise niedriges Einkommen verfügen und gleichzeitig von überdurchschnittlich hohen Energiekosten betroffen sind (Energie-Control Austria, 2013a, S. 3-4). Die Wahrnehmung des Problems im öffentlichen Diskurs ist gering, beziehungsweise in Bezug auf die vermehrt betroffenen Bevölkerungsgruppen kaum vorhanden. In diesem Zusammenhang soll mit dieser Arbeit die Situation der in Österreich lebenden MigrantInnen näher betrachtet werden.

Die vorliegende Arbeit gibt zunächst einen weiten Überblick über die Themenbereiche Energiewirtschaft, Armut und Migration in Österreich, da diese die thematische Grundlage für die anschließende Analyse bilden. Anschließend folgen die theoretische Aufarbeitung von Energiearmut sowie die Auseinandersetzung mit energiearmen MigrantInnen im Rahmen der Literaturrecherche und des empirischen Ansatzes. Das Ziel der Arbeit stellt die Beantwortung der Forschungsfragen unter Zuhilfenahme der existierenden wissenschaftlichen Literatur im Rahmen einer Literaturrecherche, sowie der während den Workshops und Hausbesuchen erfolgten Erkenntnisse dar. Zusätzlich wurden ExpertInneninterviews mit Personen durchgeführt welche sich in der Praxis mit dem Thema beschäftigen. Die transkribierten Interviews wurden einer qualitativen Inhaltsanalyse nach Gläser und Laudel unterzogen und die Ergebnisse daraus flossen ebenfalls in die Beantwortung der Forschungsfragen sowie die Diskussion mit ein.

1.2 Zielsetzung und Forschungsfragen

Das Ziel dieser Masterarbeit ist es, insbesondere die Situation der MigrantInnen in Hinblick auf die Problematik der Energiearmut zu untersuchen. Sowohl national als auch international existieren nur wenige Publikationen welche sich mit der Thematik energieärmer

MigrantInnen beschäftigen und wenn dann meist in Kombination mit anderen Bevölkerungsgruppen. Mit der vorliegenden Arbeit soll zum ersten Mal ein breiter Überblick über die Situation energieärmer MigrantInnen und mögliche Handlungsempfehlungen zur Reduktion derselben bieten. Dazu wurden zunächst mit Hilfe einer umfassenden Literaturrecherche die Ursachen für Energiearmut (hohe Energiepreise, geringes Einkommen, schlechte energetische Wohnsituation) in Bezug auf MigrantInnen analysiert, um festzustellen ob tatsächlich eine Mehrbelastung bei dieser Bevölkerungsgruppe vorliegt. Des Weiteren wurden bei der Durchführung von Workshops mit MigrantInnen zum Thema „Energie sparen im Haushalt“ und darauf folgenden Hausbesuchen in MigrantInnenhaushalten Beobachtungen getätigt, welche ebenfalls in die Analyse der Situation energieärmer MigrantInnen in Österreich einfließen. Im Rahmen der Masterarbeit wurden des weiteren Aspekte der Energiearmut identifiziert, welche eine besondere Rolle bei der Arbeit mit MigrantInnen aber auch allgemein mit von Energiearmut Betroffenen spielen können, um anschließend Handlungsempfehlungen zur Verringerung von Energiearmut in MigrantInnenhaushalten zu formulieren.

Die vorrangigen Forschungsfragen, welche mit dieser Arbeit näher betrachtet und analysiert werden sollen lauten:

- Warum sind MigrantInnen eine jener Bevölkerungsgruppen, welche vermehrt von Energiearmut betroffen sind?
- Welche zusätzlichen Herausforderungen entstehen bei der Arbeit mit MigrantInnen in Bezug auf Energiearmut im Vergleich zu anderen Bevölkerungsgruppen?
- Welche Handlungsempfehlungen lassen sich ableiten, um Energiearmut in (MigrantInnen)Haushalten auf Dauer zu reduzieren?

2 Rahmenbedingungen der österreichischen Energiewirtschaft

2.1 Grundlagen der österreichischen Energieversorgung

Zu Beginn der Nutzung von Energieträgern durch den Menschen war Holz neben Sonnenenergie der primär verwendete Energieträger. Mit der Entstehung von größeren Siedlungen beziehungsweise Städten wurden von den Menschen bis ins Mittelalter zunehmend auch andere erneuerbare Energieträger genutzt. Diese waren vor allem Muskelkraft, hauptsächlich von Tieren und Sklaven, Holzkohle, Wasser und Wind. Mit dem Übergang zur Neuzeit und der industriellen Revolution begann der Anstieg der Nutzung von fossilen Energieträgen wie Kohle, Erdöl und Erdgas. Mit der Entdeckung der Elektrizität und der Erfindung der Dampfmaschine begann ein stetiger Anstieg der Energienachfrage, sowohl in Haushalten als auch in den anderen Wirtschaftssektoren (Leisch, 2006, S. 7).

In den Jahren des späten 19. Jahrhunderts wurde Holz von Kohle als wichtigstes im Haushalt verwendetes Heizmittel abgelöst. In weiterer Folge wurde Kohle dann von Öl und Erdgas verdrängt. Aktuell existiert in der Gesellschaft eine Rückentwicklung hin zu erneuerbaren Energieträgern wie Holz, Windkraft, Wasserkraft und Solarenergie (Sieferle, Krausmann, Schandl, & Winiwarter, 2006, S. 241-243).

2.1.1 Energieträgermix Österreich

Die aktuelle Energieversorgung in Österreich basiert auf einem Energieträgermix. So wurden im Jahr 2011 69,4% des Bruttoinlandsverbrauchs¹ von fossilen Energieträgern abgedeckt. (Bundesministerium für Wirtschaft, 2012, S. 15) Der Anteil erneuerbarer Energieträger (Wasserkraft und andere) ist von 15,2% im Jahr 1970 auf knapp 26% im Jahr 2011 gestiegen, während der Anteil von Kohle von 24,6% auf 10,2% zurückgegangen ist. Gleichzeitig hat sich allerdings auch der Anteil von Gas am Energieträgermix von 12,7% auf 23% erhöht (Bundesministerium für Wirtschaft, 2012, S. 15).

¹ Der Bruttoinlandsverbrauch entspricht der Energiemenge, welche im Berichtszeitraum insgesamt zur Deckung des Inlandsbedarfs notwendig war (Statistik Austria, 2011b, S. 10). Er errechnet sich aus der Primärenergieerzeugung + Nettoeinfuhren + Bestandsveränderungen – Bunkerbestände (Eurostat, 2013).

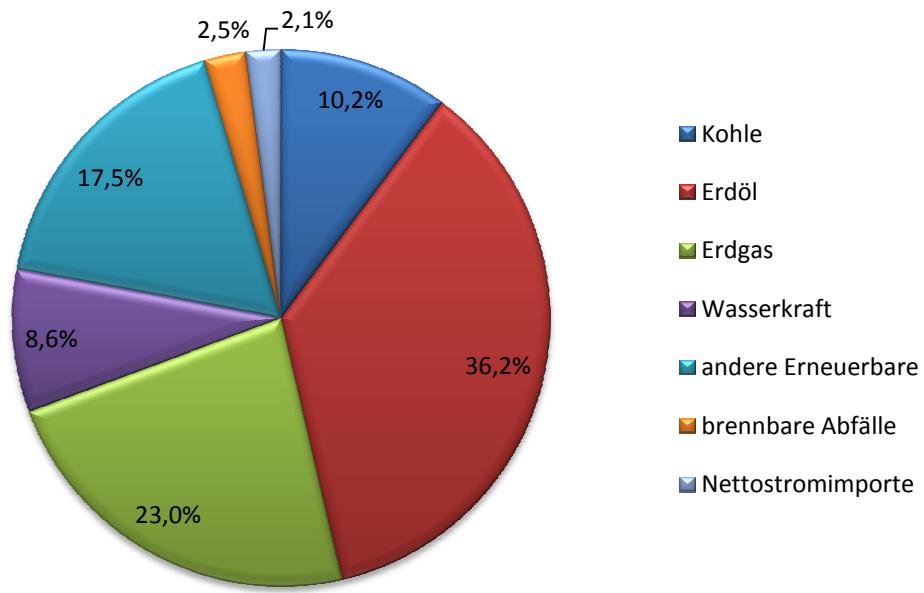


Abbildung 1: Struktur des Bruttoinlandsverbrauchs Österreich 2011, Quelle: (Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend, 2013, S. 17), eigene Darstellung

2.1.2 Energieträgermix Steiermark

Im Jahr 2011 betrug der Bruttoinlandsverbrauch in der Steiermark 209.145 Terajoule. Wie aus Abbildung 2: Struktur des Bruttoenergieverbrauchs Steiermark 2011, Quelle: , eigene Darstellung ersichtlich, wird die Hälfte des Bruttoinlandsverbrauchs aus Erdöl beziehungsweise Erdgas erzeugt, 25% aus erneuerbaren Energien, 7% aus Nettostromimporten und 1% aus brennbaren Abfällen (Statistik Austria, 2012e). Dabei wird der Verbrauch von Erdöl vor allem dem Sektor Verkehr und den privaten Haushalten zugerechnet, während Erdgas und elektrische Energie vor allem im produzierenden Sektor eingesetzt werden. Vor allem im Sektor Haushalt zeigt sich eine klare Tendenz hin zu erneuerbaren Energieträgern, auch wenn der aktuelle Schwerpunkt noch auf fossilen Energieträgern liegt (Arbeiterkammer Steiermark, 2009, S. 10-12).

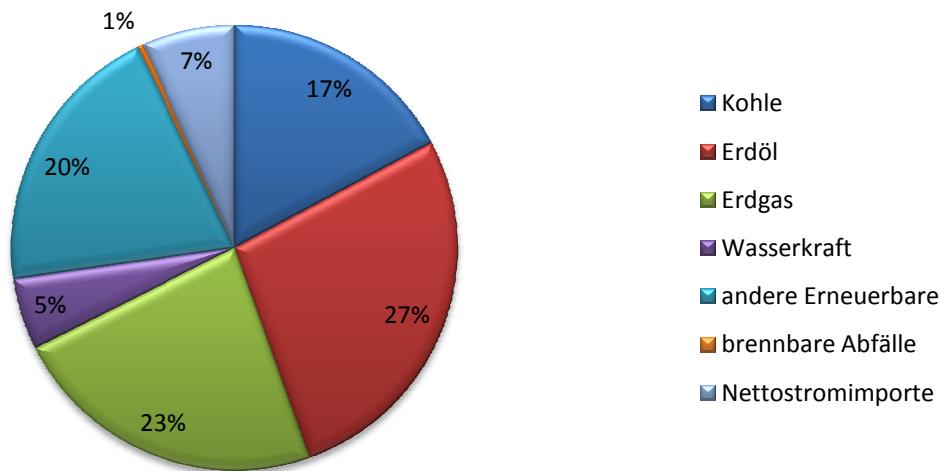


Abbildung 2: Struktur des Bruttoenergieverbrauchs Steiermark 2011, Quelle: (Statistik Austria, 2012e), eigene Darstellung

2.2 Energieverbrauch in Österreich

2.2.1 Bruttoinlandsverbrauch Österreich

Der Bruttoinlandsverbrauch beschreibt den gesamten Energiebedarf eines Landes beziehungsweise einer definierten Region vor der Umwandlung in Kraftwerken, Heizwerken, Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen oder Raffinerien) (Energie-Control Austria GmbH, 2013b, S. 4).

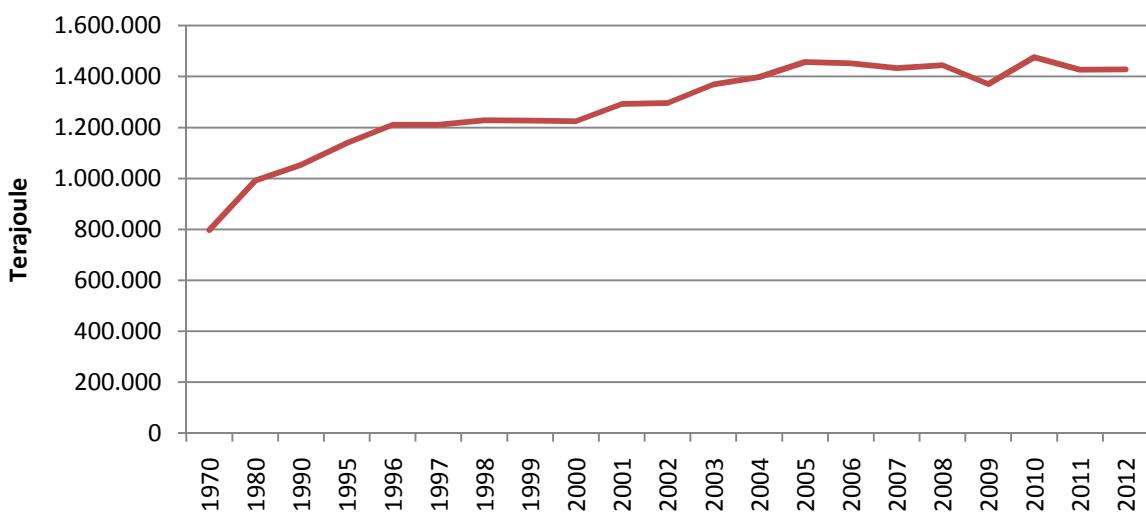


Abbildung 3: Bruttoinlandsverbrauch Österreich (1970-2012) in Terajoule, Quelle: (Statistik Austria, 2013b), eigene Darstellung

Der österreichische Bruttoinlandsverbrauch an Energie ist – wie aus Abbildung 3 ersichtlich – von 1970 bis etwa ins Jahr 2005 durch stetige Zuwächse gekennzeichnet. Die kurzen Zeiträume, in denen der Verbrauch stagnierte oder rückläufig war, waren durch externe Einflüsse wie beispielsweise Wirtschaftsentwicklungen, Ölpreis oder besondere Witterungsbedingungen gekennzeichnet. So lässt sich der Rückgang des Verbrauchs im Jahr 2009 ausreichend durch externe Umstände erklären. In diesem Jahr fand ein gravierender Konjekturereinbruch statt, bei dem das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) um 3,8% zurückging. In Kombination mit den außergewöhnlich milden Witterungsverhältnissen und den guten Bedingungen für die Stromerzeugung mit Wasserkraft in diesem Jahr sank der Bruttoinlandsverbrauch auf 1.354 Petajoule (PJ) (Bundesministerium für Wirtschaft, 2012, S. 13).

Im darauffolgenden Jahr erholte sich die Wirtschaft wieder. Das reale BIP stieg um 2,3% und zugleich erfolgte ein Anstieg der Heizgradtage² um 13,4% im Vergleich zum Vorjahr. (Bundesministerium für Wirtschaft, 2012, S. 14) Der damit verbundene Anstieg in der Beheizung privater Haushalte führte gemeinsam mit dem Anstieg des realen BIP zu einer Erhöhung des Energieverbrauchs um 6,7% im Vergleich zum Vorjahr auf 1.458 PJ, was damit der höchste Bruttoinlandsverbrauch seit 1990 war (Bundesministerium für Wirtschaft, 2012, S. 14). Seit 2005 kann eine stagnierende Entwicklung im österreichischen Energieverbrauch beobachtet werden (Bundesministerium für Wirtschaft, 2012, S. 13).

2.2.2 Bruttoinlandsverbrauch Steiermark

Im österreichischen Bundesland Steiermark hat der Energieverbrauch bis 2005 stetig zugenommen und ist seither weitgehend stabil, wie auf Abbildung 4 zu sehen ist. Im Jahr 2011 betrug der Bruttoenergieverbrauch 209.145 Terajoule, während er im Jahr 1988 noch bei 156.958 Terajoule lag (Statistik Austria, 2012e).

² In Österreich werden die Heizgradtage, welche zur Berechnung des Heizwärmebedarfs eines Gebäudes während der Heizperiode dienen, laut ÖNORM B 8135 und ÖNORM M 7500 berechnet. An jedem Tag, an dem die mittlere Tagesaußentemperatur bei unter 12°C liegt wird die Differenz zwischen einer normierten Raumtemperatur (20°) und der durchschnittlichen Außentemperatur ermittelt. Diese Differenz ist die Gradtagszahl und die Anzahl dieser Tage sind die Heizgradtage.

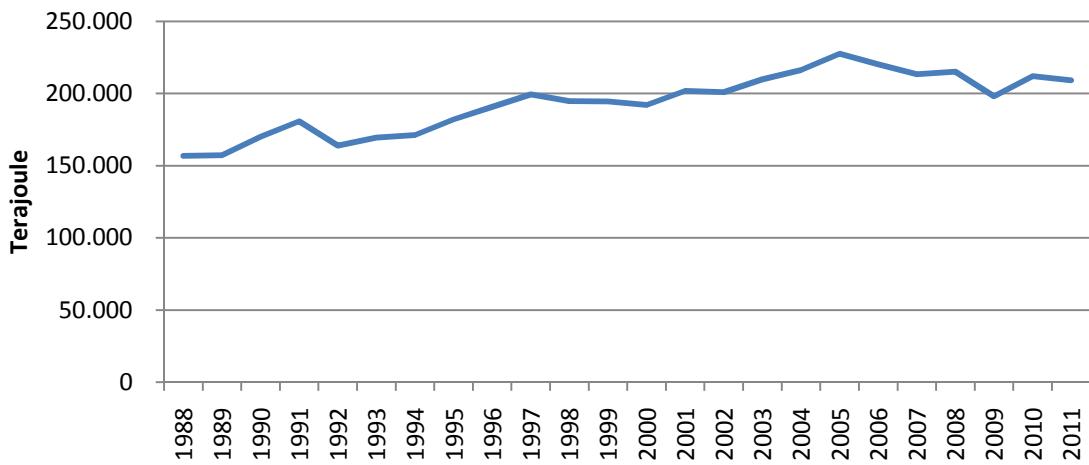


Abbildung 4: Bruttoinlandsverbrauch Steiermark (1988-2011) in Terajoule, Quelle: (Statistik Austria, 2012e), eigene Darstellung

2.2.3 Energieendverbrauch in Österreich nach Wirtschaftssektoren

In diesem Kapitel folgt eine Analyse des energetischen Endverbrauchs in Österreich nach den einzelnen Wirtschaftssektoren und der Entwicklung seit 1970. Wie bereits in Kapitel 2.1.2. beschrieben, hängt die Entwicklung des Energieverbrauchs von unterschiedlichen Faktoren, wie beispielsweise den Witterungsverhältnissen oder dem Wirtschaftswachstum ab.

Der energetische Endverbrauch unterscheidet sich vom Bruttoinlandsverbrauch dadurch, dass im Endverbrauch die Umwandlungsverluste berücksichtigt werden, welche somit nicht mehr enthalten sind. Daher entsteht zwischen den beiden Faktoren auch eine mengenmäßige Differenz. Der energetische Endverbrauch selbst bezeichnet die Energiemenge, welche dem/der VerbraucherIn in Haushalt, Gewerbe, Verkehr, Landwirtschaft und Produktion tatsächlich zur Verfügung steht, um sie in Nutzenergie für Elektrogeräte, Raumwärme und ähnliches umzuwandeln. Der energetische Endverbrauch beinhaltet alle umgewandelten Energieformen wie Heizöl, Diesel, Benzin, elektrische Energie, Fernwärme u.dgl. (Energie-Control Austria GmbH, 2013b, S. 4).

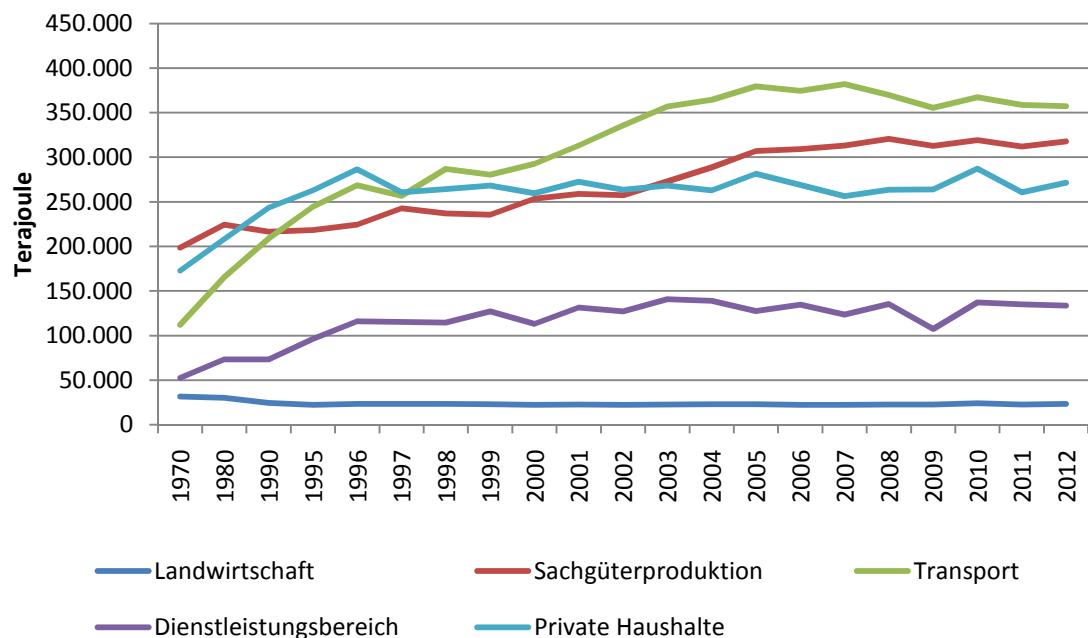


Abbildung 5: Energetischer Endverbrauch nach Sektoren (1970-2012), Quelle: (Statistik Austria, 2013b), eigene Darstellung

Wie auf Abbildung 5 zu sehen ist stellt der Sektor der privaten Haushalte mit einem Anstieg des Verbrauchs von 172.836 Terajoule im Jahr 1970, auf 271.450 Terajoule im Jahr 2012 aktuell den Sektor mit dem dritthöchsten energetischen Endverbrauch nach dem Transportsektor und der Sachgüterproduktion dar. (Statistik Austria, 2013c).

Der Verbrauch in den privaten Haushalten steigt seit 1995 nur noch leicht an beziehungsweise bleibt konstant. Das ist bemerkenswert, da 1996 die privaten Haushalte noch jenen Sektor darstellten, der durch den höchsten Endenergieverbrauch gekennzeichnet war (Statistik Austria, 2013b).

In Prozenten ausgedrückt und in Abbildung 6 dargestellt, verbrauchte im Jahr 2010 der Sektor Transport mit 32,9% knapp ein Drittel des gesamten innerösterreichischen energetischen Endverbrauchs, gefolgt von der Sachgüterproduktion mit 28,4% und den privaten Haushalten mit 25,7%. Danach folgen der Dienstleistungssektor mit 10,9% und die Landwirtschaft mit einem Anteil von 2,1% (Bundesministerium für Wirtschaft, 2012, S. 25).

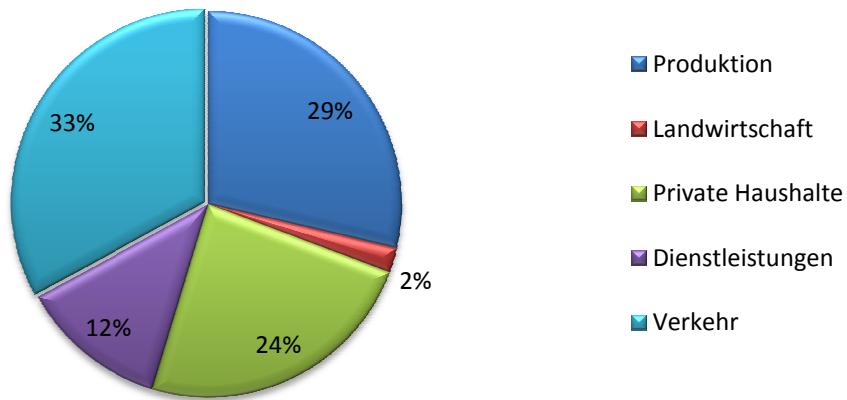


Abbildung 6: Energetischer Endverbrauch in Österreich nach Sektoren 2011, Quelle: (Statistik Austria, 2013b), eigene Darstellung

2.2.4 Energieendverbrauch in der Steiermark nach Wirtschaftssektoren

In der Steiermark hatten im Jahr 2011 drei Sektoren einen wesentlichen Anteil am gesamten Endenergieverbrauch. Der Produktionssektor mit 41% stellte den größten Anteil dar, gefolgt von den privaten Haushalten mit 24% und dem Verkehr mit 23%. Die übrigen Wirtschaftssektoren wie die Landwirtschaft mit 2% und der Dienstleistungsbereich mit 10% haben einen relativ geringen Anteil am Gesamtverbrauch (Statistik Austria, 2012e).

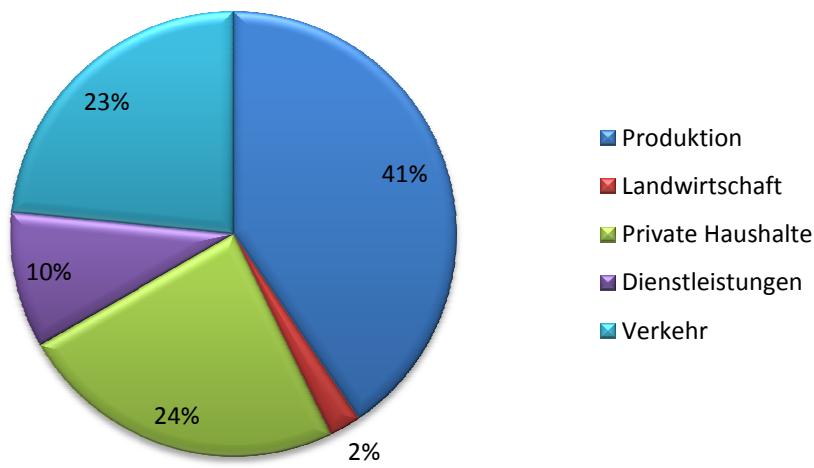


Abbildung 7: Energetischer Endverbrauch in der Steiermark nach Sektoren 2011, Quelle: (Statistik Austria, 2012e), eigene Darstellung

2.3 Energieverbrauch im Wirtschaftssektor Haushalt

In diesem Kapitel wird der Wirtschaftssektor der privaten Haushalte beziehungsweise dessen Energieverbrauch näher betrachtet. In den Jahren 1990-2005 hatte der Sektor Haushalt im Durchschnitt einen Anteil von etwa 30% am gesamtösterreichischen Energieverbrauch (Bundesministerium für Wirtschaft, 2012, S. 27). Wie in Abbildung 5 zu sehen ist, hatte der Sektor Haushalt im Jahr 1990 sogar den höchsten Anteil aller Wirtschaftssektoren am Gesamtenergieverbrauch Österreichs (Statistik Austria, 2013b). Hier handelt es sich rein um den Energieverbrauch der durch das Wohnen entsteht, die Energieverbräuche für die Verkehrsleistungen der Haushalte sind nicht inkludiert.

Einen wichtigen Einflussfaktor auf den Sektor Haushalt stellen die Bevölkerungszahlen dar. Im Vergleich zu 1990 ist die österreichische Gesamtbevölkerung bis ins Jahr 2011 um 9,2% gewachsen, wobei die Anzahl der Wohnungen im Vergleichszeitraum sogar um 25% und die durchschnittliche Wohnnutzfläche um 18,2% zugenommen hat (Bundesministerium für Wirtschaft, 2012, S. 27). In ganz Österreich gab es im Jahr 2012 3.678.000 Privathaushalte mit einer durchschnittlichen Haushaltsgröße von 2,27 Personen (Statistik Austria, 2013h). In der Steiermark betrug die durchschnittliche Haushaltsgröße 2,35 Personen bei einer Gesamtzahl von 510.000 Haushalten (Statistik Austria, 2013h).

2.3.1 Endenergieverbrauch der österreichischen Haushalte

Der Gesamtendenergieverbrauch der österreichischen Haushalte lag im Jahr 2011 bei 260.689 Terajoule und weist seit vielen Jahren ein weitgehend stagnierendes Verhalten auf (Statistik Austria, 2012a).

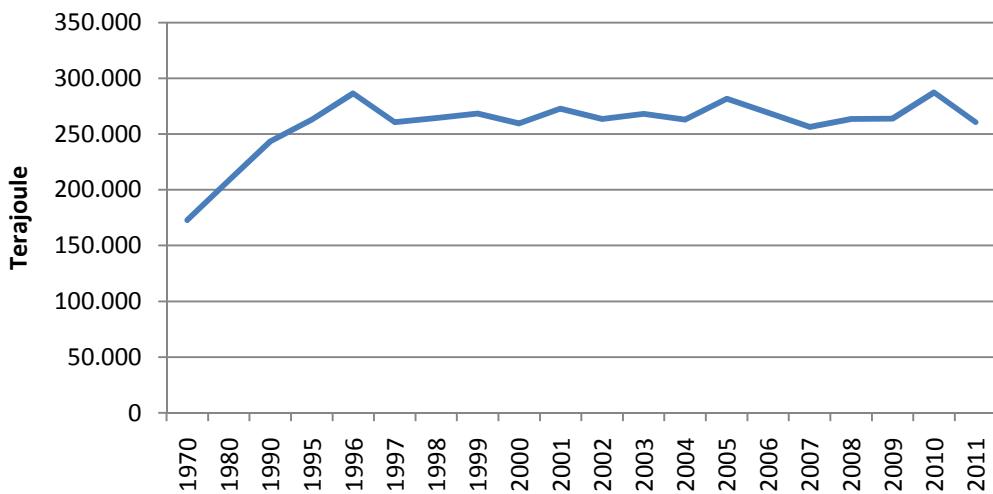


Abbildung 8: Endenergieverbrauch der österreichischen Haushalte, Quelle: (Statistik Austria, 2013b), eigene Darstellung

Der größte Teil des energetischen Endverbrauchs wird in privaten Haushalten für die Raumheizung und Warmwasserbereitung verwendet. Daher werden Verbrauchszuweisungsweise-abnahmen in diesem Sektor stark durch Witterungsverhältnisse beeinflusst. So lag beispielsweise die Zahl der Heizgradtage im Jahr 2010 um 13,4% über jener des Jahres 2009 und um 4,8% über dem langjährigen Durchschnitt (Bundesministerium für Wirtschaft, 2012, S. 26).

2.3.2 Energieträgermix der österreichischen Haushalte

Der Energieträgermix der österreichischen Haushalte wird in Bezug auf Raumwärme dominiert von Holz (26,2%), Naturgas (23,7%), Heizöl (22,5%) und Fernwärme (12,5%) (Statistik Austria, 2013e). In den letzten Jahren konnte vor allem bei der Fernwärme eine Zunahme beobachtet werden. In den Jahren 2003/2004 lag der Anteil der Fernwärme zur Erzeugung von Raumwärme in österreichischen Haushalten bei 7,3%. Gleichzeitig reduzierte sich die Verwendung von Heizöl von 31,1% im Jahr 2003/2004 auf 22,5% im Jahr 2011/2012 (Statistik Austria, 2013e). Für die Erzeugung von Warmwasser verwenden 25,7% der Haushalte Strom, 22% Naturgas und 13% Heizöl. 81,8% der Haushalte verwenden zum Kochen Strom, 10% Gas und 7,9% Holz (Statistik Austria, 2013e).

2.3.3 Energieträgermix der steirischen Haushalte

Laut den Zahlen der Statistik Austria aus dem Winter 2011/2012 war Holz in der Steiermark mit 33,6% der anteilig am häufigsten verwendete Energieträger im Bereich Raumwärme,

gefolgt von Heizöl mit 29,2%, Fernwärme mit 13,6% und Gas mit 8% (Statistik Austria, 2013e). Bei der Erzeugung von Warmwasser wird von 34% der Haushalte Strom verwendet, während 19% auf Heizöl, 14% auf Holz und 11,7% auf Solarwärme zurückgreifen. Zum Kochen verwendet eine Mehrheit von über 80% Strom, Holz wird von etwa 14% eingesetzt (Statistik Austria, 2013e).

2.4 Energiekosten im Wirtschaftssektor Haushalte

2.4.1 Konsumausgaben pro Haushalt

In den Jahren 2009 und 2010 wurde von der Statistik Austria eine Konsumerhebung durchgeführt, welche aufzeigen sollte, wofür österreichische Haushalte ihr zur Verfügung stehendes Budget durchschnittlich ausgeben. Laut dieser Erhebung machte der Bereich Wohnen beziehungsweise Energie – wie in Abbildung 9 dargestellt – insgesamt einen Anteil von 23,8% der Gesamtausgaben aus. Davon entfallen 4,7% auf Energie, woraus hervorgeht, dass ein durchschnittlicher österreichischer Haushalt im Monat 137 Euro für Energie ausgibt (Statistik Austria, 2011c, S. 29). Im Vergleich zur letzten durchgeföhrten Konsumerhebung in den Jahren 2004/2005 hat sich somit der Faktor Wohnen und Energie um 22,3% erhöht (Statistik Austria, 2011c, S. 29).

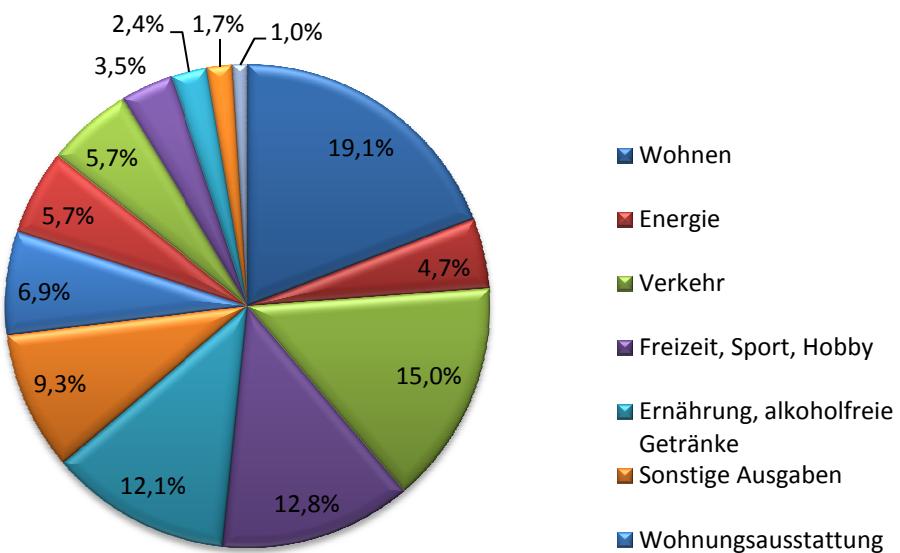


Abbildung 9: Konsumausgaben pro Haushalt 2009/2010, Quelle: (Statistik Austria, 2011c), eigene Darstellung

Laut Berechnungen auf Basis der Konsumerhebung der Statistik Austria, betrugen die durchschnittlichen monatlichen Ausgaben pro österreichischen Haushalt für Energie im Jahr

2011 rund 81 Euro für Raumwärme und Warmwasser und 62 Euro für Strom (Statistik Austria, 2011c).

2.4.2 Der energetische Endverbrauch der Haushalte

Wie aus Abbildung 10 ersichtlich, wird mehr als die Hälfte der Energie eines Haushalts für Raumwärme aufgewendet. Warmwasser und Elektrogeräte erreichen jeweils einen Anteil von 8%, Beleuchtung hat mit 1% nur einen sehr geringen Anteil am Haushaltsenergieverbrauch, während die Mobilität einen weiteren wichtigen Faktor darstellt. Betrachtet man den Haushalt unabhängig vom Faktor Mobilität, ist die Dominanz des Energieverbrauchs durch die Heizung noch deutlicher (Grazer Energieagentur, 2011, S. 5).

Energieverbrauch in österreichischen Haushalten nach Nutzkategorien

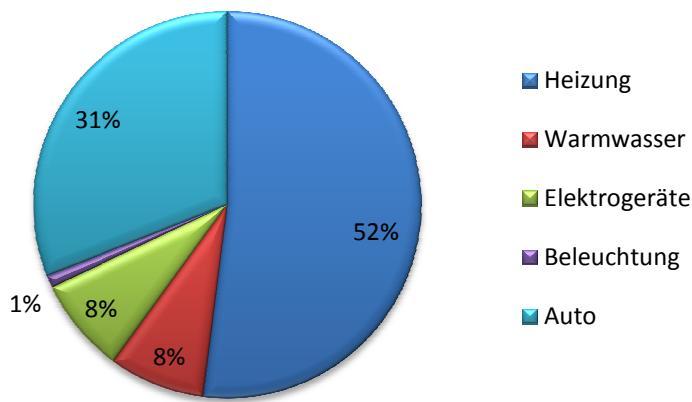


Abbildung 10: Energieverbrauch in österreichischen Haushalten nach Nutzkategorien, Quelle. (Grazer Energieagentur, 2011, S. 5), eigene Darstellung

Laut dem österreichischen Strom- und Gastagebuch wurden im Jahr 2012 11,5% des Gesamtstromverbrauchs der österreichischen Haushalte für den Betrieb von Kühl- und Gefriergeräten und 22,4% für Haushaltsgroßgeräte wie Waschmaschine und Geschirrspüler verwendet. Büroausstattung und Unterhaltungselektronik verbrauchten 2,7% sowie 4,3% des Haushaltsstroms. Für Beleuchtung wird 10,7% des elektrischen Stroms aufgewendet (Statistik Austria, 2013f, S. 5).

2.4.3 Entwicklung der Energiepreise in Österreich

Österreichischer Energiepreisindex

Der Österreichische Energiepreisindex über alle Primärenergien für Haushalte wird monatlich von der Österreichischen Energieagentur basierend auf den Daten des Verbraucherpreisindex der Statistik Austria berechnet (Austrian Energy Agency, 2013).

Der Energiepreisindex (EPI) ist vom Jahr 1986 bis 2011 um 89,6% gestiegen, während der Verbraucherpreisindex (VPI) im gleichen Zeitraum lediglich um 72% zugenommen hat (Bundesministerium für Wirtschaft, 2012, S. 32-33). Die Steigerung des EPI lag deutlich über jenem des VPI, was auf die Entwicklung auf den internationalen Märkten sowie auf einen steigenden Rohölpreis zurückzuführen ist.

Im Vergleich der Jahre 2010 und 2011 errechnete die Österreichische Energieagentur im Vergleich der Jahress durchschnitte eine Energiepreiserhöhung von 11,1% (Austrian Energy Agency, 2013).

2.4.4 Gerätbestand in österreichischen Haushalten

Laut dem österreichischen Strom- und Gastagebuch waren im Jahr 2012 die österreichischen Haushalt mit folgenden Geräten ausgestattet:

Geräteausstattung	% der Haushalte	Anmerkungen
Kühlschrank	~100%	18% zwei und 3% drei oder mehr Kühlgeräte
Waschmaschine	93%	
Fernseher	93%	
Herd	91%	¼ mit Stand-By Betrieb
Laptop	57%	
PC (einen oder mehrere)	49%	57% weder PC noch Laptop
Wäschetrockner	9%	

Tabelle 1: Gerätbestand in österreichischen Haushalten, Quelle: (Statistik Austria, 2013f, S. 3-4), eigene Darstellung

Bezüglich der Beleuchtung waren 25% der in den Haushalten vorhandenen Beleuchtungskörper Niedervolt-Halogenlampen, 16% Energiesparlampen, 10% LED-Lampen und 43% Glühbirnen. Der Anteil der Glühbirnen betrug im Jahr 2008 51% und jener der Energiesparlampen 7% (Statistik Austria, 2013f, S. 3-4).

2.4.5 Exkurs: Liberalisierung des österreichischen Gas- und Strommarktes

Um die 1. EU-Binnenmarktrichtlinie umzusetzen, war es in Österreich notwendig, eine Liberalisierung der Energiemarkte (konkret des Strom- und Gasmarktes) vorzunehmen. Ursprünglich war diese Liberalisierung zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie gegenüber der Konkurrenz aus Japan und den USA gedacht. Im Zuge der Liberalisierungsprozesses mit bisher insgesamt drei Liberalisierungspaketen wurde zugleich aber viel Wert auf Versorgungssicherheit und eine entsprechende Qualität der Energieversorgung gelegt (Energie-Control Austria GmbH, 2011a, S. 6).

Der österreichische Strommarkt ist seit 2001 vollständig liberalisiert und unterliegt somit weitgehend den Regeln des freien Wettbewerbs. Seit 1. Oktober 2001 können alle EndkundInnen ihren Elektrizitätslieferanten frei wählen. Mit der vollständigen Liberalisierung des Gasmarkts im Jahr 2002 zählte Österreich zu den Vorreitern innerhalb der Europäischen Union (Kraterna, 2004, S. 837).

Im Jahr 2010 haben mehr als 104.100 Stromkundinnen und Kunden ihren Versorger gewechselt, was einer Wechselrate von 1,8% entspricht und somit den höchsten Wert seit der Marktöffnung im Jahr 2001 darstellte (Energie-Control GmbH, 2011b, S. 10-11). Vor allem bei den HaushaltskundInnen war eine zunehmende Wechselfreudigkeit von +44% im Vergleich zum Vorjahr zu beobachten. Seit dem Jahr 2001 haben demnach insgesamt knapp 700.000 Stromkundinnen und Stromkunden zumindest einmal ihren Versorger gewechselt, was in Summe einer Wechselrate von 12,2% entspricht (Energie-Control GmbH, 2011b, S. 10-11). Man geht davon aus, dass die KundInnen aktiver werden und auch die finanziellen Vorteile erkennen, die durch einen Wechsel des Strom- beziehungsweise Gasanbieters entstehen können.

Eine Umfrage im Auftrag der Energie-Control Austria GmbH 2011 ergab, dass 89% der Befragten, die schon einmal ihren Lieferanten gewechselt haben, den geringerer Preis pro

Kilowattstunde (kWh) als ausschlaggebenden Grund dafür anführten. 2010 war das nur für 71% der entscheidende Faktor (Energie-Control GmbH, 2011b, S. 11).

3 Armut und Armutsgefährdung

3.1 Einführung und Begriffsdefinition

Eine Definition von Armut kann hier nicht allgemeingültig erfolgen, da sie abhängig vom historischen und geographischen Kontext variiert. Die österreichische Armutskonferenz versteht Armut als einen Mangel an Möglichkeiten und Lebenschancen für die betroffenen Personen. Darunter fallen sowohl Einschränkungen im Bereich der Ernährung, des Wohnraums, der Bildungschancen und der Gesundheit, als auch die eingeschränkten Möglichkeiten am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen, Freundschaften zu pflegen und den Lebensraum nach den eigenen Vorstellungen zu gestalten. Vor allem in vergleichsweise wohlhabenden Ländern wie Österreich wird Armut oft erst bei näherem Hinsehen erkennbar (Die Armutskonferenz, 2013).

„Arm ist nicht nur, wer in Pappschachteln am Bahnhof übernachten oder die Tage auf Parkbänken verbringen muss, sondern arm ist, wer am Alltagsleben nicht teilnehmen kann“ (Die Armutskonferenz, 2013).

3.1.1 Absolute Armut

Von absoluter Armut wird gesprochen, wenn „*eine Person oder Personengruppe nicht über jenes Mindestmaß an Gütern verfügt, das in der jeweiligen Gesellschaft als Voraussetzung für ein menschenwürdiges Dasein erachtet wird*“ (Badelt & Österle, 2001, S. 227). Hierbei wird vom tatsächlichen physischen Existenzminimum ausgegangen. Die von absoluter Armut betroffenen Menschen haben Probleme ihr tägliches Überleben zu sichern. Weltweit leben etwa 1,44 Mrd. Menschen in absoluter Armut, das heißt sie haben täglich weniger als 1,25 US-Dollar zur Verfügung (United Nations Development Programme, 2010, S. 10).³ Da absolute Armut in vergleichsweise wohlhabenden Ländern wie Österreich als Definition zu

³ Diese Grenze für absolute Armut wird von der Weltbank aus den Durchschnittswerten der nationalen Armutsgrenzen der 10-20 ärmsten Ländern der Welt errechnet (The World Bank Group, 2012).

kurz greifen würde, wird hierzulande in diesem Zusammenhang hauptsächlich über relative Armut gesprochen.

3.1.2 Relative Armut

Eine der gängigsten Definitionen für relative Armut stammt von Peter Townsend:

„Individuals, families and groups in the population can be said to be in poverty when they lack the resources to obtain the types of diet, participate in the activities and have the living conditions and amenities which are customary, or are at least widely encouraged or approved, in the societies in which they belong. Their resources are so seriously below those commanded by the average individual or family that they are, in effect, excluded from ordinary living patterns, customs and activities“ (Townsend, 1979, S. 31).

Die Europäische Union definiert relative Armut folgendermaßen:

„Arm sind jene Personen, Familien und Gruppen, die über so geringe (materielle, kulturelle und soziale) Mittel verfügen, dass sie von der Lebensweise ausgeschlossen sind, die in dem Mitgliedsstaat, in dem sie leben, als Minimum annehmbar ist“ (Kommission der Europäischen Gemeinschaften, 1991, S. 4).

Bei der Definition von relativer Armut wird nicht auf das physische Existenzminimum Bezug genommen, sondern die Armut bezieht sich in diesem Fall auf die schlechte finanzielle Situation einer Person im Verhältnis zum Rest der Gesellschaft. In den westlichen Industrienationen besteht weniger die Gefahr des Verhungerns als jene der relativen Armut, wenn geringes Einkommen auch mit Einschränkungen in zentralen Lebensbereichen verbunden ist (Wagner, 2012, S. 91). Einschränkung in zentralen Lebensbereichen heißt in diesem Zusammenhang, dass die betroffenen Personen beispielsweise nicht in der Lage sind, ihre Wohnung angemessen warm zu halten, unvorhergesehene Ausgaben (zum Beispiel Reparaturen) zu finanzieren oder abgetragene Bekleidung zu ersetzen. Eine weitere Einschränkung sind die fehlenden finanziellen Mittel zur Verbesserung der Wohnsituation, weshalb die Betroffenen oft in schimmeligen und überbelegten Wohnungen leben (Die Armutskonferenz, 2009, S. 1).

In beiden Fällen (absoluter und relativer Armut) bedeutet Armut für die betroffenen Personen, dass sie nicht „ausreichend am vorhandenen – nationalen bzw. globalen – Reichtum teilhaben können“ (Die Armutskonferenz, 2013).

3.1.3 Armutgefährdung

Im Österreich müssen Personen eine der drei folgenden Kriterien erfüllen, um als armutgefährdet zu gelten:

Ein mögliches Kriterium für Armutgefährdung besagt, dass die Personen im Haushalt über ein geringeres Einkommen verfügen als 60% des nationalen äquivalisierten Medianeinkommens. Diese Personen fallen somit unter die Armutgefährdungsschwelle.

Das zweite mögliche Kriterium zur Definition und Festlegung von Armut ist die Deprivation. Demnach gelten zwei Personen, die gemeinsam in einem Haushalt leben als arm, wenn in diesem Haushalt vier oder mehr der von der EU festgelegten Merkmale zutreffen:

- Es bestehen Zahlungsrückstände bei Miete, Betriebskosten oder Krediten.
- Es ist finanziell nicht möglich, unerwartete Ausgaben zu tätigen.
- Es ist finanziell nicht möglich, einmal im Jahr auf Urlaub zu fahren.
- Es ist finanziell nicht möglich, die Wohnung angemessen warm zu halten.
- Es ist finanziell nicht möglich, jeden zweiten Tag Fleisch, Fisch oder eine vergleichbare vegetarische Speise zu essen.
- Ein PKW ist finanziell nicht leistbar.
- Eine Waschmaschine ist finanziell nicht leistbar.
- Ein Farbfernsehgerät ist finanziell nicht leistbar.
- Ein Telefon oder Handy ist finanziell nicht leistbar (Statistik Austria, 2011a, S. 30-31).

In der nationalen Definition für Österreich werden folgende sieben Punkte angeführt: Zahlungsrückstände, Unmöglichkeit unerwartete Ausgaben zu tätigen, der Haushalt kann es sich nicht leisten: angemessen zu heizen, sich ausgewogen zu ernähren, notwendige Arztbesuche zu finanzieren, neue Kleidung zu kaufen und Freunde/Verwandte einmal monatlich zum Essen einzuladen. Die Kriterien, dass eine Waschmaschine beziehungsweise das Telefon oder ein Fernseher nicht leistbar sind, haben in Österreich eine geringe Bedeutung und werden daher nicht in die nationale Definition mit einbezogen. Der Faktor

Urlaub wird in der nationalen Definition nicht verwendet, da dessen Notwendigkeit in ländlichen Gebieten als deutlich geringer eingeschätzt wird als in urbanen Gebieten, während für Menschen, die in der Stadt leben, dafür der Besitz eines PKW als nicht notwendig erachtet wird. Dafür wurden in die nationale Definition die Leistbarkeit von Arztbesuchen und die Möglichkeit Freunde einzuladen inkludiert (Statistik Austria, 2011a, S. 75).

Das dritte Kriterium für eine mögliche Armut bezieht sich auf drei Personen (jünger als 60 Jahre), welche in „*einem (nahezu) Erwerbslosenhaushalt leben*“. Diese Haushalte definieren sich dadurch, dass die Bewohner zwar im erwerbsfähigen Alter, aber nur in geringem Ausmaß erwerbstätig sind (im Laufe eines Jahres weniger als 20% des Erwerbspotenzials) (Statistik Austria, 2011a, S. 31).

Auf eine armutsgefährdete Person können unterschiedlich viele der drei oben genannten Kriterien zutreffen. In Österreich sind 7% der Menschen von allen drei Kriterien betroffen. Somit leben in Österreich 99.000 Personen welche sowohl von Armutgefährdung als auch von Deprivation betroffen sind und zusätzlich in einem Haushalt mit keiner oder sehr niedriger Einkommensintensität leben (Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz, 2012a, S. 265).

Deprivation und Armutgefährdung müssen nicht zwangsläufig gemeinsam auftreten. Eine These lautet beispielsweise, dass Deprivation erst auftritt, „*wenn Ersparnisse aufgebraucht sind, und nach einer längeren Phase mit geringem Einkommen auch fortdauern kann, bis durch höheres Einkommen wieder genügend Reserven vorhanden sind*“ (Statistik Austria, 2011a, S. 79).

Im Jahr 2003 wurde von der IMAS 1000 Personen zu deren Definition von Armut befragt. Die Fragestellung lautete: „*Es wird ja hin und wieder über die Armut diskutiert. Darunter kann man ganz Verschiedenes verstehen. Was von dieser Liste muss unbedingt zutreffen, damit man sagen kann, dieser Mensch lebt in Armut?*“ Im Rahmen dieser Umfrage gaben beispielsweise 81% der Befragten an, dass jemand arm ist, wenn er dauernd Hunger leiden muss, für 71% zählt jemand als arm, wenn er obdachlos ist. Für 14% gilt es bereits als Kriterium für Armut, wenn jemand sich kein Handy leisten kann und für 11% wenn aus finanziellen Gründen keine Urlaubsreise möglich ist (IMAS-International - Institut für Markt- und Sozialanalysen GmbH, 2003, S. 2).

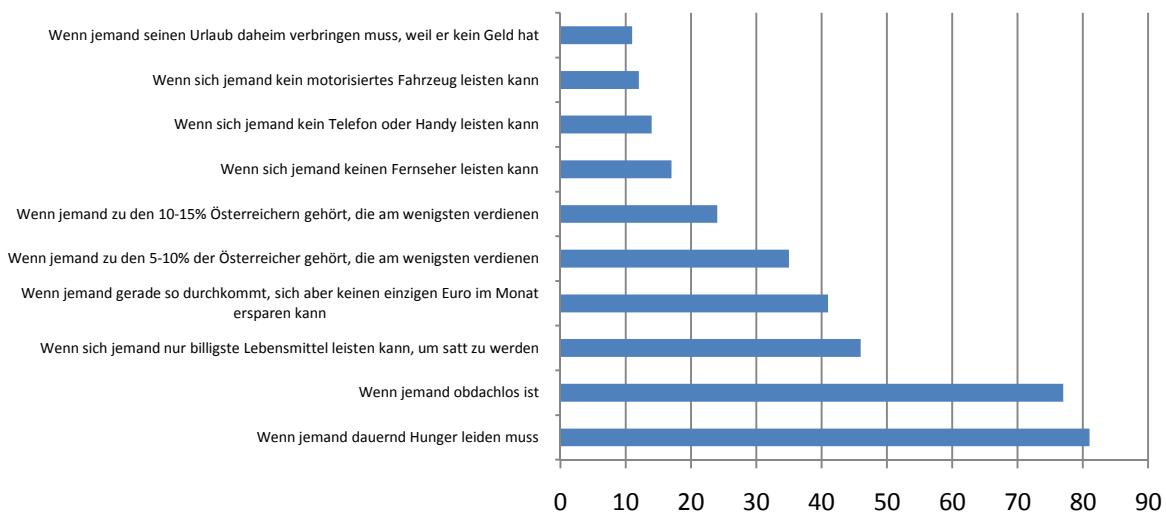


Abbildung 11: Befragung zur Definition von Armut, Quelle: (IMAS-International - Institut für Markt- und Sozialanalysen GmbH, 2003), eigene Darstellung

3.2 Entstehungszusammenhänge von Armutgefährdung

Armut ist ein komplexes Konstrukt und kann aus den unterschiedlichsten Gründen entstehen. Während die Lebenshaltungskosten steigen, entwickeln sich die Reallöhne stabil beziehungsweise sind im Sinken begriffen. Durch Einsparungen im Bereich der staatlichen Sozialausgaben sinkt das verfügbare Haushaltseinkommen der Personen, die auf Sozialleistungen angewiesen sind. Weitere einflussnehmende Faktoren sind eine steigende Zahl an atypisch Beschäftigten (freie Dienstverträge, Werkverträge, Leiharbeit, etc.) und eine Veränderung der Lebensformen mit einer zunehmenden Zahl an AlleinerzieherInnen, Patchwork-Familien oder volljährigen Kindern, welche noch bei ihren Eltern leben (Wagner, 2012, S. 91).

Entwicklungszusammenhänge bei der Entstehung von Armutgefährdung sind je nach Person und Haushaltszusammensetzung unterschiedlich und können daher nicht generell analysiert werden. Wichtige Faktoren sind die Möglichkeiten der einzelnen Haushaltsteilnehmer, etwas zum Haushaltseinkommen beizutragen, beispielsweise durch Erwerbseinkommen, welche eine Senkung der Armutgefährdung nicht nur für die Person selbst, sondern auch für die anderen Personen im Haushalt zur Folge hat. In diesem Zusammenhang ist wichtig zu erwähnen, dass das Einkommen der einzelnen Haushaltsteilnehmer im Erwerbsalter von persönlichen Ressourcen wie Bildung, Herkunft und Gesundheitszustand abhängig ist. Auch allgemeine Strukturen wie beispielsweise die aktuelle Situation am Arbeitsmarkt nehmen

einen entscheidenden Einfluss auf das Einkommen einzelner Personen. Aus der Summe der Einkommen aller im Haushalt lebenden Personen wird über das äquivalisierte Einkommen das Unter- oder Überschreiten der Armutgefährdungsschwelle bestimmt (Statistik Austria, 2011a, S. 44).

Die folgende Grafik zeigt den Anteil der Personen im Erwerbsalter von 20-64 Jahren, welche im Jahr 2010 ein Haushaltseinkommen unter der Armutgefährdungsquote von 60% des Medians zur Verfügung hatten, aufgeteilt nach ihrer Erwerbstätigkeit. Die Grafik zeigt auch, dass 92.000 Personen, welche in Österreich das ganze Jahr über Vollzeit tätig sind und 47.000 Personen die ganzjährig Teilzeit tätig sind, nach dem Transfer von Sozialleistungen unter der Armutgefährdungsschwelle liegen und somit als armutgefährdet gelten (Statistik Austria, 2012b, S. 63).

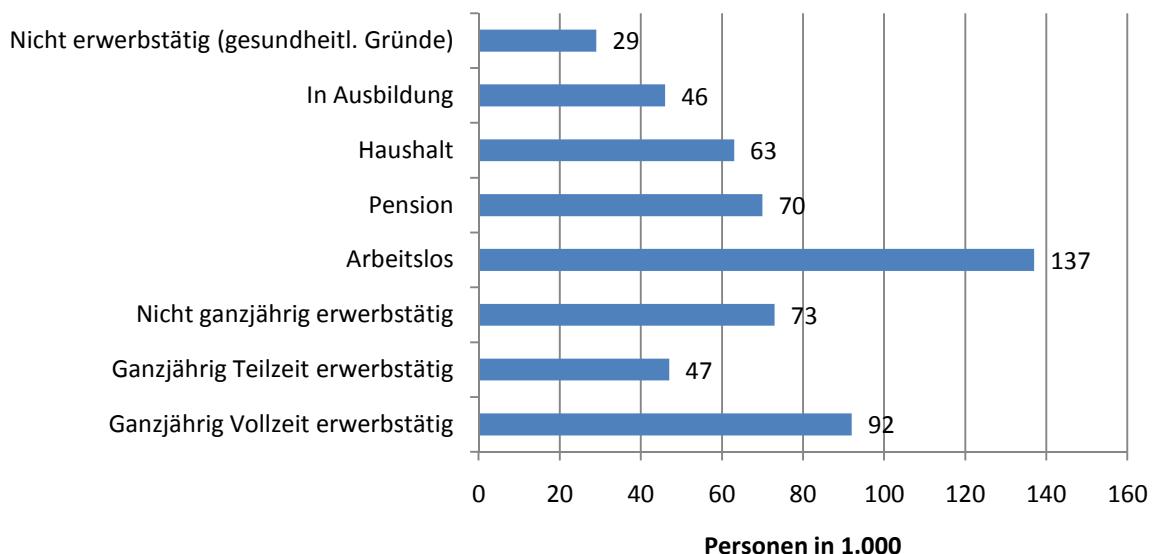


Abbildung 12: Bevölkerungsgruppen im Erwerbsalter unter der Armutsgrenze, Quelle: (Statistik Austria, 2012b, S. 63), eigene Darstellung

Fast 75% der „working poor“⁴ in Österreich verfügen über weniger als einen Maturaabschluss. Hilfsarbeiter im Erwerbsalter weisen eine fast doppelt so hohe Armutgefährdungsquote auf wie Facharbeiter, welche wiederum eine fast doppelt so hohe

⁴ Wenn „Personen im Erwerbsalter (20-64 Jahre) trotz Erwerbstätigkeit (zumindest einen Monat Voll- oder Teilzeit im Verlauf des Referenzjahres) kein äquivalisiertes Haushaltseinkommen über der Armutgefährdungsschwelle zur Verfügung steht“ werden diese als „working poor“ bezeichnet (Statistik Austria, 2011a, S. 45).

Gefährdung haben von Armut betroffen zu sein wie Erwerbstätige mit mittlerer Tätigkeit. Die geringste Armutgefährdungsquote existiert bei Erwerbstätigen mit hochqualifizierten Tätigkeiten. Ein geringer Ausbildungsgrad stellt demnach ein zusätzlich erhöhtes Risiko im Hinblick auf Arbeitslosigkeit dar, was in weiterer Folge zu Armutgefährdung führt (Statistik Austria, 2011a, S. 47).

Auch die Haushaltzusammensetzung stellt einen wichtigen Faktor im Zusammenhang mit Armutgefährdung dar. Die Erwerbseinkommen einzelner Haushaltsteilnehmer tragen zum gemeinsamen Haushaltseinkommen bei, wodurch entfallende Einkünfte in einem Mehrpersonenhaushalt leichter kompensiert werden können als in einem Ein-Personen-Haushalt (Statistik Austria, 2011a, S. 50).

Zusätzlich nehmen gesundheitliche Aspekte Einfluss. Gesundheitlich beeinträchtigte Personen verfügen über begrenzte Möglichkeiten, ein ausreichendes Einkommen zu lukrieren. Aufgrund dieser mangelnden finanziellen Mittel fehlen ihnen oft die Möglichkeiten zu gesundheitlicher Vorsorge und ausgewogener Ernährung, was wiederum zu gesundheitlichen Beeinträchtigungen führen kann (Statistik Austria, 2011a, S. 59).

Eine gute Möglichkeit für die internationale Vergleichbarkeit von Einkommen bietet der so genannte Gini-Koeffizient. Dieser misst die Einkommensungleichheit auf einer Skala von 0 bis 1, wobei null dafür steht, dass das Einkommen unter der Bevölkerung absolut gleich verteilt ist und ein Faktor von eins innerhalb eines Landes bedeutet, dass eine Person allein über das gesamte Einkommen verfügt (OECD, 2011, S. 22). Der Gini-Koeffizient für Österreich lag laut Eurostat im Jahr 2011 bei 0,263, was unter dem Durchschnitt der Europäischen Union mit 0,308 liegt (Eurostat, 2013).

3.3 Armut und Armutgefährdung in Österreich

3.3.1 Historische Entwicklung

Im folgenden Unterkapitel soll ein sehr kurzer Überblick über die historische Entwicklung von Armut und Armutgefährdung in Österreich gegeben werden. Eine ausführliche Analyse würde den Rahmen dieser Arbeit sprengen und stellt auch nicht den thematischen Schwerpunkt dar.

Seit der Mensch über die Möglichkeit verfügt dauerhaft Güter zu besitzen bezeichnen „Armut“ und „Reichtum“ die beiden Extreme, die dadurch entstehen können. Sehr früh existierte bereits ein Zusammenhang zwischen der gehobenen gesellschaftlichen Position einer Person und dem damit verbundenen erleichterten Zugang zu diversen Gütern, beziehungsweise der großen Masse an gesellschaftlich schlechter gestellten Menschen und deren Armut (Bruckmüller, 2010, S. 7).

So entstand im vorindustriellen Zeitalter Armut in Europa vor allem durch den Verlust des meist männlichen Ernährers, durch einen Unfall, Krankheit oder Alter. Des Weiteren spielte das generelle Spannungsverhältnis zwischen dem Bevölkerungswachstum und der Möglichkeit, diese Anzahl von Menschen ausreichend mit Nahrungsmitteln zu versorgen, eine entscheidende Rolle für die große Mehrheit der Bevölkerung (Schäfer, 2012, S. 267).

Mit der industriellen Revolution erhöhte sich die Zahl der Armen in Folge von reduzierten Erwerbsmöglichkeiten. Die Zahl der BettlerInnen stieg rapide an. Auf der Suche nach Arbeit zog es viele Menschen in die Städte und Industrieviere. Ab 1870 stieg die Lebenserwartung und auch die Reallöhne erhöhten sich langsam. In den Jahren 1887 (Unfallversicherung) und 1888 (Krankenversicherung) entstanden die ersten Gesetzgebungen zur Sozialversicherung für ArbeiterInnen (Bruckmüller, 2010, S. 10). Damit wurden Risiken, welche zuvor fast automatisch zur Verarmung führten, reduziert und der Grundstein für das heutige Sozialsystem gelegt. Dennoch standen Armut und Elend vor allem in den größeren Städten an der Tagesordnung, da viele junge Menschen vom Land in die Stadt zogen, um hier Arbeit zu finden und im Fall von Arbeitslosigkeit oder einer Erkrankung unversorgt blieben (Bruckmüller, 2010, S. 10).

Während des Ersten Weltkriegs beziehungsweise unmittelbar danach entwickelten sich diverse Neuerungen in der Wohlfahrt. So wurden beispielsweise zwei Ministerien mit sozialen Aufgabenbereichen geschaffen, das Ministerium für soziale Fürsorge (1917) und das Ministerium für Volksgesundheit (1918) (Melinz, 2003, S. 142). Die österreichische Zwischenkriegszeit spielte für wirtschaftshistorische, sozial- und armutspolitische Zusammenhänge eine entscheidende Rolle und die Jahre der Weltwirtschaftskrise (1929-1933) gelten als Höhepunkt der Massenarbeitslosigkeit (Bruckmüller, 2010, S. 141).

Im „völkischen Wohlfahrtsstaat“ des Nationalsozialismus wurde Betteln polizeilich verboten. BettlerInnen beziehungsweise Menschen ohne festen Wohnsitz wurden massenhaft in so genannte Arbeitshäuser, Besserungsanstalten oder auch Konzentrationslager gebracht und ermordet. Zur gleichen Zeit warb das Winterhilfswerk mit der Parole: „Keiner soll hungern, keiner soll frieren“ (Dietz, 1997, S. 43-44).

In der Phase nach dem Zweiten Weltkrieg erfolgte ein rascher wirtschaftlicher Aufschwung. Die Arbeitslosenzahlen blieben in der Zeit um 1946-1950 stabil unter 5%, bis im Jahr 1962 eine Quote von 2,5% und damit nahezu Vollbeschäftigung erreicht wurde (Tálos & Fink, 2008, S. 4-5).

In den 1970er Jahren galt Armut aufgrund der europäischen Wohlfahrtsstaaten als erfolgreich bekämpft. Nach diversen wirtschaftlichen Einbrüchen zeigte sich jedoch, dass sich neue Formen der Armut, wie etwa die „working poor“ entwickelt hatten. Damit wurde die These widerlegt, wonach grundlegende Mängelscheinungen in der Europäischen Gemeinschaft nicht vorkommen (Eiffe, 2009, S. 11).

In der Strategie EU-2020 wird der Armuts- und Ausgrenzungsbekämpfung von der Europäischen Union ein erhöhter Stellenwert zugesprochen. Demnach soll die Zahl der von Armut betroffenen Menschen im Zeitraum 2010-2020 europaweit um 20 Millionen reduziert werden. Verbindliche Maßnahmen werden von der Europäischen Union in diesem Zusammenhang nicht vorgegeben. Das österreichische Ziel innerhalb der europäischen 2020-Strategie ist die Reduktion der von Armut betroffenen Menschen um 235.000 Personen (etwa 17%) (Wagner, 2012, S. 92).

3.3.2 Aktuelle Daten zur Armut und Armutgefährdung in Österreich

Die folgenden Daten basieren auf den EU-SILC Daten, welche jährlich in den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union erhoben werden. Dabei werden sowohl die grundlegenden Entwicklungen der Einkommensarmut festgehalten, als beispielsweise auch die Entwicklungen in der Ungleichheit und in den Lebensbereichen Bildung, Wohnen und Gesundheit (Statistik Austria, 2011a, S. 1).

Armutgefährdungsquote

Die Armutgefährdungsquotestellt seit dem Jahr 2001 die zentrale Kenngröße zur Messung niedriger Lebensstandards innerhalb Europas dar (Bundesministerium für Arbeit, Soziales

und Konsumentenschutz, 2012a, S. 267). Sie liegt bei 60% des Medians der durchschnittlichen Haushalte und identifiziert jene Personen in der Gesamtbevölkerung, deren Haushaltseinkommen diesen Schwellenwert unterschreitet. Dazu werden sämtliche Erwerbseinkommen der in einem Haushalt lebenden Personen summiert und um Kapitalerträge, Pensionen und Sozialtransfers ergänzt. Nach Abzug der Steuern ergibt sich das Nettohaushaltseinkommen. Durch Abzug beziehungsweise Addition von etwaigen Unterhaltsleistungen und sonstigen Privattransfers ergibt sich das verfügbare Haushaltseinkommen. Laut EU-SILC lag die Armutgefährdungsschwelle für einen österreichischen Einpersonenhaushalt im Jahr 2011 bei 12.791 Euro pro Jahr. Damit ergibt sich eine Armutgefährdungsschwelle von 1.066 Euro pro Monat (Statistik Austria, 2012b, S. 9).

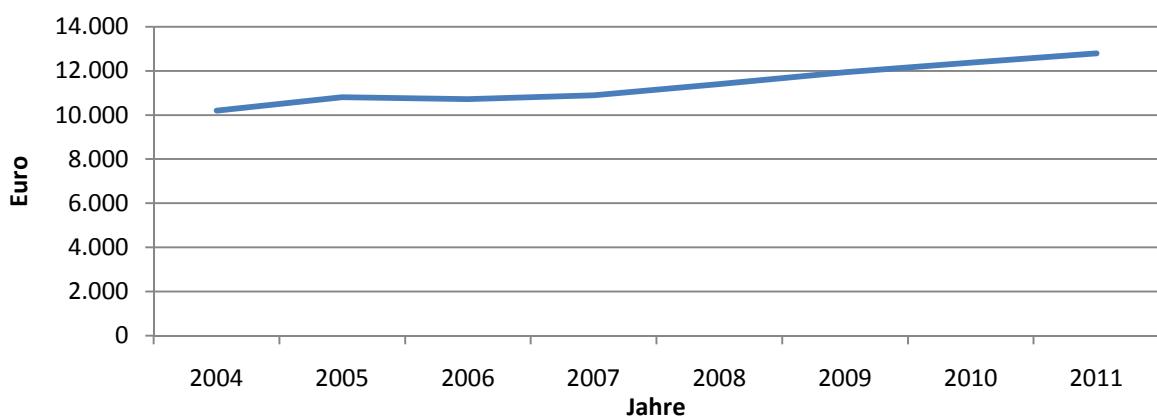


Abbildung 13: Armutgefährdungsschwelle im Zeitverlauf, Quelle: (Statistik Austria, 2011a), eigene Darstellung

Die Armutgefährdungsschwelle erhöht sich seit 2004 stetig. 2010 wurde erstmals seit dem Beginn der Armutserichterstattung in Österreich die 1.000-Euro-Marke überschritten (Statistik Austria, 2011a, S. 34).

Für Mehrpersonenhaushalte werden nach der EU-Skala diverse Anpassungen bei der Berechnung vorgenommen. Die erste erwachsene Person im Haushalt wird demnach mit einem Konsumäquivalent von 1 eingerechnet, während jeder weitere Erwachsene mit einem Wert von 0,5 Einfluss nimmt und jedes Kind (bis 13 Jahre) mit 0,3 gewichtet wird. Dadurch erhöht sich für den ersten Erwachsenen die Armutgefährdungsschwelle für den Haushalt um

1066 Euro, für jeden weiteren Erwachsenen um 533 Euro und für jedes Kind um etwa 320 Euro (Statistik Austria, 2012b, S. 9).

Im Jahr 2011 waren in Österreich laut der EU-SILC Studie 12,6% der Bevölkerung armutsgefährdet. Bei einer aktuellen EinwohnerInnenzahl von 8,32 Millionen würde das bedeuten, dass die Zahl der armutsgefährdeten Personen zwischen 953.000 und 1.150.000 Personen liegt (Statistik Austria, 2012b, S. 10).

Im Jahr 1994 erfolgte der erste europaweite Vergleich der einzelnen Armutsgefährdungsquoten, wobei Österreich zu dieser Zeit einen Wert von etwa 14% aufwies. Im darauffolgenden Jahr sank die Quote auf 13%, um dann in den Folgejahren bis ins Jahr 2011 zwischen 12% und 13% beziehungsweise bei rund einer Million armutsgefährdeter Personen zu stagnieren. Etwa die Hälfte davon (5% bis 6%) leben in akuter Armut (Wagner, 2012, S. 93).⁵

Innerhalb der Europäischen Union wies Österreich hinter Tschechien, Schweden und den Niederlanden im Jahr 2010 die viertniedrigste Armutsgefährdung unter den 27 EU-Staaten auf, und liegt auch deutlich unter dem EU-Schnitt von 23%. Die höchste Quote innerhalb der EU haben Bulgarien mit 42% und Rumänien mit 41% (Statistik Austria, 2011a, S. 33).

Deprivation

Insgesamt waren 2011 1.246.000 Menschen in Österreich von finanzieller Deprivation (2 von 7 Merkmalen der nationalen Definition), 793.000 von materieller Deprivation (3 von 9 Merkmalen der EU-Definition) und 325.000 von erheblicher materieller Deprivation (4 von 9 Merkmalen der EU-Definition) betroffen (Statistik Austria, 2012b, S. 64).

Aufgeteilt nach den einzelnen Kriterien können beispielsweise 1.800.000 Personen in Österreich es sich dauerhaft (im letzten Jahr und in mindestens zwei der vorangegangenen Jahre) nicht leisten, auf Urlaub zu fahren. Für 492.000 Personen stellt es dauerhaft ein großes Problem dar, neue Kleidung zu kaufen, und für etwa 219.000 die Wohnung angemessen warm

⁵ Aufgrund der Erhebungsmethode (keine Vollerhebung, sondern eine Hochrechnung von 6.000 Haushalten auf die Gesamtbevölkerung) müssen auch leichte Schwankungen sehr zurückhaltend interpretiert werden.

zu halten. Notwendige Arztbesuche sind zwar für 170.000 Personen zeitweilig, aber für nur wenige Menschen dauerhaft ein finanzielles Problem (Statistik Austria, 2012b, S. 47).

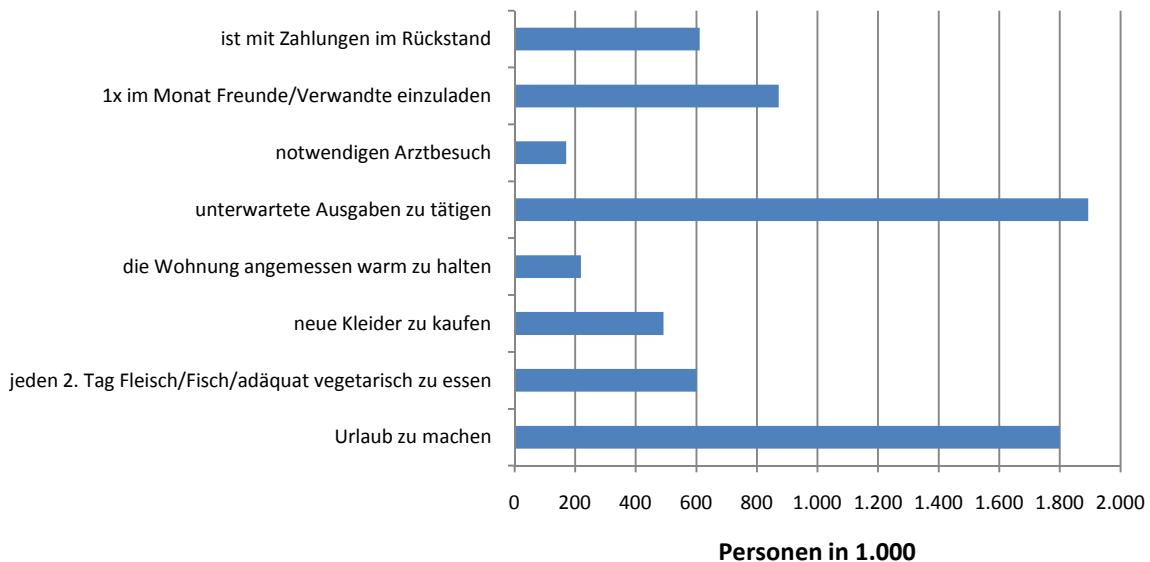


Abbildung 14: Deprivation in Österreich, Quelle: (Statistik Austria, 2012b, S. 47), eigene Darstellung

3.4 Aktuelle Daten zur Armut und Armutsgefährdung in der Steiermark

In der Steiermark waren laut EU-SILC-Befragung von 1.858 Personen in 828 steirischen Haushalten) im Jahr 2011 10,9% der Bevölkerung beziehungsweise etwa 126.000 Personen armutsgefährdet (Statistik Austria, 2012b, S. 10). Im vorangegangen Jahr 2010 wurde in der Steiermark noch eine Armutsgefährdungsquote von 13,6% und eine Anzahl von etwa 160.000 armutsgefährdeten Personen eruiert. Bei der Betrachtung der soziographischen Merkmale zeigt sich, dass MigrantInnen in der Steiermark mit einer Armutsgefährdungsquote von 47% die am meisten gefährdeten Gruppe darstellen, wobei Personen aus Nicht-EU- bzw. EFTA-Staaten einen erhöhten Wert von 58% aufweisen. Ohne Berücksichtigung der Sozialleistungen wären in der Steiermark 44% der Bevölkerung armutsgefährdet (Land Steiermark, 2012, S. 7).

Deprivation

Aktuell sind in der Steiermark 135.000 Menschen finanziell depriviert (2 von 7 Merkmalen nach österreichischer Definition), 85.000 Personen leiden unter materieller Deprivation (3 von 9 Merkmalen laut EU Definition) und 21.000 Menschen sind erheblich materiell depriviert (4 von 9 Merkmalen laut EU Definition) (Statistik Austria, 2012b, S. 64).

Besonders armutsgefährdete Bevölkerungsgruppen

Wie in Kapitel 0 beschrieben liegt die Armutgefährdungsquote in Österreich seit 2004 nahezu unverändert bei rund 12-13% der Gesamtbevölkerung. Verschiedene Bevölkerungsgruppen sind unterschiedlich stark von Armut betroffen. Nach wie vor besonders armutsgefährdet sind beispielsweise Personen ohne österreichische oder EU-Staatsbürgerschaft (32%), alleinlebende Frauen in Pension (26%) sowie Personen in Ein-Eltern-Haushalten (24%) (Statistik Austria, 2012b, S. 62).

Unterdurchschnittlich oft von Armutgefährdung betroffen sind Personen die eine, über die Pflichtschule hinausgehende, Ausbildung abgeschlossen haben. Mit abgeschlossener Lehre beziehungsweise einer mittleren Schule liegt die Armutgefährdungsquote bei 37%, mit Matura bei 14% und mit Universitätsabschluss bei 5% (Statistik Austria, 2012b, S. 62). Des Weiteren haben Mehrpersonenhaushalte mit nur einem Kind eine Quote von 5% und mit 2 Kindern eine Quote von 10%. Auch Menschen mit österreichischer Staatsbürgerschaft liegen mit 11%, ebenso wie Mehrpersonenhaushalte ohne Kinder mit 7% unter dem österreichischen Durchschnitt (Statistik Austria, 2012b, S. 62).

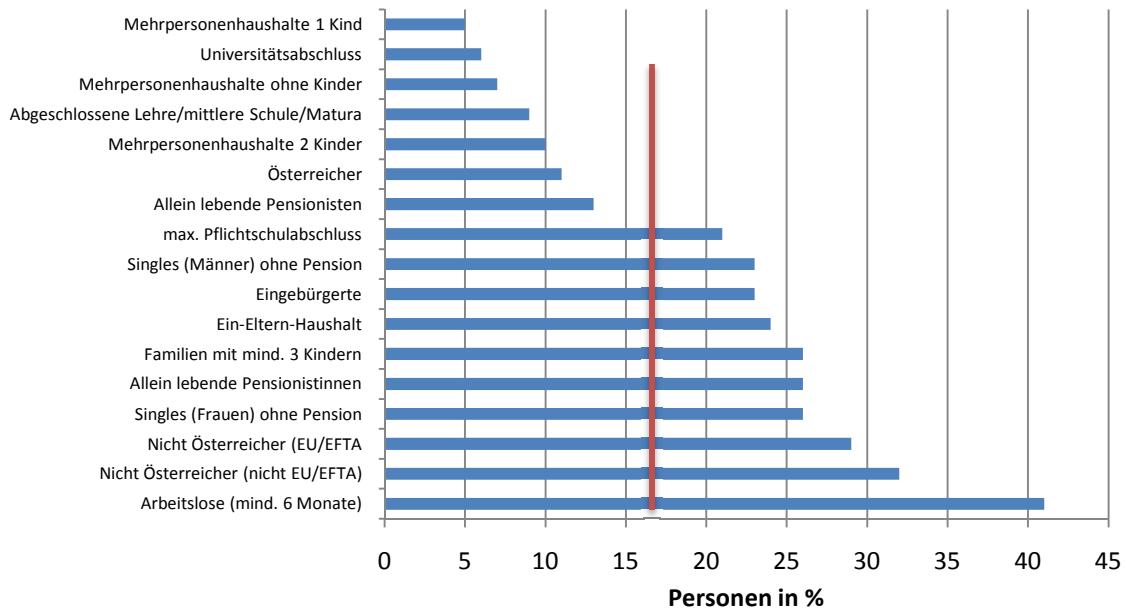


Abbildung 15: Armutgefährdung nach Personengruppen, Quelle: (Statistik Austria, 2012b, S. 62), eigene Darstellung

3.4.1 Arbeitslose

Nach den Zahlen der EU-SILC 2011 waren in diesem Jahr in Österreich 41% der Personen im erwerbsfähigen Alter, welche seit mindestens 6 Monaten arbeitslos waren, nach Auszahlung aller Sozialleistungen armutsgefährdet. Das entspricht 137.000 Personen (Statistik Austria, 2012b, S. 63).

3.4.2 AlleinerzieherInnen

Bei einer Betrachtung nach Haushaltzusammensetzung existiert das höchste Armutsgefährdungsrisiko bei Ein-Eltern-Haushalten, dieses liegt hier bei 24% (Statistik Austria, 2012b, S. 62). Als Begründung kann eine Kombination aus verschiedenen Faktoren, wie beispielsweise der erhöhte Betreuungsaufwand für die Kinder während der Arbeitszeit, geringe Verdienstmöglichkeiten oder der fehlende Ausgleich eines möglicherweise niedrigen Einkommens durch andere Haushaltsglieder, herangezogen werden. Etwa 92% der Erwachsenen in den österreichischen Ein-Eltern-Haushalten sind Frauen. Diese sind im Schnitt nicht nur häufiger, sondern auch in höherem Stundenausmaß berufstätig als jene Mütter, die in einer Partnerschaft leben. Dennoch ist die Armutsgefährdung höher (Statistik Austria, 2011a, S. 51-52).

3.4.3 Allein lebende Pensionistinnen

Im Gegensatz zu Mehrpersonenhaushalten können in Einpersonenhaushalten keine Ausgleiche des Einkommens und Kostenaufteilungen erfolgen. Damit bilden allein lebende Personen und im Speziellen allein lebende Pensionistinnen eine von Armut gefährdete Gruppe. Das Armutsrisiko allein lebender Pensionistinnen ist mit 26% ungleich höher als das allein lebender Pensionisten (13%) (Statistik Austria, 2011a, S. 62). Das hängt auch mit der geringeren Lebenserwartung von Männern (78,3) gegenüber Frauen (83,3) zusammen (Statistik Austria, 2013g).

3.4.4 Personen mit maximal einem Pflichtschulabschluss

Bildung ist ein wirksames Mittel gegen Armutgefährdung. Betrachtet man die Summe der armutsgefährdeten Personen in Österreich nach ihrem höchsten Schulabschluss zeigt sich, dass UniversitätsabsolventInnen lediglich einen Anteil von 5% haben, während 44% über maximal einen Pflichtschulabschluss verfügen (Statistik Austria, 2012b, S. 62).

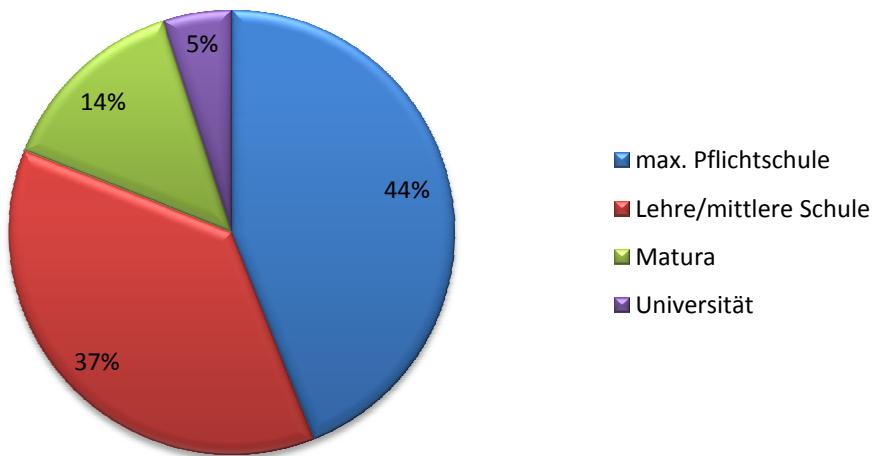


Abbildung 16: Armutgefährdungsquote nach höchster abgeschlossener Schulbildung, Quelle: (Statistik Austria, 2012b, S. 62), eigene Darstellung

3.4.5 MigrantInnen und eingebürgerte Personen

Bei einer Betrachtung der österreichischen Armutgefährdungsquote nach Staatsbürgerschaft lässt sich zusammenfassend sagen, dass 23% der MigrantInnen aus EU/EFTA Ländern als armutsgefährdet gelten, sowie 32% aus dem sonstigen Ausland. Spezieller Fokus auf MigrantInnen als armutsgefährdete Gruppe wird noch in Kapitel 4.5 dieser Arbeit gelegt (Statistik Austria, 2012b, S. 62).

3.5 Armutsbekämpfung

So individuell wie die Erscheinungsformen der Armut und Armutgefährdung sind, so unterschiedlich sind auch die Punkte, an denen angesetzt werden muss, um sie zu reduzieren. Forderungen der Armutskonferenz sind ein existenzsicherndes Einkommen, welches wirklich zum Leben reicht und die Sicherstellung einer sozialen Infrastruktur (zum Beispiel Kinderbetreuung, öffentlicher Verkehr, sozial durchlässiges Bildungssystem). Damit soll sichergestellt werden, dass die angebotenen Dienstleistungen für alle Bevölkerungsschichten leistbar und zugänglich sind (Die Armutskonferenz, 2013).

3.5.1 Österreich

Monetäre Sozialleistungen bilden eine wichtige Säule des Sozialstaats und haben eine stark Armut reduzierende Wirkung. Der alleinige Bezug von Sozialleistungen kann die Existenz von Einkommensarmut nicht verhindern. Durch die Ergänzung niedriger Haushaltseinkommen sorgen sie aber bei bestimmten Bevölkerungsgruppen zum Erhalt eines

gewissen Lebensstandards. Durchschnittlich 36% des Einkommens eines österreichischen Privathaushalts stammen aus sozialen Direktleistungen der öffentlichen Hand (Statistik Austria, 2011a, S. 145).

Österreich bietet diverse Sozialversicherungen, welche in einem finanziellen Notfall eingreifen. Hierbei überwiegen klar monetäre Leistungen gegenüber Sachleistungen. Im Jahr 2011 entfielen auf jede in Österreich lebende Person ca. 10.500 EUR an öffentlichen Sozialleistungen (monetäre und nichtmonetäre Leistungen) (Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz, 2012b, S. 8-12).

Das österreichische Sozialsystem teilt sich in zentralstaatliche und regionale Kompetenzen, welche von Bundesländern, Gemeinden oder Städten übernommen werden. Diese verwalten vor allem einen Teil des Gesundheitswesens, Kinderbetreuungseinrichtungen, Wohnungswesen, die bedarfsorientierte Mindestsicherung und einen Teil der sozialen Dienste (Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz, 2012b, S. 10).

3.5.2 Steiermark

Die wichtigsten Sozialleistungen des Land Steiermark sind die bedarfsorientierte Mindestsicherung, die Wohnbeihilfe, die PendlerInnenbeihilfe, das Pflegegeld und die Lehrlingsbeihilfe (Land Steiermark, 2013, S. 1-2).

4 MigrantInnen in Österreich

Aufgrund der voranschreitenden Globalisierung und den daraus resultierenden Verflechtungen kann Migration als globales Phänomen bezeichnet werden. Kein Land weltweit ist derart isoliert, dass es über keine grenzüberschreitende Zu- und Abwanderung verfügt. Da MigrantInnen keine einheitliche homogene Bevölkerungsgruppe darstellen muss in diesem Zusammenhang so gut wie möglich zwischen Einwanderern aus EU/EFTA-Staaten und jenen aus Drittstaaten unterschieden werden.

4.1 Einführung und Begriffsdefinition

Offiziell gibt es weder für Österreich, noch für die Europäische Union eine offiziell gültige Definition für den Begriff Migration. Grundsätzlich versteht man darunter

„den Prozess von Menschen, über Grenzen hinweg zu wandern, um dort (dauerhaft oder vorübergehend) zu leben und zu arbeiten“ (Bundeskanzleramt Österreich, 2013).

Als Menschen mit Migrationshintergrund bezeichnet man, unabhängig von der Staatsangehörigkeit, Personen, deren Elternteile beide im Ausland geboren sind. Diese Gruppe kann in weiterer Folge in MigrantInnen der ersten Generation (welche selbst im Ausland geboren wurden), und MigrantInnen der zweiten Generation (Personen, welche in Österreich geboren wurden, deren Eltern aber aus dem Ausland zugewandert sind) unterteilt werden. Im Durchschnitt des Jahres 2011 lebten etwa 1,153 Millionen MigrantInnen der ersten, sowie 415.000 MigrantInnen der zweiten Generation in Österreich (Statistik Austria, Kommission für Migrations- und Integrationsforschung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, 2012, S. 22). Der Begriff Ausländer bezeichnet in weiterer Folge alle Personen, welche über keine österreichische Staatsbürgerschaft verfügen. Am ersten Jänner 2012 lebten in Österreich etwa 970.000 AusländerInnen, wobei 64% bereits seit mehr als fünf Jahren in Österreich leben und die restlichen 36% seit dem Jänner 2007 zugezogen sind (Statistik Austria, Kommission für Migrations- und Integrationsforschung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, 2012, S. 22).

Ein Flüchtling ist im Gegensatz zu einem/einer Migranten/in eine Person, die

„aus der begründeten Furcht vor Verfolgung wegen ihrer Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Überzeugung sich außerhalb des Landes befindet, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzt, und den Schutz dieses Landes nicht in Anspruch nehmen kann“ (UNHCR, 1951, S. 2).

Als Asylwerber gilt ein Flüchtling ab Einbringung des Asylantrags bis zum rechtskräftigen Abschluss des Verfahrens oder dessen Einstellung (Bundesministerium für Inneres, 2013, S. 39). Die Gründe, warum Menschen dauerhaft oder vorübergehend ihr Heimatland verlassen und in einem anderen Staat leben und arbeiten wollen beziehungsweise müssen, sind sehr vielfältig und reichen von Flucht vor Kriegen und Umweltkatastrophen, über die allgemeine

Suche nach besseren Lebensbedingungen bis hin zur Nutzung von Karrierechancen und Aus- und Weiterbildung (BerufsInformationsComputer, 2013, S. 1).

Im weiteren Verlauf kann eine Einbürgerung der eingewanderten MigrantInnen erfolgen. Als Einbürgerung versteht man den Erwerb der österreichischen Staatsbürgerschaft durch einen Bescheid der zuständigen Behörde. Im Gegensatz dazu wird ein automatischer Erwerb der Staatsbürgerschaft, beispielsweise durch Abstammung oder Legitimation eines nichtehelichen Kindes nicht als Einbürgerung bezeichnet (Statistik Austria, 2012c, S. 76).

4.2 Formen der Zuwanderung

In diesem Kapitel sollen die Formen der Zuwanderung, also die Möglichkeiten nach Österreich einzuwandern und seinen Hauptwohnsitz hierher zu verlegen näher erläutert werden. Generell sind die Hintergründe bezüglich Niederlassung und Arbeitserlaubnis aufgrund der zahlreichen Ausnahmeregelungen und Details, welche im Ausnahmefall berücksichtigt werden müssen, sehr vielschichtig und komplex. Daher können in diesem Abschnitt nur die wichtigsten Teilespekte des großen Themas Zuwanderung abgebildet werden.

4.2.1 Wanderungsfreiheit innerhalb der EU

Für BürgerInnen des Europäischen Wirtschaftsraums beziehungsweise der Europäischen Union gilt in Österreich die Visumsfreiheit. Das bedeutet, sie dürfen unter erleichterten Bedingungen nach Österreich einreisen, und sich drei Monate lang im Land aufhalten. Für einen Aufenthalt länger als drei Monate müssen bestimmte Kriterien, wie beispielsweise eine feste Anstellung oder eine aktuell in Österreich durchgeführte Ausbildung, erfüllt werden. Für Staatsangehörige der EU-Mitgliedsländer Rumänien, Bulgarien und Kroatien gelten noch gesonderte Übergangsregelungen beim Zugang zum Arbeitsmarkt (Arbeitsmarktservice, 2013).

4.2.2 Rot-Weiß-Rot-Karte für Schlüsselkräfte

Mit 1. Juli 2011 wurde in Österreich die neue Rot-Weiß-Rot-Karte für qualifizierte Arbeitskräfte eingeführt. Sie wird zunächst für zwölf Monate ausgestellt und soll Hochqualifizierte, Fachkräfte in Mangelberufen, Schlüsselkräfte und StudienabsolventInnen einer Österreichischen Hochschule, die vorübergehende Niederlassung in Österreich und die Beschäftigung bei einem/einer bestimmten ArbeitgeberIn ermöglichen. In weiterer Folge

können InhaberInnen einer Rot-Weiß-Rot-Karte beziehungsweise unter gewissen Voraussetzungen auch deren Familienangehörige eine Rot-Weiß-Rot-Karte plus beantragen, welche zur befristeten Niederlassung und zum unbeschränkten Arbeitsmarktzugang berechtigt (Arbeitsmarktservice, 2013).

4.2.3 Blaue Karte EU

Die „Blaue Karte EU“ ist ein Aufenthaltstitel zum Zweck der Erwerbstätigkeit bei einem konkreten Arbeitgeber/einer konkreten Arbeitgeberin für besonders hochqualifizierte AkademikerInnen aus Drittstaaten und wird von einem Mitgliedsstaat der Europäischen Union ausgestellt (Arbeitsmarktservice, 2013). Seit der Einführung der Rot-Weiß-Rot-Karte bis zum Mai 2013 haben 3.444 Personen eine solche oder eine Blaue Karte EU erhalten (Industriellenvereinigung, 2013).

4.2.4 Niederlassungsbewilligung

Eine Niederlassungsbewilligung beinhaltet das Recht auf befristete Niederlassung und selbstständige beziehungsweise unter gewissen Voraussetzungen auch unselbstständige Erwerbstätigkeit (Bundesministerium für Inneres, 2012, S. 4).

4.2.5 Asyl

Für Flüchtlinge, welche nach der Definition der Genfer Konvention anerkannt sind und sich demzufolge außerhalb ihres Heimatlandes befinden, da sie berechtigte Furcht haben müssen, dort verfolgt zu werden (siehe auch Absatz 4.1 dieser Arbeit), besteht die Möglichkeit, in Österreich Asyl zu beantragen. Nach einer Überprüfung durch das Bundesasylamt beziehungsweise den Asylgerichtshof erfolgt entweder die Gewährung oder Ablehnung von Asyl in Österreich (Verein menschen.leben, 2013).

4.2.6 Subsidiärer Schutz

Unter subsidiären Schutz können Personen gestellt werden, welche nicht als Flüchtlinge im Sinne der Genfer Konvention gelten, aber dennoch eine befristete Aufenthaltsgenehmigung erhalten (Verein menschen.leben, 2013).

4.2.7 Aufenthaltsbewilligung

Aufenthaltsbewilligungen werden für einen befristeten Aufenthalt beispielsweise an Studierende, Sozialdienstleistende oder Rotationsarbeitskräfte ausgestellt (Bundesministerium für Inneres, 2012, S. 4).

4.3 MigrantInnen in Österreich

4.3.1 Historische Entwicklung

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts beziehungsweise vor dem Ersten Weltkrieg waren Österreich und Europa Hauptquellenländer für Migration in die Vereinigten Staaten von Amerika und Kanada, sowie Südamerika, Australien, Neuseeland und das südliche Afrika (Münz, 2008, S. 17). In der Zeit um 1940, also vor und während dem Zweiten Weltkrieg ergab sich im Zusammenhang mit dem Anschluss Österreichs an das Deutsche Reich eine große Zahl an politisch, ethnisch und religiös motivierter Zwangsmigration, welche in der Vertreibung und Deportation von Personen der jüdischen Bevölkerungsgruppe, Roma und Sinti sowie anderen Minderheiten ihren tragischen Höhepunkt fand (Münz, 2008, S. 18).

Im Jahr 1961 hielten sich in Österreich 100.000 Personen mit ausländischer Staatsbürgerschaft auf. Das entspricht etwa 1,4% der damaligen Bevölkerung (Bundeskanzleramt Österreich, 2013). In den darauffolgenden Jahren wurden verstärkt Arbeitskräfte aus dem damaligen Jugoslawien und der Türkei als Gastarbeiter nach Österreich geholt. Im Jahr 1974 hielten sich 311.700 Menschen mit nicht-österreichischer Staatsbürgerschaft in Österreich auf, was einem Anteil an der Gesamtbevölkerung von 4% entspricht. Ab 1974 blieb diese Zahl für die nächsten 15 Jahre konstant, während bis dahin jedes Jahr etwa 30.000 Gastarbeiter eingewandert waren. (Bundeskanzleramt Österreich, 2013).

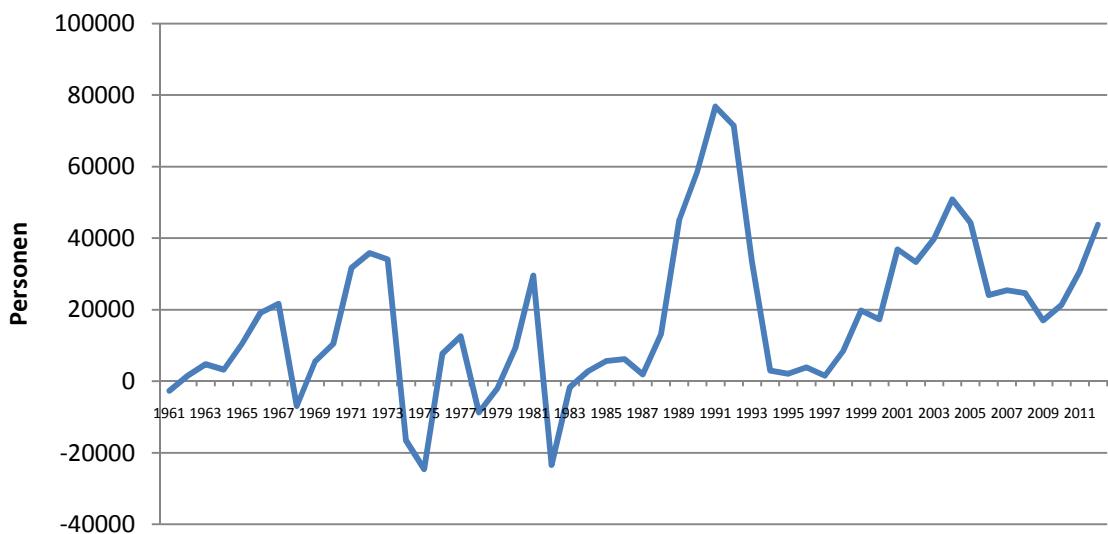


Abbildung 17: Wanderungsbilanz⁶ Österreich 1961-2012, Quelle:(Statistik Austria, 2013d), eigene Darstellung

Anfang der 1990 er Jahre kam es aufgrund der politischen Unruhen in Osteuropa und der Kriege im ehemaligen Jugoslawien zur größten Flüchtlingswelle seit dem Zweiten Weltkrieg. So wanderten 1992 beispielsweise rund 50.000 Menschen aus Bosnien-Herzegowina nach Österreich ein (Bauer, 2008, S. 7). Zwischen 1961 und 2011 hat die Bevölkerungszahl Österreichs aufgrund der erfolgten Zuwanderung um etwa 904.000 Personen zugenommen. In dieser Zeit gab es um etwa 289.000 mehr Wegzüge ins Ausland als Zuzüge aus dem Ausland von österreichischen Staatsbürgern, jedoch wurde dieser Wert von den zahlreichen Zuzügen ausländischer Staatsbürger kompensiert (Bundeskanzleramt Österreich, 2013, S. 24).

⁶ Die Wanderungsbilanz oder der Wanderungssaldo bezeichnet die Differenz aus Zuzügen minus Wegzügen. Ein positiver Wanderungssaldo wird auch als Wanderungsgewinn bezeichnet, ein negativer Wanderungssaldo auch als Wanderungsverlust oder Abwanderungsüberschuss (Statistik Austria, 2012f).

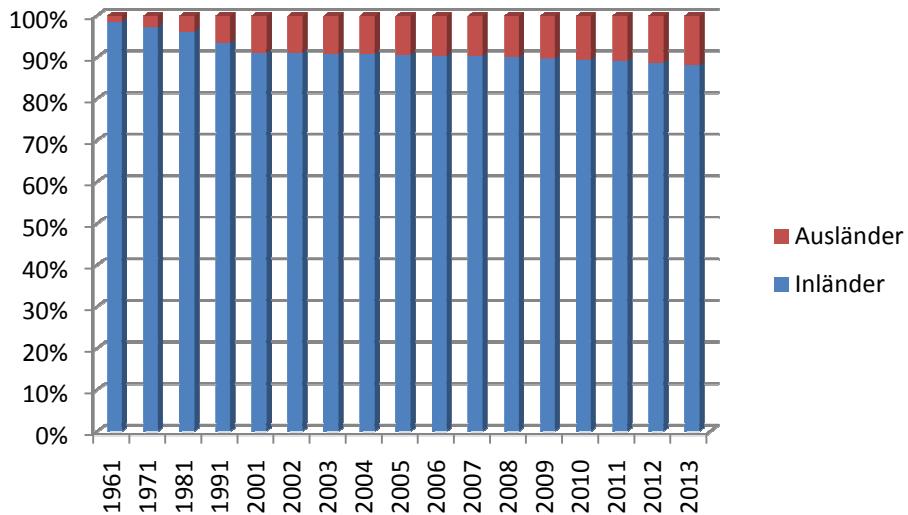


Abbildung 18: Ausländeranteil in Österreich 1961-2013, Quelle: Statistik Austria, eigene Darstellung

Auch für die zukünftige Bevölkerungsentwicklung werden die internationalen Wanderungen einen wichtigen Faktor darstellen. Aktuell leben rund eine Million Menschen mit ausländischer Staatsangehörigkeit in Österreich (Statistik Austria, 2012c, S. 15). Laut Prognosen wird die österreichische Bevölkerung bei Fortschreibung der aktuellen Wanderungs- und Geburtenzahlen zukünftig weiter wachsen und 2030 bei einer Bevölkerungszahl von 9 Millionen beziehungsweise 2060 bei 9,38 Millionen Menschen angekommen sein. Bei einer Prognose der Zahlen ohne Wanderungsgewinne erfolgt bis 2031 eine Bevölkerungsabnahme um 2,2% auf 8,21 Millionen und bis 2050 eine Reduktion auf 7,48 Millionen Menschen (Statistik Austria, 2012c, S. 15).

4.3.2 MigrantInnen in Österreich aktuell

1,569 Millionen Personen mit Migrationshintergrund lebten im Durchschnitt im Jahr 2011 in Österreich. Ein Großteil davon, etwa 1,153 Millionen, sind im Ausland geboren und gelten als MigrantInnen der ersten Generation. Weitere 415.000 Personen gelten als MigrantInnen der zweiten Generation (Statistik Austria, 2012c, S. 21). Die Einbürgerungsrate lag im Jahr 2011 sowie auch im Jahr davor bei 0,7% und damit weit unter dem Wert von 2003, als mit 44.694 Einbürgerungen (6%), der höchste Wert seit dem Jahr 1948 verzeichnet wurde (Statistik Austria, 2012c, S. 21).

Vom 1.1.2012 bis zum 1.1.2013 erfolgte in Österreich eine Bevölkerungszunahme um 43.739 von 8.408.121 auf 8.451.860 Personen. Die Anzahl von Menschen ohne österreichische

Staatsangehörigkeit stieg dabei um 52.839, während die Anzahl der österreichischen Staatsbürger um 9.100 abnahm. Hauptverantwortlich für den Bevölkerungszuwachs in Österreich waren 2011 Gewinne aus internationaler Zuwanderung (+35.604), während die Geburtenbilanz (+1.630) nur einen geringen Teil des Bevölkerungswachstums ausmachte (Statistik Austria, 2012c, S. 15-19). Insgesamt wurden 2011 in Österreich 922.906 Wanderungsvorgänge registriert. Ein Großteil davon (75,6% oder 698.094 Mal) wurde eine Verlegung des Hauptwohnsitzes innerhalb Österreichs vorgenommen. Bei den restlichen 24,4% wurde demnach die österreichische Staatsgrenze überschritten. Im Jahr 2011 lag die Einbürgerungsquote bei 0,7% beziehungsweise wurden 6.690 in Österreich lebende ausländische Staatsangehörige eingebürgert (Statistik Austria, 2012c, S. 15-19).

Der Wanderungsgewinn des Jahres 2011 ergibt sich aus einem Plus von 6.500 Personen aus der Bundesrepublik Deutschland, 6.200 Menschen aus Rumänien, 4.400 aus Ungarn, 3.400 aus Polen, und rund 2.200 Personen aus der Slowakei. Der Wanderungsverlust hingegen setzt sich zusammen aus der Abwanderung von etwa 21.000 InländerInnen, während nur 15.300 nach Österreich zurückkehrten (Statistik Austria, Kommission für Migrations- und Integrationsforschung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, 2012, S. 8).

Im Rahmen der Genfer Flüchtlingskonvention, welche von Österreich 1951 unterzeichnet wurde, verpflichtete sich Österreich Personen Asyl zu gewähren, welche in ihrer Heimat aus politischen oder religiösen Gründen verfolgt werden. Die Anzahl der eingebrachten Asylanträge ist in Österreich aufgrund der wechselnden Situation in den Herkunftsländern und Änderungen im österreichischen Fremdenrecht einer starken Schwankung unterlegen. Ein Höhepunkt wurde 2002 mit 39.354 Asylanträgen erreicht (Bundesministerium für Inneres, 2013, S. 6). Seither sinkt die Anzahl. Im Jahr 2012 haben in Österreich 17.413 Personen einen Asylantrag gestellt, am häufigsten waren dies Menschen aus Afghanistan (4.005), der Russischen Föderation (3.091) und Pakistan (1.823). Die prozentual gesehen meisten positiven Bescheide erfolgten für Asylwerber aus Syrien (82% von 915) und dem Iran (74% von 761 eingebrachten Anträgen). Die Anzahl der eingebrachten Asylanträge ist stark von der weltweiten politischen Situation abhängig und variiert demnach stark. 2002 wurde mit einer Anzahl von 39.354 Anträgen ein Spitzenwert erreicht (Bundesministerium für Inneres, 2013, S. 6).

Bei einem Vergleich der EU-Länder untereinander landet Österreich in Relation zu den Einwohnerzahlen hinter Malta, Luxemburg, Schweden und Belgien auf dem fünften Platz (Verein menschen.leben, 2013).

Am 1.1.2013 haben sich 1.004.268 Menschen ohne österreichische Staatsangehörigkeit in Österreich aufgehalten. Davon entfallen 424.669 auf Staaten der Europäischen Union, den Europäischen Wirtschaftsraum oder die Schweiz. 579.599 Personen sind so genannte Drittstaatenangehörige (Statistik Austria, 2013a).

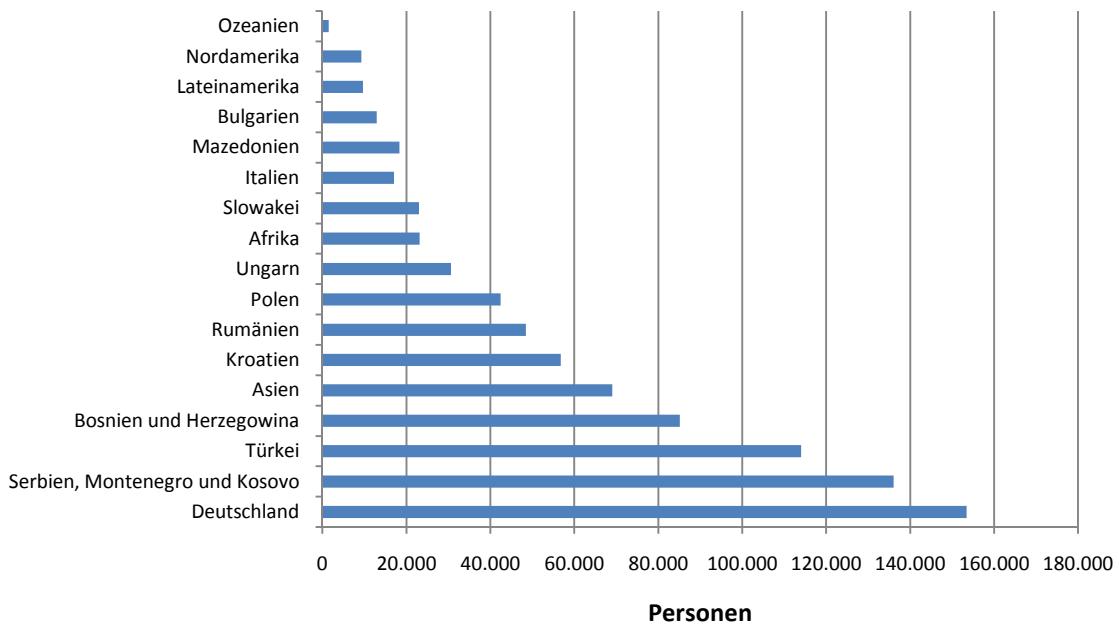


Abbildung 19: österreichische Bevölkerung mit nicht-österreichischer Staatsbürgerschaft nach Staatsangehörigkeit 2012, Quelle: (Statistik Austria, 2013a), eigene Darstellung.

Innerhalb der österreichischen Bundesländer hatte Wien mit 34,1% am 1.1.2012 den höchsten Anteil an Menschen mit ausländischer Herkunft, gefolgt von Vorarlberg mit 20,2%, Salzburg mit 18,6% und Tirol mit 16,7% (Statistik Austria, Kommission für Migrations- und Integrationsforschung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, 2012, S. 14). Insgesamt leben in Österreich 80% der MigrantInnen in 10% aller Gemeinden beziehungsweise 50% der Bevölkerung mit ausländischer Herkunft lebt in einer Gemeinde mit einem MigrantInnenanteil von mehr als 25%. Neben Wien sind das vor allem Städte wie Wels, Bregenz und Traun, aber auch Tourismusgemeinden wie Sölden oder Bad Gastein und grenznahe Orte oder Gemeinden mit Flüchtlingsunterkünften (Statistik Austria, Kommission für Migrations- und Integrationsforschung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, 2012, S. 14).

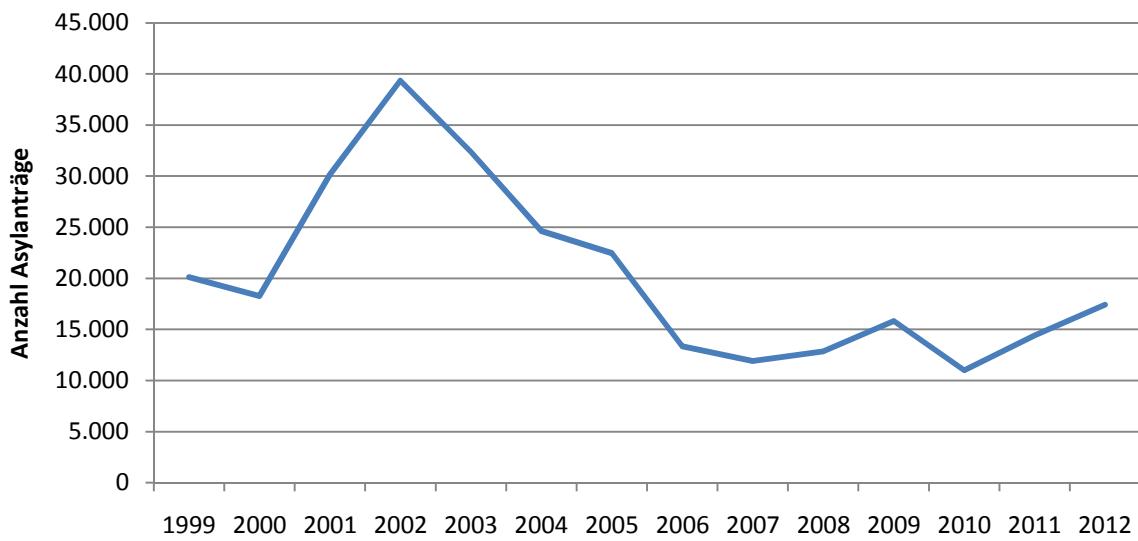


Abbildung 20: Anzahl der Asylanträge seit 1999, Quelle: (Bundesministerium für Inneres, 2013), eigene Darstellung

4.4 MigrantInnen in der Steiermark

Im Jahr 2011 verzeichnete das Wanderungssaldo in die Steiermark ein Plus von 3.700 Personen. Dies ergab sich aus einer Zuwanderung von 13.600 Personen, der eine Abwanderung von 9.900 Menschen gegenüber stand. Für die Jahre 2006-2011 ergab sich in Summe ein Zuwanderungsplus von 19.000 Personen (Österreichischer Integrationsfonds, 2012, S. 33).

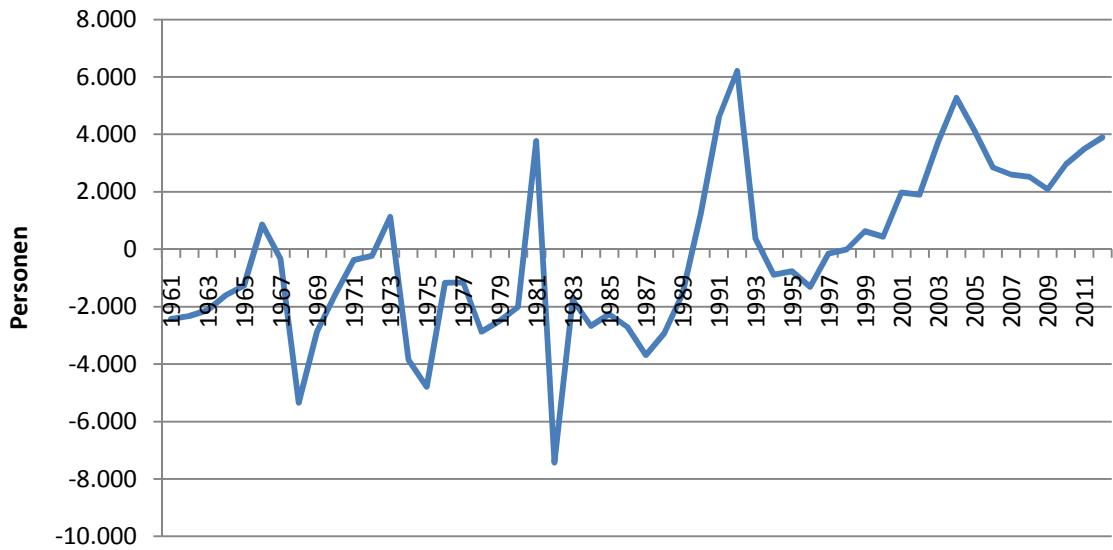


Abbildung 21: Wanderungssaldo Steiermark 1961-2012, (Statistik Austria, 2013d), eigene Darstellung

Am 1.1.2012 lebten in der Steiermark 133.903 Personen ausländischer Herkunft. Bei einer Gesamtbevölkerung von 1.213.255 Menschen entspricht dieser Wert einem Prozentsatz von 11%. Damit lag die Steiermark an vorletzter Stelle der österreichischen Bundesländer. Nur das Burgenland hatte mit 9,7% einen niedrigeren Ausländeranteil. Im Vergleich zum Jahr 2010 erfolgte in der Steiermark, bei negativer Geburtenbilanz, ein Bevölkerungszuwachs von 2% aufgrund der positiven Wanderungsbilanz (Statistik Austria, 2012d).

Die größte Zuwanderung erfolgte in die Steiermark aus den Mitgliedsländern der Europäischen Union (57% von insgesamt 13.600 Zuzügen) (Österreichischer Integrationsfonds, 2012, S. 32). Der AusländerInnenanteil ist in der Steiermark im Bezirk Graz (Stadt) mit 23,5% am höchsten, gefolgt von den Bezirken Bruck an der Mur (12,3%) und Leoben (10,7%). Am niedrigsten ist der Anteil ausländischer Bevölkerung im Bezirk Hartberg mit 4,4% (Österreichischer Integrationsfonds, 2012, S. 32). Insgesamt gibt es in der Steiermark drei Gemeinden, in denen am 1.1.2012 kein einziger ausländischer Staatsangehöriger gemeldet war. Es sind dies die Gemeinden Glojach, Gressenberg und Perlsdorf (Statistik Austria, 2012d).

Während die Arbeitslosenquote bei ÖsterreicherInnen in der Steiermark mit 6% leicht unter dem österreichischen Durchschnitt (6,3%) liegt, ist sie bei MigrantInnen in der Steiermark mit 9,8% etwas höher als der nationale Durchschnittswert von 9,4%. Das Nettojahreseinkommen lag in der Steiermark 2010 bei 21.600 Euro, während ausländische Staatsangehörige rund 17.800 an Einkommen, und somit 4.000 Euro weniger zur Verfügung hatten. Bei türkischen Staatsangehörigen betrug der Unterschied zu den österreichischen Einkommen sogar 6.800 Euro (Österreichischer Integrationsfonds, 2012, S. 35).

4.5 MigrantInnen als armutsgefährdete Gruppe

Wie bereits in Kapitel 0 dieser Arbeit beschrieben, existieren in Österreich Personengruppen, welche häufiger als andere von Armutgefährdung betroffen sind. Während die durchschnittliche Armutgefährdungsquote der österreichischen Gesamtbevölkerung bei etwa 12-13% liegt, sind es bei MigrantInnen aus EU/EFTA Ländern 23% und bei EinwanderInnen aus dem sonstigen Ausland 32%. Insgesamt ergibt sich daraus bei Personen ohne österreichische Staatsbürgerschaft eine Armutgefährdungsquote von 29%, bei einem Anteil von insgesamt 11,5% nicht österreichischer Staatsbürger an der österreichischen Wohnbevölkerung (Statistik Austria, 2012, 62).

Für die erhöhte Armutgefährdungsquote innerhalb der Bevölkerungsgruppe der MigrantInnen gibt es zahlreiche, ineinander übergreifende Gründe. Zunächst muss festgestellt werden, dass die Bevölkerungsgruppe der MigrantInnen keine homogene Einheit darstellt, sondern nach Herkunftsland, Alter, Bildungsgrad, Aufenthaltsdauer und dem sozioökonomischen Status im Herkunftsland differenziert werden muss (Statistik Austria, 2011a, S. 55).

4.5.1 Ausbildung

Bei der Ausbildung sind MigrantInnen überproportional häufig in der höchsten und niedrigsten Bildungsschicht vertreten, während Personen mit österreichischer Staatsbürgerschaft überdurchschnittlich oft über einen Abschluss der mittleren Bildungsebene (Lehre, Fachschule) verfügen. Bereits im Vorschulalter wird deutlich, dass weniger Kinder aus Einwandererfamilien einen Kindergarten oder eine Krippe besuchen. Im weiteren Schulverlauf haben Sonderschulen den höchsten und maturaführende Schulen den niedrigsten Ausländeranteil. Auf der anderen Seite verfügen 29% der 25 bis 64-Jährigen ohne Migrationshintergrund über eine Matura oder einen Universitätsabschluss, während es bei den Menschen mit Migrationshintergrund im selben Alter 35% sind. Die MigrantInnen, welche von Armut verstärkt betroffen sind, finden sich erwartungsgemäß jedoch eher in den niedrigeren Bildungsschichten (Statistik Austria, Kommission für Migrations- und Integrationsforschung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, 2012, S. 10).

4.5.2 Erwerbsbeteiligung

Da BürgerInnen aus Staaten der EU beziehungsweise der EFTA Personen mit österreichischer Staatsbürgerschaft sowohl aufenthaltsrechtlich als auch am Arbeitsmarkt gleichgestellt sind, können vor allem bei Drittstaatenangehörigen Probleme beim Eintritt in den Arbeitsmarkt in Form von Zugangsbeschränkungen und der Anrechenbarkeit absolviertener Ausbildungen auftreten. Die Erwerbsbeteiligung – also die Anzahl der Beschäftigten in Relation zur Anzahl der Personen im Erwerbsalter (zwischen 15 und 64 Jahren) – zeigte, dass MigrantInnen eine niedrigere Erwerbsbeteiligung aufweisen als der Rest der Bevölkerung. Das Verhältnis betrug 65% zu 74%. Dies lässt sich zum einen durch den in Kapitel 4.5.1 beschriebenen hohen Anteil an Personen in den niedrigeren Bildungsschichten erklären, zum anderen sind MigrantInnen mit 58% weniger oft erwerbstätig als ÖsterreicherInnen mit 69%. Gleichzeitig war die Arbeitslosenquote bei Personen ohne österreichische Staatsbürgerschaft mit 9,4% höher als bei ÖsterreicherInnen (6,3%). Zusätzlich verdienen MigrantInnen, welche sich in

einem Arbeitsverhältnis befinden, im Vergleich zu ÖsterreicherInnen deutlich weniger. Im Jahr 2010 lag das mittlere Netto-Jahreseinkommen von ganzjährig unselbstständig erwerbstätigen österreichischen Staatsangehörigen bei 22.448 Euro während ausländische Staatsangehörige gleichzeitig 18.361 Euro zur Verfügung hatten. Ein Unterschied bestand hier allerdings auch zwischen BürgerInnen der Staaten, welche 2004 der EU beigetreten sind und Personen, welche aus Staaten stammen, welche nach 2004 beitraten. Während die einen nur geringfügig weniger verdienen als österreichische Staatsangehörige, liegt das Netto-Jahreseinkommen der Personen aus dem ehemaligen Jugoslawien beziehungsweise der Türkei ein Fünftel unter dem der österreichischen Staatsbürger. Seit 2006 haben sich die Unterschiede im Lohnniveau zwischen ausländischen und inländischen Staatsangehörigen zusätzlich vergrößert (Statistik Austria, Kommission für Migrations- und Integrationsforschung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, 2012, S. 12).

4.5.3 Erwerbseinkommen

Geringe Bildung beziehungsweise nicht anerkannte Bildungsabschlüsse führen dazu, dass MigrantInnen vermehrt in Tätigkeitsfeldern im Einsatz sind, die eine geringe Qualifikation voraussetzen und dementsprechend schlecht entlohnt werden. Zwei Drittel der MigrantInnen aus Drittstaaten verrichten Hilfstätigkeiten, während es bei österreichischen Staatsbürgern nur ein Fünftel ist (Paierl & Stoppacher, 2010, S. 76). Im Jahr 2011 übten 18% der in einem Drittland geborenen Erwerbstätigen in Österreich, welche über einen tertiären Bildungsabschluss verfügen, einen Beruf aus, der keinen tertiären Bildungsabschluss erfordert (Expertenrat für Integration, 2013, S. 22).

Über das höchste Medianeinkommen im Jahr 2010 mit 10.579 Euro verfügten armutsgefährdete Personen aus dem ehemaligen Jugoslawien. Dieses lag über jenem der österreichischen Staatsbürger mit 10.411 Euro. Personen aus Drittstaaten haben mit einem Unterschied von etwa 30% eine weitaus größere Differenz zum Medianeinkommen und sind demzufolge intensiver von Einkommensarmut betroffen. Das höchste Armutsrisiko hatten hierbei Menschen, welche im Jahr 2010 höchstens zehn Jahre in Österreich gelebt haben (31%). Personen, welche bis zu 30 Jahre in Österreich leben, sind mit 16-17% ebenfalls überdurchschnittlich oft von Armutsgefährdung betroffen, demnach verringert sich der Wert mit einer längeren Aufenthaltsdauer (Statistik Austria, 2011a, S. 57).

Des Weiteren zeigten sich deutliche Unterschiede im Lebensstandard zwischen Personen, welche in Österreich geboren sind und eingewanderten beziehungsweise eingebürgerten ÖsterreicherInnen aus Drittstaaten. Die MigrantInnen aus Drittstaaten sind innerhalb Österreichs nach den Arbeitslosen die am stärksten von Armut betroffene Bevölkerungsgruppe. Dies steht zusätzlich im Zusammenhang mit dem Lebensstandard des gesamten Haushalts. Haushalte, in denen zumindest eine Person aus einem Drittstaat lebt, sind zu 30% armutsgefährdet. Zu 60% sind die Zugewanderten aus den Drittstaaten Frauen, welche im Median der Altersverteilung 42 Jahre alt sind (Statistik Austria, 2011a, S. 56). Durch die Armutgefährdung des Haushalts sind auch die darin lebenden Kinder vermehrt in ihrem Lebensstandard eingeschränkt. Besonders hervorzuheben ist hierbei die Situation von Kindern aus der Türkei – sie sind zu 56% armutsgefährdet – und Kinder beziehungsweise Jugendliche aus Drittstaaten, welche zu 71% als armutsgefährdet bezeichnet werden können. Im Vergleich dazu haben Kinder mit österreichischer Staatsbürgerschaft ein Armutsrisko von 11% und jene aus dem ehemaligen Jugoslawien eine Armutgefährdungsquote von 19% (Statistik Austria, 2011a, S. 57-58).

5 Energiearmut

5.1 Theoretische Grundlagen und Begriffsdefinition

Der Begriff Energiearmut beziehungsweise „fuel poverty“ oder heute oft auch „energy poverty“ entstand in Großbritannien, im Zusammenhang mit den Ölkrisen der 1970er Jahre und den daraus resultierenden steigenden Energiepreisen. In Kombination mit dem strengen Winter von 1975 traten vermehrt Zahlungsschwierigkeiten bei privaten Haushalten auf. Brenda Boardman, hat mit ihrer Dissertation im Jahr 1991 eine wichtige Basis für alle folgenden wissenschaftlichen Auseinandersetzungen in diesem Bereich gelegt und gilt damit als „Pionierin“ auf dem Forschungsgebiet der Energiearmut (Berger, 2011).

Boardman definiert Energiearmut für den britischen Raum nach einer gezielten quantitativen Untersuchung der betroffenen sozialen Gruppen anhand finanzieller sozialpolitischer Leistungen. Als energiearm gelten demnach Haushalte, welche mehr als 10% ihres monatlich zur Verfügung stehenden Budgets für Raumwärme und Energiedienstleistungen aufwenden müssen. Obwohl Boardman in ihrer Definition alle Arten von Energieverbrauch mit einbezieht, beschäftigen sich öffentliche Initiativen und Berichte aus Großbritannien stets nur mit dem Aspekt der Wohnraumtemperatur (Berger, 2011). Der Bereich der Mobilität wird in

der Energiearmutsdiskussion generell ausgeklammert. Allerdings werden nach dieser Definition zum Beispiel auch vergleichsweise wohlhabende Haushalte als energiearm erfasst, wenn sie beispielsweise aufgrund eines energetisch verschwenderischen Lebensstils mehr als 10% ihres monatlichen Budgets für Energiedienstleistungen aufwenden müssen.

Healy erstellte im Jahr 2004 eine Vergleichsstudie von 15 EU-Mitgliedsstaaten und maß hierbei mit Hilfe von sechs Indikatoren (wie beispielsweise der finanziellen Situation des Haushalts, der Bausubstanz oder auch dem subjektiven Empfinden der BewohnerInnen), ob Haushalte als energiearm gelten können oder nicht. Er geht dabei von bestimmten Bedürfnissen aus, welche unbedingt befriedigt werden müssen (Healy, 2007, S. 35).

Nach Buzar ist Energiearmut eine weitaus komplexere Gegebenheit als das bloße Zusammenspiel von hohen Energiepreisen und den daraus resultierenden Zahlungsschwierigkeiten einkommensärmer Bevölkerungsschichten. Er sieht das Phänomen als eine Wechselwirkung von ökonomischen, sozialen und Infrastrukturaspekten und definiert Energiearmut als „*the inability to heat the home up to a socially- and materially-necessitated level*“ (Buzar, 2007, S. 9). Im Zusammenhang mit dieser Arbeit wird die Definition nach Buzar verwendet. Von der Statistik Austria wird im Zusammenhang mit EU-SILC jährlich die Anzahl der Personen erhoben welche angeben, dass sie nicht in der Lage sind ihre Wohnung angemessen zu heizen.

In Österreich selbst gibt es bisher keine offizielle und einheitliche Definition von Energiearmut. Aktuell existieren Bemühungen, eine solche zu entwickeln. Dabei soll besonders beachtet werden, dass einkommensarme Haushalte einen höheren Anteil ihres monatlich verfügbaren Einkommens für essenzielle Ausgaben wie Wohnen, Nahrung und Energie verwenden. Dennoch kann eine Fokussierung auf die anteiligen Ausgaben für Energie, wie es beispielsweise bei Boardman passiert, nicht als Definition ausreichen. Daher wird von der Energie-Control Austria der Fokus auf hohe absolute Beträge, welche für Energie zu bezahlen sind, gelegt. Die aktuell entwickelte Definition für Energiearmut in Österreich lautet: „*Als energiearm sollen jene Haushalte gelten, die über ein Einkommen unter der Armutgefährdungsschwelle verfügen, aber gleichzeitig überdurchschnittlich hohe Energiekosten zu begleichen haben.*“ Haushaltgröße und Wohnaufwand sollen in diesem Zusammenhang bei der Ermittlung des Einkommens berücksichtigt werden (Energie-Control Austria, 2013a, S. 3-4).

Ein weiterer wichtiger Aspekt in der Definition von Energiearmut besteht in der Abgrenzung von Energiearmut gegenüber Armut im Allgemeinen. Dazu schreibt Brenda Boardman in ihrer Dissertation:

“Fuel poverty is different from poverty. General poverty can be reduced through additional income support, but the most effective way to lessen fuel poverty is through capital investment. It is the crucial role of capital stocks – the house, heating system and other energy using equipment – in causing fuel poverty that determines the need for policies that are specific to the problem. A home is energy inefficient, because of a lack of investment and improvement. The occupants, therefore, have to buy expensive warmth and other energy services – they have to pay more to keep warm than people in homes where there has been a higher level on investment in energy efficiency measures (Boardman 1991, 221).”

Demnach besteht die Hauptunterscheidung zwischen Armut an sich und Energiearmut in der Art ihrer Bekämpfung. Während Armut durch finanzielle Unterstützung gemildert werden kann, wird zur Reduktion von Energiearmut eine Verbesserung der energetischen Qualität des Wohngebäudes beziehungsweise des Heizsystems oder generell Investition in Energieeffizienz benötigt.

Im Allgemeinen sind Armut und Energiearmut eng miteinander verknüpft, doch statistisch betrachtet können auch Haushalte als energiearm gelten, deren Einkommen nicht unter der offiziellen Armutsgrenze liegt. Zusätzlich kann ein Haushalt durch eine Anhebung des Gehalts beziehungsweise finanzielle Zuschüsse und andere sozialpolitische Maßnahmen über die finanzielle Armutsgrenze gehoben werden. Die Situation der Energiearmut bleibt jedoch in diesem Fall unverändert, wenn beispielsweise das Wohngebäude weiterhin eine schlechte thermische Qualität aufweist und somit überproportional hohe Heizkosten anfallen (Berger, 2011, S. 13).

5.1.1 Entstehung von Energiearmut

Gemäß der Internationalen Energieagentur (IEA) hat Energiearmut drei zusammentreffende Ursachen:

- Geringes Haushaltseinkommen,
- verbunden mit hohen Energiepreisen und
- eine, aus energetischer Sicht, schlechte Wohnqualität. (Die Größe des Wohnraumes, der Energieverbrauchmix und die Beschaffenheit des Gebäudes werden bei der Ermittlung der Energieeffizienz auf vielschichtige Weise berücksichtigt.) (Energie-Control Austria, 2013a, S. 8).

Am Stärksten wirkt sich der Einkommensfaktor aus. Nach der Definition von Boardman sind von den untersten 30% der britischen Einkommensverteilung 90% als energiearm einzustufen (Berger, 2011, S. 9).

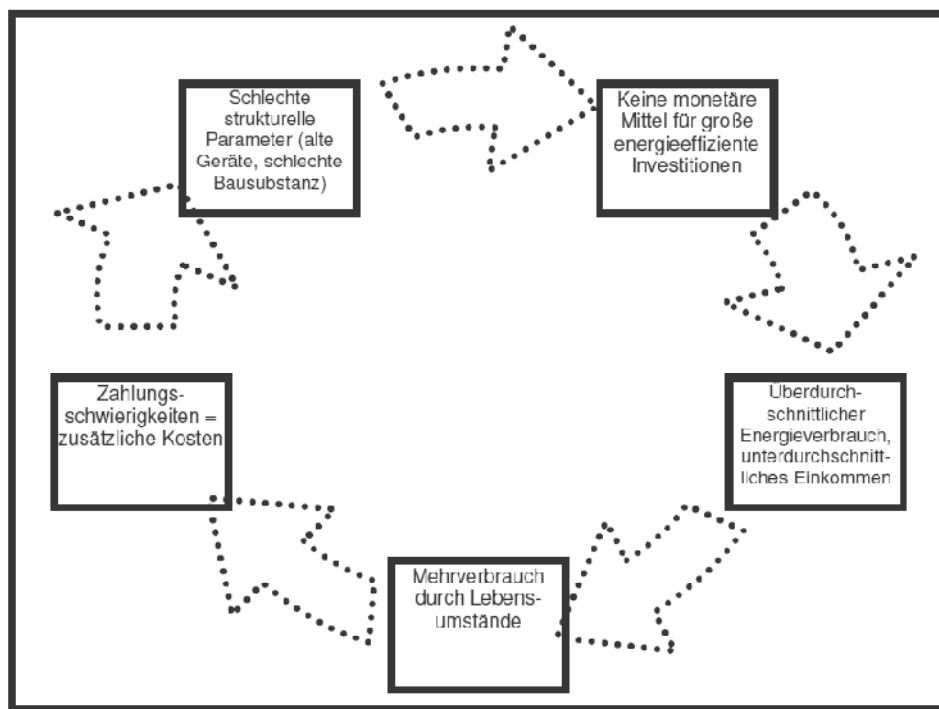


Abbildung 22: Teufelskreis der Energiekosten (Proidl, 2009).

Durch das Zusammenspiel der drei oben genannten Ursachen mit zusätzlichen Einflussfaktoren entsteht der so genannte Teufelskreis der Energiekosten, welcher zum Ausdruck bringen soll, dass betroffene Personen dieser schwierigen finanziellen Situation nur sehr schwer entkommen können, da es beispielsweise durch Arbeitslosigkeit nicht nur zu einem unterdurchschnittlichem Einkommen kommen kann, sondern die Personen sich auch

vermehrt in ihrem Haushalt aufzuhalten, dadurch mehr Energie verbrauchen und so zusätzliche Kosten verursachen welche sie aufgrund des geringen zur Verfügung stehenden Budgets nur schwer begleichen können.

5.1.2 Folgen von Energiearmut

Die Folgen von Energiearmut sind weitaus vielseitiger als im ersten Moment ersichtlich. Eine kalte und unbeleuchtete Wohnung ist nur ein geringer Teilaспект der möglichen Auswirkungen auf den Alltag betroffener Personen. Mögliche Folgeerscheinungen inkludieren beispielsweise die gesundheitlichen Risiken, welche etwa durch entstehenden Schimmel und eine dauerhafte Raumtemperatur unter der empfohlenen Temperatur der Weltgesundheitsorganisation von 18-22 Grad. Dadurch können etwa chronische Erkrankungen (zum Beispiel Erkrankungen der Atemwege oder Rheuma) ausgelöst oder verstärkt werden. Des Weiteren kann bei fehlendem Strom die eingeschränkte Möglichkeit, Lebensmittel adäquat zu lagern und zuzubereiten zu Fehlernährung mit allen auftretenden Folgeerkrankungen führen. Des Weiteren kann Energiearmut zu sozialer Ausgrenzung führen, da man nicht die Möglichkeit hat, Freunde und Familie zu sich nach Hause einzuladen (Anderson, White, & Finney, 2012, S. 47-48).

Vor allem für Kinder können Armut und Energiearmut langfristige negative Folgen haben. Aufgrund der ungünstigen Wohnverhältnisse, der sozialen Exklusion sowie den eingeschränkten Möglichkeiten, diese gesundheitsbelastenden Verhältnisse zu verändern, kann eine große psychische sowie auch physische Belastung entstehen. Des Weiteren kann Energiearmut bei Kindern zu Schulproblemen führen, da in einer kalten, dunklen Wohnung die Konzentrationsfähigkeit stark beeinträchtigt ist (Paierl & Stoppacher, 2010, S. 94).

Oft entsteht ein „Teufelskreis“ aus der Abschottung aufgrund der Scham über die eigene Situation und der daraus resultierenden sozialen Isolation, sodass schlussendlich kein soziales Netz vorhanden ist, welches die Betroffenen auffängt. Allgemein kann davon ausgegangen werden, dass Personen, welche in ein soziales Netzwerk eingebunden sind, leichter zu erreichen sind als Menschen die eher isoliert leben. Allerdings kommt es auch vor, dass es aufgrund von Schamgefühlen nicht zur Aktivierung dieses sozialen Netzwerks kommt (Brunner, Spitzer, & Christianell, 2011).

5.1.3 Globale Energiearmut

Global betrachtet wird der Begriff Energiearmut verwendet, um auf das Fehlen der notwendigen Infrastruktur im Bezug auf die energetische Versorgung innerhalb von weniger entwickelten Ländern beziehungsweise teilweise ländlichen Gebieten von Schwellenländern hinzuweisen. Laut Schätzungen der Internationalen Energieagentur verfügen weltweit 1,5 Milliarden Menschen über keinen Zugang zu einer regelmäßigen und funktionierenden Stromversorgung. 85% der Menschen mit fehlender Energieversorgung leben in ländlichen Gebieten in Subsahara-Afrika und Südasien. 2,7 Milliarden Menschen sind beim Energiebedarf für ihre täglichen Bedürfnisse wie Kochen und Heizen auf traditionelle Biomasse und die Verbrennung von Holz, Laub, getrockneten Dung und ähnliches angewiesen (Berger, 2011). Die Weltgesundheitsorganisation WHO schätzt, dass jedes Jahr 1,45 Millionen Menschen, speziell Frauen und Kinder, an den Folgen der aus der Verbrennung von Biomasse entstehenden verschmutzten Innenraumluft sterben (UNDP/WHO, 2011). Des Weiteren hat die verstärkte Nutzung von Holz und anderer Biomasse zur Energieversorgung von Städten einen großen Anteil an der lokalen Entwaldung (Jaeger, 2012, S. 4).

Ein weiterer wichtiger Aspekt bei der Betrachtung globaler Energiearmut betrifft die weltweiten Unterschiede im Energieverbrauch. So verbrauchen 791 Millionen Menschen welche südlich der Sahara leben (Südafrika ausgenommen) genau so viel elektrische Energie, wie die 19,5 Millionen Menschen die im US-Bundesstaat New York beheimatet sind (OECD/IEA, 2010, S. 11).

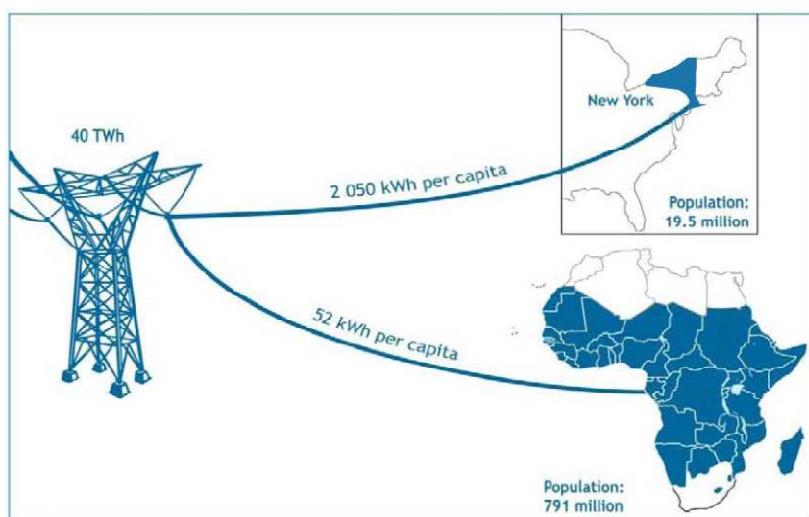


Abbildung 23: Globale Situation, Quelle: (OECD/IEA, 2010, S. 11)

Die OECD-Staaten und somit 18% der Weltbevölkerung verursachen 53% des weltweiten elektrischen Energieverbrauchs. Der Pro-Kopf-Energie-Verbrauch ist mit 8900 kWh pro Jahr fünfmal höher als in den nicht OECD-Staaten. Der Zugang zu Strom ist eine Grundvoraussetzung für die menschliche Entwicklung. Laut Berechnungen der Internationalen Energieagentur wären Investitionen in der Höhe von 35 Milliarden Euro pro Jahr notwendig, um bis 2030 allen Bewohnern weltweit einen Zugang zu elektrische Energie zu ermöglichen (OECD/IEA, 2010, S. 3).

5.1.4 Energiearmut in der EU

Innerhalb der entwickelten Länder und somit auch der Europäischen Union verfügen energiearme Haushalte über Zugang zu modernen Energiedienstleistungen, es fehlen jedoch die finanziellen Mittel, um sich den erforderlichen Wärmekomfort dauerhaft leisten zu können (Benke, Amann, & Schlägl, 2012, S. 8).

Während Großbritannien bereits seit den 1970er Jahren die Problematik der Energiearmut erkannt hat und dort seitdem intensiv an der Erforschung und Bekämpfung des Problems gearbeitet wird, fehlte in anderen Ländern der Europäischen Union (ausgenommen Irland und Frankreich) lange eine einheitliche offizielle Definition. So gelten in Irland und Großbritannien beispielsweise Haushalte als energiearm, wenn sie mehr als 10% ihres verfügbaren Einkommens für Raumwärme verwenden müssen. Diese Begriffserklärung lehnt sich an Boardman an, wobei diese in ihre Definition grundsätzlich sämtliche Energiedienstleistungen mit einbezieht (Berger, 2011).

Ein Vorschlag aus der Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses (2011) dazu lautet: „*Energiearmut könnte als die Schwierigkeit oder Unmöglichkeit definiert werden, seine Wohnstätte angemessen und zu einem korrekten Preis zu heizen sowie über weitere grundlegende Energiedienstleistungen zu einem angemessenen Preis zu verfügen.*“ (Jaeger, 2012, S. 5). Die Energie-Control Austria sieht dabei eine Problematik in der Festlegung der einzelnen Begriffe. Was bedeutet der Terminus Schwierigkeiten? Was versteht man unter angemessenen und korrekten Kosten beziehungsweise Preisen (Energie-Control Austria, 2013a)?

Allgemein stellt Energiearmut in den Ländern der Europäischen Union ein wachsendes Problem dar. Es besteht Einigkeit im Europäischen Parlament, dass die Mitgliedsstaaten

zusätzliche Maßnahmen ergreifen, die der Wahrung der Chancengleichheit und der sozialen Integration aller BürgerInnen durch einen finanziell leistbaren Zugang zu Energiedienstleistungen dienen. Es wird auch unterstrichen, dass „*Energieversorgung ein Schlüsselement für die erfolgreiche Teilhabe des Bürgers am gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben ist*“ (Europäisches Parlament, 2008).

5.1.5 Energiearmut in Österreich

Auch in einem relativ wohlhabenden Land wie Österreich spielt Energiearmut eine Rolle. Laut der aktuellen EU-SILC Studie aus dem Jahr 2011 können es sich 219.000 Personen nicht leisten, die Wohnung angemessen warm zu halten. 611.000 Menschen sind mit Zahlungen im Rückstand und 1.894.000 können es sich nicht leisten, unerwartete Ausgaben (wie etwa eine hohe Stromnachforderung) zu tätigen (Statistik Austria, 2012, 48). Trotzdem wurde Energiearmut in Österreich bis vor wenigen Jahren nicht als eigenständiges Problem wahrgenommen, welches nur während der Heizperiode öffentlich diskutiert wurde, wobei der Begriff „Energiearmut“ bisher kaum Verwendung fand (Berger, 2011, S. 27).

Die Wahrnehmung von Energiearmut in Österreich als eigenständiges sozialpolitisches Problem ist im landesweiten öffentlichen Diskurs als sehr gering und in den meisten Bundesländern als praktisch nicht vorhanden einzustufen. Zu Beginn der jahreszeitlich bedingten Heizsaison wird durch Nicht-Regierungsorganisationen auf die Tatsache hingewiesen, dass die Heizkosten für bestimmte Bevölkerungsgruppen finanziell nur schwer aufzubringen sind. Diese medial meist nur kurze und oberflächliche Wahrnehmung beschränkt sich auf das Thema der Wohnraumbeheizung und fristet ein Dasein als „Weihnachtsthema“. Der Terminus „Energiearmut“ wird in diesem Diskurs in der Regel nicht gebraucht (Berger, 2011).

Die von Energiearmut betroffenen Personen beziehungsweise Haushalte sind keine homogen einzugrenzende gesellschaftliche Gruppe. Personen, welche ausschließlich durch Energiekosten belastet sind, kommen in der Praxis kaum vor. Für gewöhnlich trifft es Personen, welche durch geringes Einkommen bereits eine allgemeine Armutgefährdung aufweisen. Laut Statistik Austria lag die Armutgefährdungsschwelle für einen österreichischen Einpersonenhaushalt im Jahr 2011 bei 12.791 Euro pro Jahr und damit bei 1.066 Euro pro Monat (Statistik Austria, 2012b, S. 9). Hohe Nachzahlungen für Wärme und Strom sind für viele einkommensschwache Personen praktisch unbezahlbar.

5.1.6 MigrantInnen als energiearme Gruppe

Migrantinnen und Migranten sind aus unterschiedlichen Gründen vermehrt von Armut und Energiearmut betroffen. Mögliche Gründe für die im Vergleich mit österreichischen Staatsbürgern teilweise niedrigeren Einkommen von MigrantInnen stellen beispielsweise das allgemeine Erwerbsverhalten und die Einkommenssituation, möglicherweise vorhandene Zugangsbeschränkungen zum Arbeitsmarkt, sprachliche Barrieren, Informationsdefizite im Zusammenhang mit Sozialleistungen und Förderungen, oder die fehlende Anerkennung von Abschlüssen dar. Hierauf wurde bereits in Kapitel 3.4.5 ausführlich hingewiesen. Des Weiteren sind ein unsicherer Aufenthaltsstatus, der erschwerte Zugang zum sozialen Wohnbau und fehlende Möglichkeiten politischer Mitbestimmung wichtige Faktoren, die sich vor allem auf den Lebensstandard von Drittstaatsangehörigen auswirken (Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz, 2011, S. 55).

Das spiegelt sich auch in den vorhandenen Einschränkungen bei der Finanzierung von Grundbedürfnissen wider. So geben 18% der Migrantinnen und Migranten (gegenüber 6% der österreichischen Staatsbürger) an, dass sie mit Zahlungen im Rückstand sind. 8% der Nicht-Österreicher (7% aus nicht EU/EFTA Staaten), aber nur 2% der Österreicher geben an, ihre Wohnung nicht angemessen warm halten zu können (Statistik Austria, 2011a, S. 47). Für 47% der Nicht-Österreicher (53% nicht EU/EFTA Staaten) ist es nicht möglich, unerwartete Ausgaben zu tätigen. Im Gegenzug stellt das nur für 20% der Personen mit österreichischer Staatsbürgerschaft ein Problem dar. (Statistik Austria, 2011a, S. 47). Des Weiteren stellen für 27% der MigrantInnen Wohnkosten eine starke Belastung dar, im Gegensatz zu 13% der Österreicher. Auch nach Wohnproblemen wurde in der EU-SILC-Studie gefragt. 14% der österreichischen Staatsbürger und 23% der Nicht-ÖsterreicherInnen gaben an, Schimmel in der Wohnung zu haben (Statistik Austria, 2012b, S. 47).

Generell leben mehr MigrantInnen zur Miete. 52% der ÖsterreicherInnen besitzen Hauseigentum gegenüber 11% der Nicht-ÖsterreicherInnen. Bei Wohnungseigentum beträgt das Verhältnis 10% zu 8%. Besonders hoch ist der Anteil der Nicht-ÖsterreicherInnen, die in privater Haupt- oder Untermiete wohnen, 46% geben an, dies zu tun, gegenüber 13% der ÖsterreicherInnen (Statistik Austria, 2012b, S. 47). Hierbei ist darauf hinzuweisen, dass die zweite Migrationsgeneration mit 38% bereits deutlich öfter über Hauseigentum verfügt als die erste Generation mit 23% (Statistik Austria, Kommission für Migrations- und Integrationsforschung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, 2012). Das ist

insofern relevant, als dass bei Angeboten wie Sanierung, Gerätetausch und ähnlichem in Mietwohnungen ein Interessenskonflikt zwischen EigentümerIn und MieterIn entstehen kann, da die Kosten für eine durchgeführte Sanierung vom Eigentümer/von der Eigentümerin des Objekts zu tragen sind, während die MieterInnen den Nutzen (Reduktion des Energieverbrauchs und damit auch der Energiekosten) daraus ziehen. Durch eine Erhöhung der Miete nach der Sanierung, um diese Kosten teilweise abzudecken, entsteht für die finanziell ohnehin belasteten BewohnerInnen eine zusätzliche Last, welche aufgrund der finanziellen Situation oftmals nicht zu bewältigen ist und somit einen Umzug zur Folge hat. Aufgrund dieser Bedingungen besteht aktuell kein großer Anreiz in die Verbesserung der Gebäudequalität bei Mietwohnungen zu investieren (Friedl, 2012a).

Zusätzlich gibt die Mehrheit der MigrantInnen einen relativ hohen Anteil ihres verfügbaren Haushaltseinkommens für die Bezahlung der Mieten aus, was aber auch auf das vergleichsweise niedrige Einkommen zurückzuführen ist. MigrantInnen verteilen sich nicht gleichmäßig innerhalb Österreichs und der Gemeinden sondern leben vermehrt dort, wo vorwiegend „gründerzeitliche Miethausstruktur“ existiert. Die durchschnittliche Wohnfläche pro Kopf in Österreich liegt bei etwa 44m^2 pro Person. Menschen mit Migrationshintergrund haben durchschnittlich eine Fläche von 31 m^2 pro Kopf zur Verfügung. Starke Unterschiede existieren zwischen BürgerInnen der Europäischen Union vor 2004, welche mit 48 m^2 pro Person über überdurchschnittlich große Wohnungen verfügen und Menschen aus dem ehemaligen Jugoslawien und der Türkei, welche nur über eine Wohnfläche von 26 m^2 beziehungsweise 21 m^2 pro Kopf verfügen. Aufgrund der größeren Anzahl von Personen im Haushalt ergibt sich wiederum ein vergleichsweise hoher Energieverbrauch und damit einhergehende Energiekosten. Zusätzlich treten in Haushalten von Personen aus Drittstaaten vermehrt Wohnprobleme wie Lärm oder Feuchtigkeit auf (Statistik Austria, Kommission für Migrations- und Integrationsforschung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, 2012).

Wohnprobleme	Österreichische Staatsbürger	Personen aus Drittstaaten
Lärm	18%	30%
Feuchtigkeit/Schimmel	13%	18%
Kriminalität/Vandalismus	12%	13%
Luft., Umweltverschmutzung	10%	13%
Überbelag	4%	25%
Kein Bad/WC	1%	5%
Dunkle Räume	6%	9%

Tabelle 2: Wohnprobleme nach soziodemographischen Merkmalen, Quelle: (Statistik Austria 2012b, S. 51), eigene Darstellung

Des Weiteren sind MigrantInnen die finanziellen Belastungen von Heizen im Winter nicht bewusst und verfügen aufgrund der teilweise stark unterschiedlichen klimatischen Bedingungen in den Herkunftsländern über kein fundiertes Wissen über angemessenes Heizen und Stromverbrauch (ARGE Energieberatung Wien, Österreichisches Institut für Nachhaltige Entwicklung, die umweltberatung Wien, 2011, S. 31).

5.2 Bekämpfung von Energiearmut

Sowohl die Identifizierung von Betroffenen, als auch die Kontaktaufnahme mit armen und armutsgefährdeten sowie energiearmen Haushalten und Personen stellt eine der primären Herausforderungen bei der Bekämpfung von Energiearmut dar. Aufgrund von Scham und dem Unwillen, sich die eigene als peinlich empfundene Notlage einzustehen, fällt es Betroffenen oft schwer, sich als arm beziehungsweise energiearm zu deklarieren und sich die notwendige Hilfe zu suchen.

„Es gibt eine Hemmschwelle. Niemand in unserer Gesellschaft gibt schließlich gerne zu, dass er nur über ein bescheidenes Einkommen verfügt und mit seinen finanziellen Möglichkeiten nicht wirklich gut zurechtkommt“ (Hofer, 2012, S. 32).

In der Literatur wird davon ausgegangen, dass energiearme Menschen häufig in Wohnungen leben, welche eine energetisch schlechte Wohnqualität aufweisen und mit veralteten Heizungssystemen und Elektrogeräten ausgestattet sind (Benke & Varga, 2012, S. 3). Für die Identifizierung energieärmer Haushalte existieren zwei vorherrschende Ansätze:

5.2.1 Personenbezogener Ansatz

Die Einbeziehung von Institutionen und Personen, welche mit potenziell energiearmen Personen und Haushalten in Kontakt stehen, kann bei der Identifizierung und Ansprache der Betroffenen hilfreich sein. Sie können gezielt Kontakte zu Zielpersonen aufbauen, sie mit notwendigen Informationen versorgen und sie an geeignete Stellen verweisen. Geeignet dafür wären beispielsweise Schuldnerberatungen, das Arbeitsamt, Sozialeinrichtungen und Mietervereinigungen (Forschungsgruppe Umweltpsychologie, 2010, S. 10).

5.2.2 Gebäudebezogener Ansatz

Hierbei können unterschiedliche Ansätze gewählt werden. Zum einen kann auf Geoinformationssysteme zurückgegriffen werden um thermographische Bilder von Gebäuden und Gebäudeteilen zu erstellen, um jene mit hohem Energieverbrauch zu identifizieren. Zum anderen können auch MieterInnenbefragungen ergänzt durch technische Daten einen Hinweis auf energetisch schlecht sanierte Gebäude geben (Forschungsgruppe Umweltpsychologie, 2010, S. 10).

5.2.3 Lösungsansätze zur Bekämpfung der Energiearmut in Österreich

Laut der Energie Markt Analyse GmbH sollten sich mögliche Ansätze zur umfassenden Verringerung von Energiearmut an folgenden Grundsätzen orientieren:

- Akuthilfe (durch einen einmaligen finanziellen Zuschuss werden Zahlungsrückstände und Abschaltungen vermieden),
- Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz (durch Bereitstellung energieeffizienter Haushaltsgeräte und/oder durch Empfehlungen zum Nutzerverhalten sollen die Ursachen für den hohen Energieverbrauch beseitigt werden);
- Verbesserung der Lebensqualität (Einsatz von neuen Thermen zur Bereitstellung von ausreichend Warmwasser oder thermische Sanierung von Gebäuden),
- Klima- und Ressourcenschutz (die oben angeführten Maßnahmen fördern die Erreichung klimapolitischer Ziele und einen schonendem Umgang mit knappen Ressourcen) (Benke, Marton, Amann, Fernández de la Hoz, & Appel, 2012, S. 5).

Lösungsansätze zur Verringerung von Energiearmut richten sich vor allem an Akteure aus der Politik, an Energieversorgungsunternehmen, an Energie- oder sonstige Beratungsinstitutionen sowie an das Förderwesen (Benke, Marton, Amann, Fernández de la Hoz, & Appel, 2012, S. 7).

Zuschüsse, Sozialtarife und Beihilfen

Durch Kostenzuschüsse wie beispielsweise den Heizkostenzuschuss können kurzfristig finanzielle Engpässe umgangen werden. Da die Zuschüsse jedoch nicht zweckgebunden sind und daher keine Investition zur Senkung des Energieverbrauchs vorgeschrieben sind, können finanzielle Zuschüsse Ursachen der Energiearmut nicht dauerhaft beseitigen (Benke, Appel, Varga, Fernández de la Hoz, & Leutgöb, 2011, S. 5). Zusätzlich werden Heizkostenzuschüsse unabhängig vom Heizsystem und dessen Effizienz vergeben und sind bisher an keine ökologischen Kriterien gebunden (Friedl, 2012b, S. 6). Das Selbe gilt für Sozialtarife, welche die Energieausgaben für die Zielgruppe zeitweise senken. Die Höhe des Zuschusses und die Einsparungen durch Sozialtarife sowie die Zugangsformalitäten, Einkommensgrenzen und Antragsfristen sind in Österreich von Bundesland zu Bundesland unterschiedlich geregelt. So erhalten in der Steiermark Bedürftige beispielsweise einen Monat kostenfrei Strom (Benke, Appel, Varga, Fernández de la Hoz, & Leutgöb, 2011, S. 5).

Sozialfonds

In Österreich existiert der VERBUND-Stromhilfe-Fonds in Zusammenarbeit mit der Caritas. Jeder Privatkunde des VERBUND zahlt jährlich einen Euro ein, wodurch jedes Jahr 400 bis 500 bedürftige Haushalte finanziell bei der Begleichung ihrer Energierechnungen unterstützt werden oder energieeffiziente Geräte zur Verfügung gestellt bekommen. Durch diese Art des Fonds beim Energieversorgungsunternehmen kann gezielt auf Menschen zugegangen werden, welche mit ihren Rechnungen im Rückstand sind (Benke, Marton, Amann, Fernández de la Hoz, & Appel, 2012).

Energieberatungen

Energieberatungen für einkommensschwache Haushalte wurden in Österreich bisher hauptsächlich im Rahmen von Pilotprojekten durchgeführt, wie beispielsweise Beratungsaktionen der Energie Control Austria und der Caritas in Wien oder des Landesenergievereins Steiermark und der Caritas in der Steiermark. Durch flächendeckende Beratungsangebote für energiearme Haushalte könnte präventiv die Kompetenz der VerbraucherInnen im Umgang mit Haushaltsenergie verstärkt und somit der Energiearmut entgegengewirkt werden (Friedl, 2012b, S. 6).

Energieeffizienzförderung

Energieeffizienzförderungen sollen dazu führen, dass Haushalte bei zumindest gleichbleibendem Komfort weniger Energie verbrauchen und dadurch auch weniger Kosten verursachen. Dies erfolgt in Österreich aktuell im Rahmen der Wohnbauförderung. Armutgefährdeten beziehungsweise energiearmen Haushalten fehlen jedoch die notwendigen finanziellen Eigenmittel, um solche Investitionen zu tätigen und damit die Förderung zu erhalten. Deshalb lukrieren diese Haushalte aus den aktuellen Förderschienen kaum Nutzen (Benke, Appel, Varga, Fernández de la Hoz, & Leutgöb, 2011, S. 9). Die Sanierungsrate lag österreichweit 2012 bei 1,2%, im gemeinnützigen Wohn- und Gemeindebau bei 3-5% und im Bereich der privaten Einfamilienhäuser und Eigentumswohnungen unter 1% (Starmühler Agentur & Verlag, 2012).

Zusätzlich existieren noch zahlreiche Möglichkeiten welche ergänzend zu den bereits beschriebenen Maßnahmen eingesetzt werden können, wie beispielsweise zeitnahe und im Bedarfsfall muttersprachliche Energierechnungen, Smart Metering und Prepaid Zähler. (Benke G. , Varga, Appel, Fernández de la Hoz, Leutgöb, & Amann, 2012).

5.2.4 Projekte für energiearme MigrantInnen und Migranten

Da der kulturelle Hintergrund eines Menschen auch Einfluss auf dessen Energieverbrauchsverhalten nehmen kann, besteht bei der Entwicklung spezieller Maßnahmen für Personen mit Migrationshintergrund die Notwendigkeit, auf diese Besonderheiten einzugehen. So hat die ethnische Zugehörigkeit beispielsweise Einfluss auf die Wahl der Beleuchtungselemente oder die Wohnraumtemperatur, welche als angenehm empfunden wird. Des Weiteren entspricht in zahlreichen Kulturen das Zusammenleben mehrerer Generationen in einem Haushalt der Norm, während in anderen Kulturkreisen vorrangig Ein-Generationen-Haushalte existieren (ARGE Energieberatung Wien, Österreichisches Institut für Nachhaltige Entwicklung, die umweltberatung Wien, 2011). Innerhalb der Europäischen Union und Österreichs wurden bisher nur wenige Pilotprojekte, welche sich vorrangig mit energiearmen MigrantInnen auseinandersetzen, injiziert.

Das Projekt HEAT (Home Energy Advice Team) wurde zwischen April 2008 und März 2010 von der „National Energy Agency“ in Großbritannien durchgeführt. Hauptzielgruppe des Projekts waren Familien mit kleinen Kindern, aber auch Angehörige ethnischer Minderheiten, welche präventiv oder bei bereits bestehender Energiearmut unterstützt wurden. Durch die

Einbeziehung lokal tätiger Organisationen (durch Veranstaltungen und Beratungen) konnten vorhandene Netzwerke genutzt werden, um die relevanten Zielpersonen zu identifizieren und zu erreichen. Im Laufe des Projekts wurden 1.486 Personen beraten, davon 773 telefonisch, 196 bei Hausbesuchen und 517 im Rahmen von Energie- und Schuldenberatungssprechstunden, Beratungstagen und Gruppenpräsentationen (ARGE Energieberatung Wien, Österreichisches Institut für Nachhaltige Entwicklung, die umweltberatung Wien, 2011, S. 31).

Das Projekt Grätzeleltern, welches an das Berliner Projekt „Stadtteilmütter“ aus Berlin (Deutschland) angelehnt ist, wurde von der Caritas Wien, der Gebietsbetreuung der Stadt Wien und der Fachhochschule für Soziale Arbeit als Pilotprojekt in den Jahren 2012 und 2013 durchgeführt. Beide Projekte sollen der Bevölkerung von Stadtteilen mit hohem MigrantInnenanteil und nicht sanierter Altbausubstanz über richtiges Verhalten im Zusammenhang mit Wohnen und Energiekonsum informieren. Aktuell gibt es 16 „Grätzeleltern“ mit unterschiedlichem kulturellem Hintergrund. Sie haben gegenüber klassischen Energieberatern den Vorteil eines erleichterten Zugangs zur Zielgruppe, nicht zuletzt deshalb weil sie keine Vertreter einer staatlichen oder öffentlichen Stelle sind und im Rahmen einer individuellen Beratungssituation den teilweise hohen Informationsbedarf der energiearmen MigrantInnen decken können. Aufgrund der unterschiedlichen Herkunftsländer der BeraterInnen entfällt meist auch die sprachliche Barriere. Zur Verbreitung des Angebots wird das Netzwerk der Grätzeleltern genutzt (ARGE Energieberatung Wien, Österreichisches Institut für Nachhaltige Entwicklung, die umweltberatung Wien, 2011, S. 38).

6 Empirische Ergebnisse

6.1 Ausgangssituation

Das folgende Kapitel beschreibt die Ausgangssituation, welche zur Implementierung der Workshops in das bestehende Kursangebot des Caritas Campus Graz führte. Die in diesem Kapitel enthaltenen Informationen stammen aus einem Gespräch mit einem Mitarbeiter des Caritas Campus Graz sowie von der Homepage der Caritas Steiermark.

Der Caritas Campus für Bildung und Migration in Graz ist eine Einrichtung, welche MigrantInnen die Möglichkeit bietet, sich aus- oder weiterzubilden und so am österreichischen Arbeitsmarkt eine berufliche Perspektive zu bekommen. Das Angebot richtet sich an Personen, welche in Österreich einen legalen Aufenthaltstitel besitzen und langfristig die Möglichkeit haben, sich in Österreich legal aufzuhalten. Das wären beispielsweise Menschen, welche über einen positiven Asylbescheid oder eine Niederlassungsbewilligung verfügen, Inhaber einer Rot-Weiß-Rot-Card sind oder unter subsidiärem Schutz stehen.⁷

Ein Aufgabengebiet des Caritas Campus betrifft auch die Unterstützung der MigrantInnen bei der privaten Wohnungssuche nach dem Erhalt des legalen Aufenthaltsstatus. Durch die finanziell oft eingeschränkte Situation kann die Suche nach einer leistbaren und gleichzeitig qualitativ hochwertigen Wohnung zu einer Herausforderung werden. Zusätzlich werden MigrantInnen bei der Wohnungssuche teilweise von VermieterInnen nachteilig behandelt.

„Die Suche nach einer Wohnung stellt sich oft als sehr schwierig heraus. Wenn sich auf eine Wohnung zehn MigrantInnen und ein/e ÖsterreicherIn melden ist es oft so, dass trotzdem die/der ÖsterreicherIn genommen wird“ (E1, 2013).

Die Wohnungen, welche für MigrantInnen leistbar sind, befinden sich in häufig in alten Häusern mit vergleichsweise schlechtem und thermisch unsaniertem Standard, was auch zu den hohen Betriebskostenabrechnungen der BewohnerInnen beiträgt. Am Caritas Campus stehen den MigrantInnen zur Unterstützung auch so genannte WohnpatInnen zur Verfügung, welche für Fragen rund um das Thema Wohnen als AnsprechpartnerInnen dienen.

⁷ Begriffsdefinitionen siehe Kapitel 4.2 dieser Arbeit.

Um einen der angebotenen Kurse absolvieren zu können, werden die MigrantInnen mit Hilfe des Arbeitsmarktservice Österreich ausgewählt, und je nach individuellem Interesse und der vorhandenen Vorbildung den Kursen zugeteilt. Im Mittelpunkt stehen hierbei die Deutschkurse, welche darauf ausgelegt sind, dass die TeilnehmerInnen nach deren Abschluss über ein Sprachniveau im Bereich B1 oder B2 nach dem Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmen für Sprachen (GERS) verfügen, was eine selbstständige Sprachverwertung bedeutet und beispielsweise auch für die Erlangung der österreichischen Staatsbürgerschaft vorausgesetzt wird. Der Fokus liegt hierbei darauf, dass den TeilnehmerInnen nach Abschluss des Kurses die Kommunikation in deutscher Sprache in realen Lebenssituationen ermöglicht oder erleichtert wird.

In Kombination mit den Deutschkursen bietet der Caritas Campus MigrantInnen die Möglichkeit, Ausbildungskurse zu besuchen, welche sie je nach Schwerpunkt auf einen Arbeitseinsatz in der Baubranche, der Gastronomie oder im sozialen Pflegebereich vorbereitet. Zum Abschluss der Kurse können in diesem Zusammenhang Zertifikate erlangt werden, die den Einstieg in den österreichischen Arbeitsmarkt verbessern sollen. So können zum Beispiel Staplerführerscheine oder Schweisszertifikate erlangt werden. Dieses Angebot ist unter anderem auch deshalb von großer Bedeutung, da Ausbildungen, welche außerhalb Österreichs absolviert wurden, oftmals nicht anerkannt werden. MigrantInnen wird so die Möglichkeit gegeben, ein österreichweit vorweisbares Dokument über die absolvierte Ausbildung zur Vorlage an potenzielle ArbeitgeberInnen zu erhalten. Dadurch sollen die Chancen der MigrantInnen erhöht werden, im Anschluss an den absolvierten Kurs eine Beschäftigung zu finden oder eine Berufsausbildung beginnen zu können.

Innerhalb der angebotenen Kurse wurde die Thematik Energiesparen zwar bereits angesprochen, doch nicht mit Hilfe von standardisiert vorbereiteten Workshops oder Themenblöcken. In diesem Zusammenhang stellte sich heraus, dass dieses Thema den MigrantInnen durchaus Probleme bereitet, weshalb der Entschluss gefasst wurde spezielle Workshops für MigrantInnen rund um das Thema Energiesparen im Haushalt anzubieten.

Davon ausgehend fanden im Herbst 2012 drei Workshops zum Thema „Energiesparen im Haushalt“ für MigrantInnen statt, auf welche in dieser Arbeit näher eingegangen werden soll. Die Workshops waren darauf ausgerichtet, Menschen aus unterschiedlichen Nationen, welche in Österreich leben und hier auch einen legalen Aufenthaltsstatus besitzen, mit den

Grundbegriffen und richtigen Verhaltensweisen rund um das Thema Energie und Wohnen vertraut zu machen. Anschließend wurden für interessierte Personen noch individuelle Hausbesuche angeboten, um durch eine Analyse der Ist-Situation in den Haushalten gezielte Tipps und Hinweise zur raschen Verbesserung der energetischen Lebenssituation geben zu können.

6.2 Methodische Vorgehensweise

Zunächst wurde basierend auf dem gewählten Thema Energiearmut im Zusammenhang mit MigrantInnen eine Literaturrecherche durchgeführt. Die Sichtung und Aufbereitung der Forschungsliteratur diente auch als Vorbereitung auf die durchzuführenden Workshops und Hausbesuche. Zur empirischen Analyse der Workshops und der darauf folgenden Hausbesuche wurde das Instrument der Beobachtung gewählt, um das Verhalten der TeilnehmerInnen zu erfassen. Anschließend an die Workshops beziehungsweise Hausbesuche wurde jeweils ein Protokoll angefertigt. Daraus ergaben sich in Summe acht Protokolle, welche in der folgenden Bearbeitung der Thematik als Gedächtnisstütze fungierten und die wichtigsten Erkenntnisse, welche durch die Beobachtung erlangt wurden, enthalten.

Des Weiteren wurden neun ExpertInneninterviews durchgeführt, um die Ergebnisse der Workshops und Hausbesuche mit Meinungen und Erkenntnissen von Personen zu vergleichen, welche sich vertiefend mit den Themen der Armut, Energiearmut beziehungsweise MigrantInnen beschäftigen.

6.2.1 Literaturrecherche

Vor Beginn und auch während der Durchführung der Workshops und Hausbesuche wurde eine umfangreiche Literaturrecherche durchgeführt. Zielsetzung war es, einen ersten Überblick über das Themenfeld zu gewinnen und zusätzlich den aktuellen Stand der Forschung bezüglich Energiearmut in Österreich zu erfassen. Dazu wurden vor allem Online-Medien und die Universitätsbibliothek Graz benutzt. Als Stichwörter für die Suche entsprechender Literatur dienten hierbei die Begriffe „Energiearmut“, die englischen Übersetzungen „fuel poverty“ und „energy poverty“, sowie der allgemeine Begriff „Armut“. Anschließend wurde von der gefundenen Literatur aus nach der Methode der konzentrischen Kreise vorgegangen, indem von mehreren Ausgangsquellen ausgegangen und im jeweiligen Literaturverzeichnis nach ergänzender Literatur gesucht wurde (Sandberg, 2012, S. 70). Eine Grundlage statistischer Daten bezüglich der österreichischen Bevölkerung, Armut,

Einkommen, MigrantInnenanteil und so weiter, welche in dieser Arbeit verwendet werden, werden von der Statistik Austria kostenlos zur Verfügung gestellt und wurden von deren Website heruntergeladen. So gibt beispielsweise die EU-SILC Studie, welche jährlich durchgeführt wird, Auskunft über die Anzahl der Personen, die beispielsweise nicht in der Lage sind ihre Wohnung angemessen warm zu halten, über Deprivation und Armut allgemein, sowie über die Wohnverhältnisse der Menschen, die sich in Österreich aufhalten (Statistik Austria, 2012b).

Im Rahmen der Literaturrecherche wurde festgestellt, dass das Thema in den letzten Jahren in Österreich an Bedeutung gewonnen hat und daher bereits zahlreiche österreichische Publikationen zum Thema Energiearmut, aber nur wenige im Bezug auf MigrantInnen, verfügbar sind.

6.2.2 Workshops und Hausbesuche

In Bezug auf die vorliegende Arbeit muss zwischen den Workshops sowie den Hausbesuchen unterschieden werden. Die drei Workshops wurden in unterschiedlichen Kursräumen des Caritas Campus in der Leonhardtstraße Graz abgehalten. Zusätzlich wurde die im Haus vorhandene Küche, zur Veranschaulichung der praktischen Beispiele, genutzt. Die Workshops wurden am 7. September, 19. Oktober und 10. Dezember 2012 durchgeführt und dauerten jeweils drei Stunden, inklusive einer 15-minütigen Pause. Sie wurden in die regelmäßig abgehaltenen Kurse des Caritas Campus Graz integriert, wodurch die TeilnehmerInnen untereinander bereits bekannt waren. Der genaue Ablauf der Workshops wird in Kapitel 6.2.4 dieser Arbeit näher erläutert.

Die Hausbesuche wurden in den jeweiligen Haushalten der MigrantInnen, welche zuvor an den Workshops teilgenommen haben, abgehalten. Die zeitliche Dimension der Besuche wurde terminlich mit den Personen abgesprochen und in deren Anwesenheit sowie teilweise auch in Anwesenheit weiterer Familienmitglieder beziehungsweise MitbewohnerInnen durchgeführt.

MigrantInnen wurden vor Beginn derselben über die Tatsache informiert, dass die Workshops und auch die Hausbesuche den Ausgangspunkt für eine empirische Arbeit der Workshopleiterin darstellen und daher Protokolle über den Ablauf angefertigt werden. Durch die Teilnahme der Verfasserin dieser Arbeit an der zu beobachtenden sozialen Situation als

Workshopleiterin und Beraterin im Rahmen der Hausbesuche kann diese Art der Analyse zu einigen Problemen führen.

Durch die aktive Teilnahme der Verfasserin dieser Arbeit am Geschehen ergab sich die Notwendigkeit, das Protokoll nachträglich anzufertigen. Daraus entstand wiederum die Problematik des möglichen Entstehens von Gedächtnislücken und Erinnerungsfehlern. Zusätzlich kann es durch die Methode zu einer Identifikation der Beobachterin mit den Beobachteten kommen, was zu einer Verzerrung der Beobachtungen führen kann. Um diesen Aspekten so gut wie möglich entgegenzuwirken, wurden die Protokolle in Übereinstimmung mit einer zweiten Person, welche ebenfalls anwesend war, angefertigt. Für die Erstellung der Protokolle der Hausbesuche war diese Möglichkeit nicht gegeben.

6.2.3 Befragung

Zusätzlich zur Literaturrecherche und den Beobachtungen wurden neun ExpertInneninterviews durchgeführt, um ergänzend zu den Informationen aus den Workshops und Hausbesuchen erlangten Informationen noch fundierte Meinungen von ExpertInnen in die Arbeit und die Beantwortung der Forschungsfragen einfließen zu lassen.

„Befragung bedeutet Kommunikation zwischen zwei oder mehreren Personen.“

(...) Die Antworten beziehen sich auf erlebte und erinnerte soziale Ereignisse, stellen Meinungen und Bewertungen dar“ (Atteslander, 2003, S. 120).

Es wurden qualitative, teilstrukturierte Interviews geführt, um den Befragten die Möglichkeit zu geben, persönliche Wahrnehmungen und Meinungen in das Gespräch einfließen zu lassen. Aufgrund der vielen unterschiedlichen Disziplinen, welche Einfluss in die Thematik Energiearmut in Verbindung mit MigrantInnen nehmen, und der daraus folgenden differenzierten Betrachtungsweisen ist diese Methodik – trotz des vergleichsweise größeren Aufwands – geschlossenen Fragen und vorgegebenen Antwortmöglichkeiten vorzuziehen.

Bei der Auswahl der ExpertInnen wurde darauf geachtet, dass die Personen sich in ihrer täglichen Arbeit oder im Rahmen ihrer Forschungstätigkeit mit den Themen Migration, Energiearmut oder Armut an sich auseinandersetzen. Um einen guten Überblick über die Thematik zu erreichen wurden sowohl Personen aus der Praxis, wie beispielsweise der sozialen Arbeit, sowie Wissenschaftler befragt.

Bei Experteninterviews sprechen wir mit Menschen, die entweder im Umgang mit unseren Probanden Erfahrung haben (...) oder über unseren Forschungsgegenstand besondere und umfassende Erfahrungen haben (Atteslander, 2003, S. 155).

Vor Beginn der Befragungen wurde zur besseren Strukturierung der Gespräche ein Interviewleitfaden erstellt, welcher im Anhang 1 dieser Arbeit zu finden ist. Zu Beginn enthält der Fragebogen einige grundsätzliche Fragen zum Thema Energiearmut, welche in das Thema einleiten und den Gesprächseinstieg erleichtern sollen. Ein Beispiel für eine solche Frage ist etwa, in welchem Zusammenhang die Befragten selbst zum ersten Mal in Kontakt mit dem Thema Energiearmut gekommen sind. Bei Personen, welche an einem expliziten Projekt zum Thema arbeiten oder gearbeitet haben, wurde diese Frage durch jene nach der Entstehungsgeschichte des Projekts ersetzt. Anschließend folgen vertiefende Fragen bezüglich Energiearmut. In diesem Zusammenhang wird auch immer wieder explizit die Bevölkerungsgruppe der MigrantInnen erwähnt, um den Fokus der Überlegungen in diese Richtung zu lenken. Zum Abschluss des Gesprächsleitfadens folgen Fragen bezüglich der zukünftigen Entwicklungsmöglichkeiten und Notwendigkeiten zur Verringerung oder Eindämmung von Energiearmut im Allgemeinen und in MigrantInnenhaushalten im Speziellen.

Vor der Durchführung der Gespräche wurde den ExpertInnen der Fragebogen digital übermittelt und anschließend ein Termin für ein persönliches Treffen zur Abhaltung des Interviews vereinbart. Die Gespräche waren als teilstrukturierte Interviews auf den vorformulierten Fragebogen aufgebaut, wobei die Reihenfolge und generelle Verwendung der einzelnen Fragen der Interviewerin überlassen wurde. Während des Gesprächs wurde darauf geachtet, dass so viele Fragen wie möglich beantwortet werden, ohne den Redefluss der Gesprächspartner zu stark zu beeinflussen. Die durchgeführten Interviews wurden mit dem Einverständnis der Befragten mittels eines Diktiergeräts aufgezeichnet, um der Interviewerin die Möglichkeit zu geben, sich während des Gesprächs auf den/die GesprächspartnerIn und die Durchführung des Interviews zu konzentrieren. Die Gespräche fanden von 5. März 2013 bis 11. April 2013 statt. Am 22. Oktober 2013 fand zusätzlich noch ein Gespräch mit einem Mitarbeiter des Caritas Campus Graz statt.

Anschließend an die Gespräche wurden die Tonbandaufnahmen transkribiert, Gesprächsprotokolle erstellt und den einzelnen InterviewpartnerInnen zur Durchsicht und Korrektur digital übermittelt.

Zur Analyse der durchgeführten ExpertInneninterviews wurde die qualitative Inhaltsanalyse nach Jochen Gläser und Grit Laudel angewendet. Mit dieser Art der qualitativen Inhaltsanalyse entsteht eine Informationsbasis, welche durch Extraktion aus dem transkribierten Text nur noch jene Informationen enthält, die für die Beantwortung der Forschungsfragen relevant sind. Die verbleibenden Informationen werden anschließend kategorisiert. Die qualitative Inhaltsanalyse kann sowohl mit Papier und Bleistift, als auch c So gibt beispielsweise die EU-SILC Studie, welche jährlich durchgeführt wird, Auskunft über die Anzahl der Personen, die beispielsweise nicht in der Lage sind ihre Wohnung angemessen warm zu halten, über Deprivation und Armut allgemein, sowie über die Wohnverhältnisse der Menschen, die sich in Österreich aufhalten (Statistik Austria, 2012b).omputerunterstützt durchgeführt werden. Ausschlaggebend für die Wahl des Instruments ist meist die vorhandene Datenmenge. Die Inhaltsanalyse nach Gläser und Laudel lässt sich in vier Schritte gliedern: Vorbereitung der Extraktion, Extraktion, Aufbereitung der Daten und Auswertung. Während der Vorbereitung der Extraktion wird ein Suchraster erstellt, welcher in weiterer Folge dazu dient, auf Basis der Forschungsfragen relevante Informationen aus den transkribierten Interviews zu filtern. Anschließend werden die nach diesem Verfahren gefilterten Daten auf Widersprüche und Wiederholungen untersucht sowie redundante Aussagen zusammengefasst (Gläser & Laudel, 2010, S. 200-201).

Hierfür wurden im Rahmen dieser Arbeit zunächst die transkribierten Interviews sorgsam gelesen, um relevante Aussagen den dazugehörigen Auswertungskategorien zuzuordnen. Die Kategorien im Rahmen dieser Arbeit lauten: Allgemeine Ergebnisse zu Energiearmut, Besonderheiten energieärmer Haushalte, Selbsthilfe und Unterstützung für energiearme Haushalte, notwendiger Handlungsbedarf und Aspekte der Energiearmut in MigrantInnenhaushalten.

Kategorie	Definition der Kategorie	Bezeichnung der Dimension	
		Sachdimension	Zeitdimension
Allgemeine Erkenntnisse	<ul style="list-style-type: none"> • Einleitende Fragen • Eigendefinitionen • Entstehung von Energiearmut • Zusammenhänge von Energiearmut 	<ul style="list-style-type: none"> • Persönliche Meinungen 	<ul style="list-style-type: none"> • Aktuelle Situation
Besonderheiten	<ul style="list-style-type: none"> • Unterschiede zwischen energiearmen und nicht-energiearmen Haushalten 	<ul style="list-style-type: none"> • Eigenschaften energieärmer Haushalte • Einfluss der Energiearmut auf den Alltag 	<ul style="list-style-type: none"> • Aktuelle Situation
Selbsthilfe und Unterstützung	<ul style="list-style-type: none"> • Suffizienzstrategien und Hilfsangebote zur Verringerung von Energiearmut 	<ul style="list-style-type: none"> • Erfahrungen aus der Arbeit mit Betroffenen • Existierende Angebote 	<ul style="list-style-type: none"> • Aktuelle Angebote • Vergangene Entwicklung
Handlungsbedarf	<ul style="list-style-type: none"> • Bestehender Handlungsbedarf zur Reduktion von Energiearmut 	<ul style="list-style-type: none"> • Relevante Akteure • Handlungsempfehlungen 	<ul style="list-style-type: none"> • Mögliche zukünftige Entwicklung (kurz- bis mittelfristig)
Aspekte in MigrantInnenhaushalten	<ul style="list-style-type: none"> • Besonderheiten energieärmer MigrantInnenhaushalte • Möglichkeiten und Herausforderungen bei der Reduktion von Energiearmut in MigrantInnenhaushalten 	<ul style="list-style-type: none"> • Eigenschaften der Haushalte • Handlungsbedarf • Herausforderungen 	<ul style="list-style-type: none"> • Aktuelle Situation • Mögliche zukünftige Entwicklung

Tabelle 3: Kategorien, eigene Darstellung

Da den Befragten die Möglichkeit geboten wurde, frei zu antworten und die Reihenfolge der Fragestellung der Interviewerin überlassen war, musste bei der Analyse sehr aufmerksam gearbeitet werden. Oft war eine Kategorienbildung schwierig, da nicht jede Frage von allen Befragten eindeutig beantwortet wurde. Anschließend wurden die Antworten zusammengefasst, analysiert und in Kapitel 6.3 dieser Arbeit diskutiert.

Kürzel	Beschreibung	Interviewdatum
A1	Mitarbeiterin einer sozialen Organisation die arme und energiearme Menschen unterstützen	5. März 2013
A2	Mitarbeiterin einer sozialen Organisation die ein Pilotprojekt gegen Energiearmut organisiert	11. April 2013
B1	Mitarbeiterin eines Energievereins der Energieberatungen durchführt	5. März 2013
B2	Mitarbeiter einer öffentlichen Ansprechstelle für MigrantInnen	14. März 2013
C1	Wissenschaftler der zum Thema Energiearmut forscht	8. März 2013
C2	Wissenschaftlerin die zu Energiearmut forscht	11. März 2013
D1	Mitarbeiter eines Vereins der mit Flüchtlingen arbeitet	11. April 2013
D2	Mitarbeiter eines Vereins der energiearme Haushalte finanziell unterstützt	25. März 2013
E1	Mitarbeiter des Caritas Campus	22. Oktober 2013

Tabelle 4: Überblick ExpertInneninterviews, eigene Darstellung

Der für die regulären ExpertInneninterviews ausgewertete Fragebogen zielt darauf ab, zusätzliche Informationen zu Energiearmut allgemein und in MigrantInnenhaushalten im Speziellen zu erlangen um in weiterer Folge die in Kapitel 1.2 formulierten Forschungsfragen zu beantworten.

Die Fragen beziehen sich auf die spezielle Bevölkerungsgruppe der MigrantInnen, wobei eine Differenzierung oftmals schwierig oder nicht möglich ist, weil oft kein persönlicher Kontakt zwischen den betroffenen Personen und den befragten ExpertInnen im Rahmen ihrer Tätigkeit erfolgt und daher nicht immer auf die Herkunft der Personen geschlossen werden kann.

6.2.4 Workshops

Die primäre Zielgruppe für die von September bis Dezember 2012 durchgeführten Workshops waren ursprünglich MigrantInnen, welche einen legalen Aufenthaltsstatus in Österreich besitzen und kürzlich in eine neue Wohnung gezogen sind.

Leider konnten aus dieser zunächst ausgewählten Zielgruppe keine entsprechende Anzahl an MigrantInnen für die Durchführung der Workshops gewonnen werden. Als mögliche Begründung hierfür nennt ein Mitarbeiter des Caritas Campus, dass diese Personen zu diesem Zeitpunkt noch keine Betriebskostenabrechnung für die neu bezogene Wohnung erhalten haben und daher möglicherweise in dieser Frühphase noch kein ausgeprägtes Problembewusstsein vorhanden ist. Das Problem manifestiert sich oft erst mit der ersten Betriebskostenabrechnung. Daher wurde beschlossen, die Workshops in die laufenden Kurse des Caritas Campus einzubinden (E1, 2013).

Die zeitliche Vorgabe, sowie der Wunsch nach einer Aufteilung des Workshops in vier Themenblöcke erfolgte durch den Caritas Campus und auch die Abhaltungstermine wurden in Absprache mit Mitarbeitern der Caritas so festgelegt, dass in regelmäßigen zeitlichen Abständen verschiedene Kursgruppen den Workshop besuchen konnten.

Zur Vorbereitung auf die Workshops wurde zunächst ein grobes Ablaufschema bezüglich der zu behandelnden Themen aufgestellt. Demnach wurden die Veranstaltungen jeweils in einen Einführungsbock, einen Abschnitt zu den Themen richtig heizen, effizient Strom sparen im Haushalt, sowie richtige Mülltrennung aufgeteilt. Sowohl bei der allgemeinen Vorbereitung, als auch bei der Erstellung der verwendeten Präsentation wurde auf einfache Verständlichkeit geachtet. Durch eine Vielzahl von Bildern, Grafiken und durch viele interaktive Elemente während des Workshops sollte das Selbstverständnis gefördert werden, um auch den Personen mit wenig ausgeprägten Deutschkenntnissen das Verstehen der Thematik zu ermöglichen.

Auch die zur Auflockerung nach den einzelnen Theorieblöcken verwendeten Videos wurden unter anderem nach den Kriterien der nonverbalen Verständlichkeit ausgewählt.

Die Workshops begannen mit einer Vorstellungsrunde, bei der jede/r TeilnehmerIn kurz Namen, Herkunftsland und sonstige Informationen der Gruppe mitteilt. Dies soll vor allem zur Auflockerung der Situation dienen. Hierbei zeigten sich bereits starke Unterschiede innerhalb der einzelnen Gruppen bezüglich Sprachkenntnissen und dem Maß an aktiver Teilnahme der MigrantInnen. Anschließend wurden die MigrantInnen im ersten theoretischen Arbeitsblock bezüglich ihres Vorwissens befragt. Sie konnten in der Gruppe Vorschläge machen, welche Möglichkeiten sie bereits kennen um im Haushalt Energie zu sparen. Somit sollte überprüft werden, inwieweit die Anwesenden mit der Thematik Energie bereits vertraut sind.

Anschließend wurde darauf eingegangen, warum es für die TeilnehmerInnen tatsächlich sinnvoll wäre, in ihrem Haushalt Energie zu sparen. Der Fokus lag hierbei auf dem Aspekt der finanziellen Einsparungen und nicht so sehr auf dem Umweltschutzgedanken, da dies für Menschen in schwierigen Lebenssituationen oft nicht greifbar und verständlich ist. Darauf folgte der erste theoretische Input. Es wurde über die richtige Verwendung von Heizkörpern, die empfohlenen durchschnittlichen Raumtemperaturen und richtiges Lüften zur Schimmelvermeidung, sowie den Einsparungsmöglichkeiten bezüglich Duschen gegenüber einem Wannenbad gesprochen.

Darauf folgten während jedes Workshops eine 15-minütige Pause und anschließend der praktische Teil. Zu Beginn der zweiten Hälfte der Workshops beziehungsweise des dritten Blocks erfolgte ein Ortwechsel in die vorhandene Küche, um den TeilnehmerInnen die Sinnhaftigkeit von Kochen mit einem Deckel beziehungsweise Wasser kochen mit einem Wasserkocher vorzuführen. Hierzu wurde jeweils ein halber Liter Wasser in einem Topf ohne Deckel, einem Topf mit Deckel und einem Wasserkocher erhitzt um anschaulich darzustellen, welche Art der Erhitzung am schnellsten und damit auch am sparsamsten ist. Da die MigrantInnen in den Kursräumen über Wasserkocher verfügen und sich damit selbst in den Pausen beziehungsweise am Morgen Wasser für Tee aufkochen, war die Effizienz des Wasserkochers den meisten TeilnehmerInnen bereits bekannt.

Wieder zurück im Kursraum folgte ein weiterer theoretischer Block zum Thema Strom sparen im Haushalt, in dem ein breiter Überblick geboten wurde über die Vermeidung von Stand-By-Betrieb bei elektrischen Geräten, dem Gebrauch von Steckerleisten sowie Energieeffizienzklassen von elektrischen Haushaltsgeräten. Auch die richtige Benützung von Waschmaschinen und Geschirrspülern wurde mithilfe von Bildern und Erklärungen dargestellt. Anschließend wurde über Energiesparlampen und deren Einsparpotenzial gegenüber herkömmlichen Glühbirnen und deren richtiger Entsorgung gesprochen.

Als vierter und letzter Theorieblock folgte auf Wunsch der Caritas das Thema Abfallvermeidung und richtige Abfalltrennung im Haushalt. Zum einen deswegen, weil viele der MigrantInnen aus Staaten stammen, in denen es keine oder nur eine sehr oberflächliche Trennung des Haushaltmülls gibt, und zum anderen deshalb, weil auch die Abfallentsorgung in Österreich einen Teil der zu bezahlenden Betriebskosten ausmacht. Hierfür wurden in der Küche mitgebrachte Abfälle von den MigrantInnen den richtigen Abfallcontainern zugeordnet.

Abschließend folgte der interaktiven Teil des Workshops. Den TeilnehmerInnen wurde im Kursraum durch spielerisches Abfragen der wichtigsten Fakten des Tages mit jeweils vier Antwortalternativen die Möglichkeit gegeben, das Gehörte nochmals zu wiederholen und sich dabei für eine richtige Antwort auch ein Stück Schokolade zu „verdienen“.

Ergebnisse

Zusammengefasst kann gesagt werden, dass sowohl der Unterschied im sprachlichen Niveau, als auch jener in der Aufmerksamkeitsspanne sowohl unter den einzelnen TeilnehmerInnen als auch zwischen den einzelnen Workshops sehr groß war. Durch die Vorträge wurden unterschiedliche Reaktionen unter den MigrantInnen hervorgerufen. Die Erwähnung einer Badewanne im ersten Workshop führte beispielsweise unter den TeilnehmerInnen zu einer angeregten Diskussion darüber, dass ohnehin nur reiche Menschen sich eine solche leisten können, und daher die Überlegung des Wasserverbrauchs für ein Vollbad für alle Anwesenden hinfällig ist.

Bei den ersten beiden Workshops waren ausschließlich Männer anwesend, während der letzte Workshop mit einer Ausnahme nur von Frauen besucht war. Dies liegt in der Ausbildungsthematik begründet, so waren die ersten beiden Kurse eher auf eine

handwerkliche Berufsausbildung ausgelegt, während die dritte Veranstaltung die TeilnehmerInnen auf eine Arbeit in der Gastronomie vorbereiten sollte.

In Summe nahmen an den drei Workshops zum Thema Energiesparen im Haushalt von September bis Dezember 2012 34 Personen aus 18 verschiedenen Staaten teil. Der jüngste Teilnehmer war 16 und der älteste Teilnehmer 55 Jahre alt. Durchschnittlich betrug das Alter der TeilnehmerInnen 32,7 Jahre. Bezuglich der Aufenthaltsdauer in Österreich reichte die Spanne von einem Jahr bis 20 Jahre und lag im Schnitt bei 7,4 Jahren. Dementsprechend unterschiedlich war auch das Niveau bezüglich der Deutschkenntnisse und allgemeinen Sprachkompetenz.

Die TeilnehmerInnen wurden von den MitarbeiterInnen der Caritas im Vorfeld der Workshops gebeten ihre Stromrechnungen beziehungsweise Betriebskostenabrechnungen mitzubringen, um sie im Kurs besprechen zu können und etwaige offene Fragen zu klären. Dieser Bitte kamen nur wenige nach. Ein Teilnehmer erklärte auf Nachfrage, dass er zwar seit sieben Jahren in derselben Wohnung lebt, aber noch nie eine Betriebskostenabrechnung bekommen hatte. Als er darauf hingewiesen wurde, dass das sein Recht ist und er den Vermieter durchaus darauf hinweisen kann erwiderte er, dass er dann möglicherweise ausziehen muss, wenn er eine Abrechnung einfordert und deshalb darauf verzichtet.

Teilweise verfügten die TeilnehmerInnen über ausgezeichnete Deutschkenntnisse und stellten anspruchsvolle Fragen bezüglich der Verwendung von Photovoltaikanlagen und Ähnlichem. Auf der anderen Seite nahmen auch Personen teil, die noch nicht über ausgeprägte Deutschkenntnisse verfügten oder zuvor noch nie eine Steckerleiste gesehen hatten und sich diese ausführlich erklären ließen. Diese unterschiedlichen Niveaus waren die größte Herausforderung bei der Gestaltung und Abhaltung der einzelnen Workshops.

Zu Beginn dieser Arbeit war eine Evaluierung der Workshops mit Hilfe von Fragebögen geplant, welche vor Beginn der Workshops beziehungsweise drei Wochen danach an die TeilnehmerInnen ausgegeben wurden und sowohl das zuvor bereits vorhandene Wissen, als auch das nach Abschluss des Workshops noch verbleibende Wissen erfassen sollten. Aufgrund der geringen Anzahl an Personen, welche sowohl bei den Workshops, als auch beim Wiederbesuch drei Wochen später anwesend waren, ergab sich jedoch eine zu geringe Stichprobe um gültige Aussagen über den Anstieg des Wissens im Bereich Energiesparen

durch den Workshop zu treffen. Somit wurden die Fragebögen nicht in die vorliegende Analyse einbezogen.

6.2.5 Hausbesuche

Im Rahmen der Workshops wurde interessierten TeilnehmerInnen die Möglichkeit geboten, sich zusätzlich für einen persönlichen Beratungstermin einzutragen mit der Vorabinformation, dass eine individuelle Beurteilung ihrer Wohnsituation in Kombination mit Energiespartipps erfolgen würde. Durch das Eintragen ihrer Kontaktdaten in eine, während der Workshops durchgegebene Liste, konnten die MigrantInnen ihr unverbindliches Interesse an einem solchen Hausbesuch bekunden. Einige Wochen später wurde Kontakt zu den einzelnen Personen aufgenommen und ein verbindlicher Termin für den Hausbesuch vereinbart. Von 15 TeilnehmerInnen welche im Verlauf der drei Workshops ihre Kontaktdaten in das Formular eingetragen hatten, kamen bei fünf MigrantInnen aus fünf unterschiedlichen Nationen im Großraum Graz tatsächlich Hausbesuche zustande. Die restlichen InteressentInnen waren unter der angegebenen Telefonnummer entweder nicht erreichbar oder gaben bei dem Telefonat an, keine Zeit für einen Hausbesuch zu haben. Zusätzlich entwickelte es sich zu einer Herausforderung, den MigrantInnen verständlich zu machen, dass der Anruf die Vereinbarung eines Termins bedeutete und nicht so zu verstehen war, dass anschließend an den Anruf sofort der Hausbesuch stattfinden würde. In Bezug auf die Haushaltsgröße wurden sowohl Singlewohnungen, als auch Familienhaushalte sowie eine Wohngemeinschaft besucht.

Die Hausbesuche, welche von Dezember 2012 bis Jänner 2013 stattgefunden haben, erfolgten aus logistischen und organisatorischen Gründen durch eine einzelne Person, die Verfasserin dieser Arbeit. Zu Beginn wurde den BewohnerInnen der Haushalte in einem einführenden Gespräch der Ablauf des Besuchs erläutert. Anschließend folgten ein Rundgang durch die Wohnung und ein allgemeiner Überblick über die Wohnsituation und die Ausstattung mit Elektrogeräten. Basierend auf diesem Rundgang wurden die individuellen Energiespartipps und Ratschläge aufgebaut. Abschließend wurde den MigrantInnen die Möglichkeit geboten, selbst Fragen bezüglich ihrem Verhalten ihrer Strom-, beziehungsweise Heizrechnung und Ähnlichem zu stellen. Vor allem die Stromabrechnung war für viele der Personen schwer verständlich. Weitere Themen, die besprochen wurden, bezogen sich auf die Höhe der Rechnungen, die aber in den Fällen der Hausbesuche für die Größe der Wohnungen durchaus nicht als hoch betrachtet werden konnten. Es kann also nicht gesagt werden, dass die

MigrantInnen, bei denen Hausbesuche vorgenommen wurden, verschwenderisch mit Energie umgehen beziehungsweise unverhältnismäßig hohe Energierechnungen haben.

Es kann davon ausgegangen werden, dass durch das zusätzliche Angebot der Hausbesuche vor allem jene MigrantInnen angesprochen wurden, die sich bereits zuvor mit dem Thema auseinandergesetzt hatten. Diese Personen verfügten bereits über entsprechende Erfahrungen und haben bereits in der Vergangenheit im Alltag auf ihren Verbrauch geachtet. Diese Annahme konnte im Verlauf der Hausbesuche weiter verfestigt werden.

Ergebnisse

Die Wohnungen, die im Rahmen der Hausbesuche besichtigt wurden, waren mit einer Ausnahme alle in einem verhältnismäßig guten Zustand. In diesen Haushalten waren moderne Küchen mit funktionstüchtigen Elektrogeräten und Unterhaltungselektronik vorhanden. Meist waren auch verhältnismäßig gut gedämmte beziehungsweise neue Fenster und moderne Heizsysteme verbaut. Die Wohnung, welche als energieineffizient bezeichnet werden kann, verfügte über undichte Fenster und wurde über eine mobile Elektroheizung beheizt.

Trotzdem konnten in allen Wohnungen die in der Literatur beschriebenen Suffizienzstrategien beobachtet werden, wie beispielsweise, dass nach eigenen Angaben nur ein Raum geheizt wurde beziehungsweise gewisse Räume nur verwendet wurden, wenn Besuch kam oder, dass bei einem Luster mit mehreren Fassungen einige davon leer bleiben, um Strom zu sparen. Nicht gespart wird bei den meisten besuchten Haushalten beim Fernsehen beziehungsweise bei der Verwendung anderer Unterhaltungselektronik. So wurde in einem der Haushalte angegeben, dass der Fernseher jeden Tag von 16:00-21:00 Uhr eingeschaltet ist, sobald die im Haushalt lebenden Kinder aus der Schule kommen. In einer anderen Wohnung war es der Laptop, welcher den ganzen Tag verwendet wurde um, zum einen für anstehende Prüfungen zu lernen und zum anderen mit Verwandten und Bekannten aus dem Herkunftsland zu kommunizieren.

Energiesparlampen wurden in allen der fünf besuchten Haushalte verwendet. Auch abschaltbare Steckerleisten waren überall vorhanden. Teilweise kann davon ausgegangen werden, dass die Steckerleisten zwar vorhanden sind, aber nicht regelmäßig genutzt werden. In einem Haushalt wurde beispielsweise angegeben, dass der Fernseher den ganzen Tag auf Stand-By lief, obwohl er eigentlich an eine Steckerleiste angeschlossen war. Obwohl der Fernseher kaum benutzt wurde, wurde er am Morgen in Stand-by Betrieb gesetzt und dieser

erst vor dem zu Bett gehen wieder abgedreht. Die Frage warum überhaupt die Steckerleiste eingeschaltet wird, konnte vom Bewohner nicht beantwortet werden. Ein anderer Workshopteilnehmer verfügte zwar ebenfalls über eine Steckerleiste, gab aber an, dass diese hinter einer Schrankwand verlief und er sie daher ständig in Betrieb hatte, da er nicht für jede Abschaltung den Kleiderschrank verrücken wollte. Außerdem war er davon überzeugt, dass durch eine regelmäßige Abschaltung mit der Steckerleiste das Fernsehgerät Schaden nehmen könnte.

Während eines anderen Hausbesuchs war eine der dort lebenden Personen gerade damit beschäftigt, die Waschmaschine füllen. Auf die Frage ob er darauf achtet, dass diese nur in vollem Zustand in Betrieb genommen wird, antwortete der Bewohner mit ja, schloss im selben Moment die Tür der halbvollen Waschmaschine und startete sie. Daraufhin wurde er erneut darauf hingewiesen, dass es aus Energiespargründen wichtig wäre darauf zu achten, dass nur eine komplett gefüllte Waschmaschine in Betrieb genommen wird. Er erweckte den Eindruck, als hätte er den Zusammenhang erst in diesem Moment verstanden und gab an, in Zukunft darauf zu achten.

Während der Hausbesuche wurde auch über die energetische Situation in den jeweiligen Herkunftsländern der BewohnerInnen gesprochen. Beispielsweise gibt eine Person an, dass in Ländern wie dem Iran der Strom sehr billig sei und sich dort daher niemand mit der Thematik Energiesparen auseinandersetzt. Ein Migrant erklärte, dass er beim Fernsehen aus Gewohnheit gerne eine zusätzliche Lichtquelle eingeschaltet lässt, da es ihm ein gutes Gefühl vermittelt und in seinem Heimatland so üblich sei. Ein weiterer Migrant erzählte davon, dass die Stromversorgung in seinem Herkunftsland auf jahrzehntalter Infrastruktur basiert, während die Bevölkerungszahl in den damit versorgten Städten ständig zunimmt. Dies führt dazu, dass die Stromversorgung in den Wohngebieten tagsüber regelmäßig abgestellt wird, um die Industrieviertel während der Arbeitszeit mit Energie zu versorgen und am Abend beziehungsweise während der Nacht wiederum die Wohnviertel.

Im Allgemeinen waren die am häufigsten besprochenen Themen Tipps zum richtigen Lüften, effiziente Nutzung von Warmwasserboilern, Energiesparlampen, Einstellung der Heizkörper, richtige Benutzung der Waschmaschine, des Geschirrspülers und von Steckerleisten sowie der Verzicht auf den Stand-By Betrieb bei elektrischen Geräten.

Auf die Frage was sie seit dem Workshop in Bezug auf ihr Energieverbrauchsverhalten verändert hatten, erklärten alle fünf MigrantInnen einvernehmlich, dass sie ihr Verhalten eigentlich kaum bis gar nicht verändert haben und bereits zuvor über Steckerleisten und Energiesparlampen verfügten. Es bestätigte sich also wiederum, dass sich vor allem jene Personen für die angebotenen Hausbesuche angemeldet haben, die sich bereits zuvor mit der Thematik des Energiesparens auseinandergesetzt haben und auch allgemein daran interessiert sind.

6.3 ExpertInneninterviews

Im folgenden Kapitel wird konkret auf die Ergebnisse der ExpertInneninterviews eingegangen. Zunächst werden kurz die allgemeinen Erkenntnisse zum Thema Energiearmut und die Besonderheiten energieärmer Haushalte im Unterschied zu nicht-energieärmen Haushalten betrachtet. Anschließend folgt ein Blick auf existierende Angebote und Strategien zur Verringerung von Energiearmut sowie eine Darstellung des Handlungsbedarfs, der Sicht der ExpertInnen in diesem Bereich noch besteht. Abschließend folgt eine Auseinandersetzung mit den speziellen Aspekten von Energiearmut in MigrantInnenhaushalten, den besonderen Herausforderungen bei der Arbeit mit energiearmen MigrantInnen und den Möglichkeiten, in dieser Bevölkerungsgruppe, Energiearmut zu reduzieren. Diese Analyse basiert auf den leitfadengestützten ExpertInneninterviews welche im Rahmen dieser Arbeit durchgeführt wurden.

6.3.1 Allgemeine Ergebnisse zu Energiearmut

Im Rahmen der ExpertInnengespräche wurde zusätzlich zu den in Kapitel 5.1 dieser Arbeit beschriebenen Entstehungszusammenhängen von Energiearmut besonders die Vielschichtigkeit des Problems hervorgehoben.

„Also Energiearmut ist immer so ein Zusammenspiel, (...) wir haben praktisch sinkende Einkommen, steigende Energiepreise und mangelnde Energieeffizienz, (...) gleichzeitig muss man auch subjektive Faktoren mit bedenken bei der Definition von Energiearmut“ (C2, 2013).

So können zusätzlich zu den objektiv messbaren Faktoren wie Einkommen, Energiepreise und Energieeffizienz, subjektive Faktoren eine Rolle spielen wie psychische und physische Erkrankungen, Einbindung in soziale Netzwerke u.Ä., die gemeinsam mit zahlreichen

anderen Faktoren ebenfalls zu einer Verminderung oder Verstärkung der Energiearmut führen können.

„Energiearmut wird immer begleitet von anderen Faktoren wie beispielsweise: Wie fix steht man im Berufsleben? Was für ein Einkommen hat man? Wie groß ist die Familie? Wie groß ist die Wohnung? Hat man eine neu sanierte Wohnung, wo weniger Kosten anfallen?“ (D1, 2013).

Zusätzlich muss laut Aussage der ExpertInnen auch in die Überlegungen miteinbezogen werden, dass beispielsweise Arbeitslosigkeit oder Krankheit, welche oft auch eine Ursache für die Entstehung von Energiearmut darstellen, in Verbindung mit einem erhöhten Stromverbrauch stehen können, da diese Personen sich öfters und über längere Zeiträume in ihrer Wohnung aufhalten als Berufstätige.

„Das haben wir oft in den Haushalten, natürlich mit dem Fernseher und der Unterhaltungselektronik, wo das aber irgendwie für die eine Kompensation dafür ist, dass sie halt arbeitslos sind und den ganzen Tag daheim sein müssen. Ganz viele haben gesagt, sie brauchen das als Hintergrund, als Geräuschkulisse, weil sie halt sonst ins psychische Loch fallen. Da kann man auch schwer sagen aus Energiespargründen solltest du das abschalten“ (B1, 2013).

Eine zusätzliche Einschränkung die laut ExpertInnenmeinungen entstehen kann bezieht sich auf eine gesunde Ernährung der Betroffenen, welche auch davon abhängig ist, ob der Herd funktioniert beziehungsweise nur eingeschränkt nutzbar ist.

Energiearmut bedeutet für mich, wenn man nicht so heizen und leben oder sich wohlfühlen kann wie ein normaler Mensch. Also dass man die Heizung nicht aufdrehen kann weil man es sich nicht leisten kann, oder wenn man beim Essen sparen muss um sich warm zu halten oder umgekehrt“ (D1, 2013).

Diese zusätzlichen Aspekte welche als Entstehungszusammenhänge von Energiearmut miteinbezogen werden müssen, sollten zusätzlich ganzheitlich und nicht voneinander getrennt betrachtet werden.

6.3.2 Besonderheiten energieärmer Haushalte

„Energie wird erst spürbar oder sichtbar, wenn sie dann nicht mehr vorhanden ist, also wenn es zu Problemen kommt. Ansonsten bin ich es einfach gewohnt, dass die Lampe leuchtet“ (C2, 2013).

Durch das Leben in einem energiearmen Haushalt können für die BewohnerInnen zahlreiche Probleme entstehen. Durch die ständige Belastungssituation erhöht sich die physische aber auch psychische Krankheitsanfälligkeit. Zusätzlich kommt es zu einer langsameren Regeneration im Krankheitsfall, was im weiteren Verlauf Auswirkungen auf die Arbeitsfähigkeit hat. Das allgemeine Wohlbefinden ist eingeschränkt und die psychische Belastbarkeit reduziert.

„Ich glaube allgemein, dass bei solchen Leuten der Druck ziemlich hoch ist, die Angst, dass irgendetwas kaputt wird, dass irgendeine große Anschaffung ins Haus steht, die man sich nicht leisten kann, also das glaub ich, dass das so latent ständig im Hinterkopf ist“ (B1, 2013).

Wenn ein Elektrogerät defekt ist entsteht eine große psychische Belastungssituation. Aufgrund fehlender finanzieller Reserven wird in solchen Situationen häufig auf gebrauchte Geräte von Bekannten oder sozialen Einrichtungen zurückgegriffen, welche meist alt und ineffizient sind.

„Also sicher einmal die Elektrogeräte, die um einiges billiger sind, die sie eben durch Spenden geschenkt bekommen, wo es sich eben um alte Geräte handelt und die stellen wir dann in die Wohnungen hinein, das ist leider ein Teufelskreis“ (D1, 2013).

Wenn es im Extremfall tatsächlich zu Stromabschaltungen kommt, ergeben sich daraus zusätzliche Einschränkungen für den Alltag. Der Kühlschrank kann nicht mehr benutzt werden, die Gefriertruhe muss geleert werden, die Wäsche muss teuer im Waschsalon gewaschen werden und es ist kein warmes Wasser mehr zum Duschen vorhanden.

„Bei uns war einmal eine Alleinerzieherin, ihr Sohn war 8 oder 9 Jahre alt und die hatten solch einen Prepayment-Zähler. Dieser Zähler hat bei ihnen kurz bevor

„der Strom ausgeschaltet wurde ein eigenartiges Geräusch von sich gegeben. Wenn der Sohn das gehört hat, wurde er ganz nervös. Das ist irgendwie eine enorme psychische Belastung vor allem für so ein kleines Kind“ (A1, 2013).

Als einen der Hauptunterschiede zwischen energiearmen und durchschnittlichen österreichischen Haushalten identifizieren die ExpertInnen den allgemeinen Zustand beziehungsweise die Energieeffizienz der Wohnung, der Elektrogeräte und vor allem des Heizsystems.

„Jetzt heizen die mit Strom das geht einen Winter ja gut, und dann ist der Winter härter und länger und was ist das Ergebnis? Dann irgendwann nach dem Winter kommt die Abrechnung und dann hat man auf einmal eine riesige Nachzahlung“ (D2, 2013).

Wenn die Küche nicht vom Vermieter gestellt wird beziehungsweise bereits in der Wohnung vorhanden ist, kann des Weiteren davon ausgegangen werden, dass energiearme Haushalte eher über veraltete Geräte verfügen und auch etwaig vorhandene Thermen und Heizungen aufgrund fehlender finanzieller Mittel nicht ordnungsgemäß gewartet werden. Lediglich in der Ausstattung mit Kleingeräten gibt es laut den ExpertInnen im Allgemeinen keinen Unterschied zwischen energiearmen und nicht-energiearmen Haushalten.

„Was natürlich auffällig war, ist die Ausstattung mit Kleingeräten. Die Kinder haben ihre Computer, vielleicht nicht im besten Standard, aber Fernseher und Unterhaltungselektronik waren meistens vorhanden“ (B1, 2013).

Unsicherheit und Unwissenheit in Bezug auf das Thema Energie, Energiesparen oder Energierechnungen betrifft laut den ExpertInnen nicht nur energiearme Menschen. Energie kann allgemein als Thema betrachtet werden, bezüglich dessen im Allgemeinen nicht so viel Wissen vorhanden ist. Durch die geringen finanziellen Mittel fehlt energiearmen Menschen aber zusätzlich die Möglichkeit, die Energieeffizienz der Geräte oder des Hauses durch finanzielle Investitionen zu verbessern.

„Ich glaube, dass das Bewusstsein da ist, aber natürlich die Handlungsfähigkeit fehlt. Ich denke, dass es eher daran liegt, dass man eine finanzielle Rücklage braucht oder Kaufkraft um an seiner Situation etwas zu verändern“ (C1, 2013).

6.3.3 Hilfe und Unterstützung für energiearme Haushalte

Allgemein kann es für Betroffene schwierig sein, um Hilfe zu bitten. Dies ist eine Frage des Stolzes und hängt individuell von der einzelnen Person ab. Es fällt Menschen oft schwer zuzugeben, dass sie nicht mehr selbst mit ihren Problemen fertig werden und auf die Unterstützung anderer angewiesen sind. Vor allem wenn es das erste Mal ist.

„Das hängt vom Charakter und auch von der Sozialisierung des Menschen ab. Inwieweit er immer selber für sich zuständig war oder gewohnt war, dass ihm auch Hilfe zusteht“ (C2, 2013).

In der Sozialberatung kann gesagt werden, dass die Erstkontakte teilweise sehr spät erfolgen, zu Zeiten bei denen es unter Umständen schon zu Stromabschaltungen gekommen ist, sehen die Menschen teilweise erst die Notwendigkeit, sich Unterstützung zu suchen. Energiearme Menschen haben häufig auch noch andere und möglicherweise gravierendere Probleme als die Energiekosten. Zusätzlich darf in einem solchen Fall die Schamgrenze und die Angst vor Stigmatisierung nicht unterschätzt werden.

„Also die Schamgrenze darf man nicht unterschätzen und auch das Vertrauen in sich selber also wenn wir nur 1 Cent für jedes Mal bekommen, wenn jemand sagt, „Nächstes Mal hab‘ ich eh wieder eine Arbeit“, dann könnten wir da schon einige Leute finanzieren“ (A1, 2013).

Eine weitere wichtige Rolle in der Frage, wann sich Menschen Hilfe suchen oder ob sie es überhaupt tun, spielt die Einbindung in ein soziales Netzwerk oder der Zugang zu Informationen über existierende Hilfsangebote. Energiearme oder allgemein armutsgefährdete Menschen scheuen aus Scham oftmals den Kontakt zu anderen Menschen, ziehen sich stark zurück und erzählen auch dem näheren sozialen Umfeld nicht von ihren finanziellen Problemen. Des Weiteren hängt es auch vom Charakter eines Menschen beziehungsweise den

vorangegangenen Erfahrungen ab, inwieweit jemand im bisherigen Leben auf sich allein gestellt war.

„Ich glaube das ist extrem unterschiedlich. Es gibt Menschen, die holen nie Hilfe. Da geht es eben auch darum, wie stark ein Mensch in das soziale Netzwerk eingebunden ist“ (C2, 2013).

In Bezug auf die öffentliche Wahrnehmung der Thematik Energiearmut hat sich nach Meinung der befragten ExpertInnen in den letzten fünf bis zehn Jahren in Österreich viel verändert. Sowohl in der Betrachtung und Wahrnehmung durch die Öffentlichkeit, als auch durch die Energieversorgungsunternehmen, im Bereich der wissenschaftlichen Forschung und der Politik.

„Die allgemeine Wahrnehmung ist extrem angestiegen“ (C1, 2013).

Im Hinblick auf diese, durch die ExpertInnen wahrgenommene, gestiegene Wahrnehmung des Problems wurden in den letzten Jahren in Österreich zahlreiche Pilotprojekte gestartet. Beispielsweise das in Kapitel 5.2.4 dieser Arbeit näher beschriebene Projekt „Grätzeleltern“, welches sich vor allem auf energiearme MigrantInnen bezieht, oder die Kooperation zwischen der Caritas Steiermark und dem Landesenergieverein mit dem Fokus auf Energieberatungen für einkommensarme Haushalte.

„Ich habe das Gefühl, dass viel mehr Projekte starten, dass es viel mehr thematisiert wird und das auf jeden Fall die Politik auch darauf anspricht“ (B1, 2013).

Wie langfristig sich in weiterer Folge die erbrachte Hilfeleistung für die von Energiearmut betroffenen Menschen erweist, ist laut Aussage der ExpertInnen empirisch noch nicht untersucht.

„Daraüber weiß man gar nichts, das ist spannend. Energiearmut ist an sich definiert, also über diese 10% Definition, davon kann man halten, was man will, aber es macht in dem Sinn keinen Unterschied, ob die Definition einen Monat auf

„mich zutrifft oder ein Jahr, da gibt es überhaupt keine Langzeitstudien“ (C1, 2013).

6.3.4 Notwendiger Handlungsbedarf

Aus den Gesprächen mit den ExpertInnen ergeben sich zahlreiche relevante Handlungsfelder für die Eindämmung von Energiearmut in Österreich. Hierzu muss gesagt werden, dass die Lösung des Problems nicht von einer beteiligten Partei allein bewerkstelligt werden kann, sondern nur in Kooperation zwischen den unterschiedlichen beteiligten Akteuren gelingen kann.

„Ich denke der nächste Ansatz wäre sicher der, dass man sich vernetzt, dass die relevanten Stellen sich zusammensetzen um unabhängig von ihrem Eigeninteresse Lösungen oder Lösungswege zu finden“ (B1, 2013).

Soziale Organisationen wie beispielsweise die Caritas setzen sich bereits intensiv mit dem Thema auseinander. Aber sie werden zumeist erst um Hilfe gebeten wenn die Situation bereits schwierig geworden ist.

„Generell gehört dieses Problem entindividualisiert. Zurzeit ist es so, dass die Leute bei den Unternehmen zahlungsunfähig werden, und dann helfen die NGOs aus und bezahlen (...) die Stromrechnung und das ist eine absurde Situation. Das ist ein systemisches Problem, das wir haben (...)“ (C1, 2013).

In diesem Zusammenhang kann eine Kooperation zwischen Energieversorgungsunternehmen und sozialen Einrichtungen genutzt werden, um präventiv von Energiearmut bedrohte Haushalte zu identifizieren und durch gezielte Informationskampagnen zu unterstützen. Zusätzlich können in diesem Zusammenhang die Energieversorgungsunternehmen von der Erfahrung der sozialen Organisationen im Umgang mit armutsgefährdeten Menschen profitieren.

„Das hat mir der Armutsbekämpfung im Allgemeinen etwas zu tun. Wenn ich Armut bekämpfe, dann muss ich auch überlegen, was kann ich in

„unterschiedlichen Bereichen machen, einer dieser Bereiche ist Energie“ (B2, 2013).

Des Weiteren sollten Energieversorgungsunternehmen ihre CSR-Tätigkeiten auf ihr Kerngeschäft ausweiten oder verlagern und soziale Verantwortung für betroffene KundInnen übernehmen, indem geeignete Mittel gezielt für energiearme KundInnen, welche durch das Unternehmen identifiziert werden, vermittelt werden.

„Ich finde es wäre eine Chance wirklich zu sagen, das ist eigentlich der Bereich, wo wir tätig sind, wir knüpfen unsere CSR-Strategie und unsere soziale Verantwortung direkt an diesen Bereich“ (C2, 2013).

6.3.5 Aspekte von Energiearmut in MigrantInnenhaushalten

Wie bereits in Kapitel 5.1.6 dieser Arbeit beschrieben sind MigrantInnen eine jener Bevölkerungsgruppen, welche vermehrt von Energiearmut betroffen sind. Nach Meinung der befragten ExpertInnen spielen in diesem Zusammenhang vor allem die sprachliche Barriere, kulturelle Unterschiede, Einkommensunterschiede und der rechtliche Status der Menschen eine Rolle.

Sprachliche Defizite werden in vielen Bereichen der Arbeit mit MigrantInnen als Herausforderung betrachtet. Sie können in sämtlichen Lebensbereichen der MigrantInnen eine gewichtige Rolle spielen, sowohl bei der Informationsbeschaffung bezüglich geeigneter Ansprechstellen, als auch bei der Ansprache einer solchen Stelle im Bedarfsfall. Des Weiteren stellen Sprachbarrieren im Verlauf einer Energieberatung ein Hindernis dar, da die vermittelten Informationen nicht ausreichend verstanden werden.

„Ich könnte mir schon vorstellen, dass sie durch die sprachliche Barriere vielleicht schwerer Hilfe von einer öffentlichen Stelle in Anspruch nehmen“ (B1, 2013).

Soziale Einrichtungen übernehmen daher im Bedarfsfall auch Verhandlungen mit Energieversorgungsunternehmen und anderen Stellen. So begleiten auch die Grätzeleltern MigrantInnen zu Behördengängen, obwohl dies in der Konzeption des Projekts nicht

vorgesehen war. In diesem Zusammenhang wäre laut Ansicht der ExpertInnen auch ein Angebot oder eine Einrichtung notwendig, welche diese weiterführende Unterstützung langfristig und regelmäßig finanziert und anbietet.

„Wir haben zwar versucht diese Wege zu gehen, aber man hat zum Teil auch Grenzen und jetzt ist die Frage was hier geschaffen werden könnte, wer kann diese Lücke füllen oder was kann da gemacht werden“ (A2, 2013).

Als zusätzliche Herausforderung für die MigrantInnen wird im Zusammenhang mit Energie das Verständnis der Stromrechnung betrachtet. Was für deutschsprachige Personen oftmals schwierig ist, stellt für MigrantInnen aufgrund der sprachlichen Barriere ein Problem dar.

„Das ist generell nicht so leicht und auch nicht nur für MigrantInnen. Für die ist es noch schwieriger, aber ich denke, dass auch bei ÖsterreicherInnen ein großer Bedarf an Information vorhanden ist“ (A1, 2013).

Im Unterschied zu den anderen befragten ExpertInnen sieht ein Experte die Unterschiede in der Sprache als einzigen Aspekt welcher bei der Arbeit mit MigrantInnen speziell betrachtet werden sollte.

„Die Sprachbarrieren sind ein Thema, alles andere muss man gleich behandeln, ansonsten macht man einen großen Fehler und kommt dann in diese Kulturschiene, weil sie eine andere Kultur haben und wir müssen sie dadurch anders behandeln, das ist ein ganz problematischer Zugang“ (B2, 2013).

Ein Aspekt, welcher von den anderen ExpertInnen als relevant eingestuft wurde, betrifft allgemein kulturelle Unterschiede beziehungsweise Unterschiede in der Erfahrung mit Stromverbrauch, dem Umgang mit Energie beziehungsweise dem Wissen über das Thema Energiesparen und das richtige Lüften. So kann beispielsweise auch die Herkunft der Personen eine Rolle für deren Energieverbrauch spielen.

„Also ich glaube schon, dass sie manche Sachen nicht wissen, zum Beispiel wenn ich die Heizung auf 24 Grad aufdrehe, weil ich mich nicht auskenne, weil eben

„die Menschen aus Ländern kommen, wo sie keine Heizung haben oder keine Therme“ (A2, 2013).

Während in Österreich Kinder bereits in der Volksschule über die Notwendigkeit von Energiesparmaßnahmen Bescheid wissen, fehlen den MigrantInnen diese grundlegenden Informationen. Diese kulturellen Gewohnheiten, welche sich auch nur schwer ändern lassen, spielen eine relevante Rolle im Energieverbrauchsverhalten vieler Personen.

„Also die kulturellen Hintergründe noch viel mehr respektieren und diese auch wahrnehmen und gleichzeitig auch sich selber entlarven in seinen eigenen Handlungen, dass man ja selber auch geprägt ist durch diese, wie man ja immer sagt Habitus, und das glaube ich macht vieles irgendwie einfacher und vieles verständlicher“ (C2, 2013).

Ein weiterer Aspekt welcher von einem Experten aufgegriffen wird ist, dass die Caritas, welche als Ansprechstelle für in soziale Not geratene Personen fungiert und auch bei Energierechnungen hilft, eine christliche Einrichtung ist, wodurch MigrantInnen unter Umständen eine Scheu davor haben, dort um Hilfe zu bitten. Inwieweit dies der Realität entspricht kann nicht evaluiert werden.

„Ich meine es ist sowieso nicht lustig wohin zu gehen, aber es ist nicht jeder ein Christ in unserem Land und ich meine die Pfarre ist für alle offen, aber es ist natürlich schwer, wenn ich ein Muslime bin in eine katholische Pfarre zu gehen, das ist eine gewisse Überwindung“ (D2, 2013).

Handlungsempfehlungen in Bezug auf MigrantInnenhaushalte werden in den Gesprächen meist nicht differenziert betrachtet sondern sie überschneiden sich größtenteils mit den allgemeinen Empfehlungen, welche bereits in Kapitel 6.3.4 dieser Arbeit beschrieben wurden. Zusätzlich wurde auf den erhöhten Betreuungsbedarf von MigrantInnen aufgrund der schwierigen Lebenssituation und der sprachlichen Barriere hingewiesen.

„Dass zum Teil die Menschen eine stärkere Betreuung bräuchten oder Begleitung und dass in gewissen Phasen auf Grund ihrer Lebensumstände, oder eben auf

Grund dessen, dass sie in ein neues Land gekommen sind und vieles einfach noch nicht wissen und sie überfordert sind“ (A2, 2013).

6.4 Diskussion der Forschungsfragen

Im folgenden Kapitel werden die Ergebnisse aus der Literaturrecherche, der Analyse der Workshops, der Hausbesuche und der ExpertInneninterviews zusammengefasst, die Untersuchungsergebnisse diskutiert und die in Kapitel 1.2 dieser Arbeit formulierten Forschungsfragen beantwortet.

- Warum sind MigrantInnen eine jener Bevölkerungsgruppen welche vermehrt von Energiearmut betroffen sind?

Sowohl aus der Literaturrecherche, als auch aus den empirischen Ergebnissen dieser Arbeit lässt sich eine Vielzahl von miteinander vernetzten Erklärungen ableiten. Zum einen kann ein Einkommensunterschied zwischen österreichischen Staatsbürgern und MigrantInnen aus Drittstaaten festgestellt werden. So verfügen diese nur über 30% des Medianeinkommens österreichischer Staatsbürger. Das ist teilweise auf die fehlende Ausbildung von MigrantInnen zurückzuführen, aber auch auf eine mangelnde Anerkennung von im Ausland absolvierten Ausbildungen. Dadurch wird es Einwandernden erschwert, eine adäquate Anstellung zu finden. 18% der MigrantInnen aus Drittstaaten mit tertiärem Bildungsabschluss verrichten laut Statistik Austria Hilfsarbeiten. Durch die existierenden Einkommensunterschiede leben MigrantInnen vermehrt in günstigen, aber sanierungsbedürftigen Wohnungen, was wiederum zu einem erhöhten Energieverbrauch und damit zu einer hohen Energierechnung führen kann. Zusätzlich kann nach Meinung der befragten ExpertInnen eine Benachteiligung von MigrantInnen bei der Wohnungsvergabe beobachtet werden.

Des Weiteren fehlt MigrantInnen laut Aussage von ExpertInnen und den Ergebnissen aus den Workshops Erfahrung mit der Thematik Energie. Wer aus wärmeren, südlichen Ländern nach Österreich einwandert, muss sich mit den vorherrschenden klimatischen Gegebenheiten und dem Umgang mit Energie bezüglich Heizen, Lüften, Schimmelbildung und Energiesparen erst auseinandersetzen. Die hierfür vorhandenen Informationen sind häufig nur in deutscher Sprache erhältlich und zusätzlich mit einer Kontaktaufnahme zu einer Einrichtung oder Organisation verbunden.

Zusätzlich kann es für MigrantInnen aus Drittstaaten schwieriger sein, Strombeziehungsweise Energieabrechnungen und deren Zusammensetzung zu verstehen. Zunächst

aufgrund der sprachlichen Barriere, aber auch aufgrund des Systems bestehend aus der monatlichen Abrechnung und einer Jahresabrechnung.

Zusätzlich zum Aspekt des Wissens über Energie ist es auch wichtig, dass die Menschen tatsächlich über die Möglichkeit verfügen, etwas an ihrer aktuellen Situation zu ändern. Dies kann zum einen aufgrund der vorhandenen Einkommensarmut, welche eine Investition in energieeffiziente Geräte oder eine Sanierung der Gebäudesubstanz erschwert, zur Herausforderung werden. Zum anderen sind die Möglichkeiten, welche im Rahmen eines Mietverhältnisses bestehen, die energetische Situation des Wohnhauses zu verbessern, sehr eingeschränkt. 48% der österreichischen HausbewohnerInnen leben in Miete im Gegensatz zu 89% der Nicht-ÖsterreicherInnen. Bei Wohnungseigentum beträgt das Verhältnis 10% zu 8%. Für die BewohnerInnen besteht hauptsächlich die Möglichkeit über Verhaltensänderungen und geringe finanzielle Investitionen wie etwa in Energiesparlampen oder die Abdichtung von Fenstern, geringfügige Verbesserungen zu erzielen, welche bei einer sanierungsbedürftigen Gebäudesubstanz nicht ausreicht um eine große Veränderung der Energieeffizienz zu erzielen.

- Welche zusätzlichen Herausforderungen entstehen bei der Arbeit mit MigrantInnen im Bezug auf Energiearmut im Vergleich zu anderen Bevölkerungsgruppen?

Eine grundsätzliche Herausforderung bei der Arbeit mit energiearmen MigrantInnen stellt die Identifikation und in weiterer Folge die Ansprache der Betroffenen dar. Aufgrund von sprachlichen Barrieren und schlechten Erfahrungen mit Behörden scheuen MigrantInnen oftmals die Kontaktaufnahme mit Ansprechstellen, sozialen Organisationen sowie den Energieversorgungsunternehmen. Ein weiterer Grund besteht darin, dass ihnen relevante Informationsquellen für die Erlangung des Wissens um Ansprechpersonen, Anspruchsberechtigungen und Lösungsmöglichkeiten fehlen.

Ein weiterer wichtiger Faktor, welcher aber nicht nur die Arbeit mit MigrantInnen betrifft, ist die Überlegung, relevante Sachverhalte in Bezug auf Verhaltensänderung oder auch Ansprechstellen so zu kommunizieren, dass sie für die Betroffenen im Ernstfall präsent und abrufbar sind. Dazu muss zunächst das Vertrauen der Menschen gewonnen werden, um überhaupt zu erfahren, dass sie sich in einer Notsituation befinden. Bei MigrantInnen kann hier zusätzlich die Problematik auftreten, dass schon negative Erfahrungen mit Behörden

gemacht wurden und sich der Aufbau eines Vertrauensverhältnisses als langwierig und schwierig herausstellt.

Des Weiteren spielt für von Energiearmut betroffene MigrantInnen beziehungsweise auch für die Organisationen und anderen beteiligten Akteure die sprachliche Barriere eine Rolle. Sowohl bei der Kontaktaufnahme durch die entsprechenden Ansprechstellen, als auch bei der Inanspruchnahme von Beratungs- und Hilfsangeboten kann nicht mit Sicherheit davon ausgegangen werden, dass die vermittelten Informationen von den Betroffenen auch verstanden wurden.

Zusätzlich spielen kulturelle Aspekte eine Rolle. In diesen Zusammenhang sollte mit einem gewissen Maß an Sensibilität vorgegangen werden und von einer vorschnellen Verurteilung der Betroffenen abgesehen werden und stattdessen nach Gründen für das Energieverbrauchsverhalten gesucht werden. Dieses kann in den klimatischen Bedingungen in den Herkunftsländern begründet liegen, in denen das Thema Energiesparen nicht beziehungsweise nur in geringem Ausmaß bekannt ist. Wenn man es beispielsweise aus dem Herkunftsland gewohnt ist, dass es in der Nacht warm ist, kann das in Österreich zu einem Problem mit dem Energieverbrauch und in weiterer Folge mit Energiekosten führen. Auch mit Schimmel und Feuchtigkeit aufgrund von falschem Lüftverhalten kommen MigrantInnen aus südlicheren Ländern in ihrer Heimat kaum in Kontakt. Sie werden in Österreich zum ersten Mal mit dieser Thematik konfrontiert und verfügen daher nicht über die notwendigen Informationen über den richtigen Umgang mit der Heizung, richtiges Lüften und Stromsparen. Jeder Mensch verhält sich, wie er es gelernt hat und auch die Umstellung dieser automatisierten Prozesse braucht Zeit.

Ergänzend spielt die Erwerbstätigkeit von Migrantinnen, welche im Vergleich weniger oft erwerbstätig sind als Österreicherinnen, eine Rolle im Bezug auf den Energieverbrauch. Durch die ständige Anwesenheit von Personen in den Wohnräumen ist keine Tagabsenkung möglich.

Der rechtliche Status der MigrantInnen kann eine zusätzliche Herausforderung darstellen, wenn aufgrund eines unsicheren Aufenthaltsstatus Förderungen, Hilfsangebote und soziale Zuwendungen nicht in Anspruch genommen werden können oder wollen.

- Welche Handlungsempfehlungen lassen sich ableiten um Energiearmut in (MigrantInnen)Haushalten auf Dauer zu reduzieren?

Die Reduktion von Energiearmut stellt eine komplexe Problematik dar, welche nicht durch einzelne Maßnahmen sondern nur durch einen ganzheitlichen Ansatz und eine Kooperation zwischen den einzelnen Akteuren erreicht werden kann. Dazu müssen sowohl Energieversorgungsunternehmen als auch politische Akteure zunächst ihre Verantwortung erkennen und gemeinsam mit den sozialen Organisationen und Forschungseinrichtungen an nachhaltigen Lösungen arbeiten.

Im Folgenden werden Handlungsempfehlungen formuliert, welche einzelne Aspekte von Energiearmut vor allem in MigrantInnenhaushalten reduzieren können. Die Herausforderung beginnt hierbei damit, dass die Personen identifiziert beziehungsweise angesprochen werden müssen. Zunächst muss ein vertrauensvoller Zugang zu den betroffenen MigrantInnen geschaffen werden. Vorhandene Netzwerke und Communities können genutzt werden, um den Zugang zu den Betroffenen zu erleichtern. Dieser Ansatz gilt nicht nur für MigrantInnen, sondern auch für andere gefährdete Bevölkerungsgruppen, wobei natürlich nicht alle Betroffenen in Netzwerke eingegliedert sind und so erreicht werden können. Dennoch können über Pensionistenverbände (allein lebende Pensionistinnen), Wohnungsgenossenschaften oder das Jugendamt (AlleinerzieherInnen) Verbindungsglieder zwischen den energiearmen Personen und den Anlaufstellen geschlossen werden. Im Fall der MigrantInnen könnten Einrichtungen, welche Deutschkurse anbieten oder vermitteln, wie etwa die Caritas, das Berufsförderungsinstitut oder auch das Arbeitsmarktservice, vermehrt als Kontaktorganisationen genutzt werden. Auch MigrantInnencommunities stellen eine geeignete Stelle dar, um auf die Problematik der Energiearmut aufmerksam zu machen.

Anschließend können über Informationskampagnen in Zusammenarbeit mit den betroffenen Organisationen und Unternehmen und den bereits angesprochenen Kontaktorganisationen und Communities Basisinformationen bezüglich der Problematik und möglichen Anlaufstellen verbreitet werden. Eine Möglichkeit besteht darin, dass bereits bei der Übergabe einer Genossenschafts- oder Sozialwohnung eine einführende Unterweisung in Heiz- und Lüftpraktiken stattfinden. Zusätzlich können aus dieser Zusammenarbeit Austauschaktionen entstehen, welche es den Betroffenen ermöglichen, energieineffiziente Geräte (vor allem Kühlschränke) kostenlos auszutauschen und durch neuwertige Geräte zu ersetzen. Bei

MigrantInnen wäre eine Betreuung und Unterstützung bei allgemeinen Behördengängen beziehungsweise Verhandlungen mit den Energieversorgungsunternehmen auf breiter Basis hilfreich. Teilweise werden diese Unterstützungsangebote bereits von sozialen Organisationen angeboten, jedoch fehlen hier für ein großflächiges Angebot sowohl die finanziellen Möglichkeiten als auch das Personal.

Zentral bei der Kommunikation aller angeführten Angebote ist, den Betroffenen die Möglichkeit zu bieten, die Angebote ohne Schamgefühl und Gesichtsverlust wahrnehmen zu können.

Für MigrantInnen kann es mitunter schwierig sein, Strom- beziehungsweise Energiekostenabrechnungen und deren Zusammensetzung zu verstehen. Dies ist u.a. auf sprachliche Barriere zurückzuführen. Es muss hierbei aber auch darauf hingewiesen werden, dass viele ÖsterreicherInnen hierbei Probleme haben. In diesem Zusammenhang könnten muttersprachliche Energierechnungen verschickt werden sowie diese Thematik in existierende Angebote und Workshops eingebaut werden.

Ein wichtiger Aspekt, welcher auch von den befragten ExpertInnen hervorgehoben wurde, ist der Beginn beziehungsweise die Verbesserung von Kooperation und Kommunikation zwischen den betroffenen Akteuren wie Energieversorgungsunternehmen, sozialen Einrichtungen, politischen Entscheidungsträgern und so weiter. Aktuell befassen sich vor allem NGOs und soziale Einrichtungen mit energiearmen Personen aus Österreich und anderen Ländern. Wenn Menschen ihre Energierechnungen nicht bezahlen können oder eine hohe Nachforderung erhalten, wird von Seiten der sozialen Organisationen mit den Energieanbietern verhandelt, über mögliche Finanzierungsmöglichkeiten gesprochen und in letzter Konsequenz teilweise auch ein Teil der Energierechnung übernommen. Von individuellen Lösungsansätzen für einzelne Personen sollte allgemein Abstand genommen werden. Stattdessen wäre eine generelle und umfassende Reduzierung der Problematik in Zusammenarbeit mit allen verantwortlichen Stellen zu bevorzugen.

6.5 Resümee und Ausblick

Aktuell kann Energiearmut abseits der wissenschaftlichen Forschung noch als „Winterthema“ bezeichnet werden. Während in der kalten Jahreszeit zahlreiche Medien auf die Problematik aufmerksam machen, verschwindet die Diskussion im Sommer zur Gänze, wobei vergessen wird, dass fehlender Strom auch in der warmen Jahreszeit ein nicht zu vernachlässigendes Problem für viele Haushalte darstellt, da jegliche Kühlmöglichkeit von Lebensmitteln fehlt.

Im Bereich der wissenschaftlichen Forschung konnte bereits in den letzten Jahren ein gesteigertes Interesse an der Thematik beobachtet werden. Des Weiteren erfolgte gleichzeitig ein Anstieg in der Berücksichtigung für Förderungsausschreibungen. In Österreich fehlen in diesem Zusammenhang vor allem quantitative Erhebungen, wie viele Personen tatsächlich von Energiearmut betroffen sind und allgemein die Bereitschaft zum Verzicht auf einzelne Projekte zu Gunsten von einer flächendeckenden Erkennung und Bekämpfung des Problems.

Im Bezug auf die Reduktion von Energiearmut müssen des Weiteren vorhandene Angebote besser und vor allem in unterschiedlichen Sprachen kommuniziert werden. Darüber hinaus sollte die Verantwortung von sozialen Organisationen hin auf politische Entscheidungsträger und Energieversorgungsunternehmen übertragen werden, da so gezielt auf Betroffene zugegangen und für Verbesserungen gesorgt werden kann. Eine Unterstützung von Betroffenen nicht nur durch monetäre Anreize sondern vor allem durch Energieeffizienzmaßnahmen stellt ebenfalls einen notwendigen Ansatz dar.

Zusätzlicher Fokus kann auf die Erreichung der geplanten Sanierungsquote gelegt werden, um sanierungsbedürftigen Altbaubestand in energieeffiziente Gebäude mit dementsprechenden Energiekosten zu verwandeln. Diese ersten Ansätze zur Erkennung und Reduktion der Problematik Energiearmut stellen eine Grundlage für die langanhaltende Verbesserung der Situation in energiearmen Haushalten dar.

6.6 Executive Summary

6.6.1 Armut in Österreich

Die Armutgefährdungsquote ist in Österreich seit Jahren beinahe konstant und lag laut EU-SILC im Jahr 2011 bei 12,6% der Gesamtbevölkerung. Für einen Eipersonenhaushalt bedeutet dies ein Einkommen von unter 1.066 Euro pro Monat. Dieser Betrag ergibt sich aus 60% des Medianeinkommens der österreichischen Haushalte. Zusätzlich existieren Bevölkerungsgruppen wie beispielsweise Langzeitarbeitslose, AlleinerzieherInnen, allein lebende Pensionistinnen oder MigrantInnen welche eine erhöhte Armutgefährdung aufweisen. Personen welche von Einkommensarmut betroffen sind haben auch ein erhöhtes Risiko ebenfalls von Energiearmut betroffen zu sein. In Österreich wird vor allem versucht die Armut durch monetäre Sozialleistungen zu vermindern.

6.6.2 Energiearmut in Österreich

Der Begriff Energiearmut ist in Österreich noch nicht abschließend definiert. Daher kann aktuell auch nicht endgültig ermittelt werden wie viele Personen von Energiearmut betroffen sind. Laut EU-SILC 2011 konnten es sich 219.000 Personen in der vorangegangenen Heizperiode nicht leisten ihre Wohnung angemessen warm zu halten. In der öffentlichen Diskussion existiert die Thematik fast ausschließlich während der Heizperiode und abgesehen von sozialen Organisationen finden sich bei den beteiligten Akteuren noch wenig Problembewusstsein und Lösungsansätze. Maßnahmen gegen Energiearmut werden aktuell hauptsächlich in Form von vereinzelten Pilotprojekten durchgeführt. Im Gegensatz zu genereller Armut lässt sich Energiearmut nicht ausschließlich durch monetäre Zuwendungen vermindern.

6.6.3 Energiearmut in MigrantInnenhaushalten

Da MigrantInnen keine homogene gesellschaftliche Gruppe darstellen muss in diesem Zusammenhang zwischen MigrantInnen aus Drittstaaten und jenen aus den EU/EFTA-Staaten unterschieden werden. Aufgrund unterschiedlicher, miteinander in Wechselwirkung stehender Ursachen sind MigrantInnen (vor allem aus Drittstaaten) eine jener Bevölkerungsgruppen welche vermehrt von Energiearmut beziehungsweise Armut betroffen sind. Es sind dies vor allem ein, im Vergleich mit ÖsterreicherInnen, im Durchschnitt vermindertes Erwerbseinkommen und die erhöhte Armutgefährdungsquote, der erhöhte Anteil an Mietverhältnissen im Gegensatz zu Eigentum und die geringere Frauenerwerbsquote.

Zusätzlich leben MigrantInnen vermehrt in energetisch ineffizienter Wohnsubstanz mit einer größeren Anzahl Personen pro Haushalt. Die Kombination dieser Faktoren kann zu erhöhten Energiekosten führen. Ergänzend können sowohl sprachliche als auch kulturelle Unterschiede einen Einfluss auf das Energieverbrauchsverhalten haben. So sind beispielsweise allgemeines Wissen über energieeffizientes Verhalten, Schwierigkeiten beim Verständnis von Energieabrechnungen und Unerfahrenheit im Umgang mit Energie zusätzliche Herausforderungen.

6.6.4 Handlungsempfehlungen

Durch eine Kooperation der beteiligten Organisationen (Energieversorgungsunternehmen, soziale Organisationen, politische Akteure, wissenschaftliche Forschung, MigrantInnenorganisationen) soll ein Maßnahmenpaket entwickelt werden, welches auf die Bedürfnisse von energiearmen MigrantInnen abgestimmt ist. So können beispielsweise mehrmals stattfindende, muttersprachliche Energieberatungen oder/und Workshops in Kombination mit kostenlosem Gerätetausch und Sachgütergeschenken wie beispielsweise abschaltbaren Steckerleisten und Energiesparlampen einen ersten mittelfristigen Ansatz darstellen um erhöhte Energierechnungen zu reduzieren. Auf lange Sicht sind zeitnahe und einfach aufgebaute Energieabrechnungen (beispielsweise über Smart Meter), welche auch in unterschiedlichen Sprachen angeboten werden, sowie eine Erhöhung der Sanierungsquote energetisch ineffizienter Gebäude wichtige Ansätze zur dauerhaften Reduzierung von Energiearmut. Besonderer Fokus muss in diesem Zusammenhang auf die Finanzierung der einzelnen Aspekte gelegt werden, da energiearme Haushalte nicht über die finanziellen Mittel verfügen einen großen Eigenanteil zu leisten beziehungsweise für Beratungen zu bezahlen.

Abbildungsverzeichnis

<i>Abbildung 1: Struktur des Bruttoinlandsverbrauchs Österreich 2011</i>	11
<i>Abbildung 2: Struktur des Bruttoenergieverbrauchs Steiermark 2011</i>	12
<i>Abbildung 3: Bruttoinlandsverbrauch Österreich (1970-2012) in Terajoule</i>	12
<i>Abbildung 4: Bruttoinlandsverbrauch Steiermark (1988-2011) in Terajoule</i>	14
<i>Abbildung 5: Energetischer Endverbrauch nach Sektoren (1970-2012)</i>	15
<i>Abbildung 6: Energetischer Endverbrauch in Österreich nach Sektoren 2011</i>	16
<i>Abbildung 7: Energetischer Endverbrauch in der Steiermark nach Sektoren 2011</i>	16
<i>Abbildung 8: Endenergieverbrauch der österreichischen Haushalte</i>	18
<i>Abbildung 9: Konsumausgaben pro Haushalt 2009/2010</i>	19
<i>Abbildung 10: Energieverbrauch in österreichischen Haushalten nach Nutzkategorien</i>	20
<i>Abbildung 12: Befragung zur Definition von Armut</i>	27
<i>Abbildung 13: Bevölkerungsgruppen im Erwerbsalter unter der Armutsgrenze</i>	28
<i>Abbildung 14: Armutgefährdungsschwelle im Zeitverlauf</i>	32
<i>Abbildung 15: Deprivation in Österreich</i>	34
<i>Abbildung 16: Armutgefährdung nach Personengruppen</i>	35
<i>Abbildung 17: Armutgefährdungsquote nach höchster abgeschlossener Schulbildung</i>	37
<i>Abbildung 18: Wanderungsbilanz Österreich 1961-2012</i>	43
<i>Abbildung 19: Ausländeranteil in Österreich 1961-2013</i>	44
<i>Abbildung 20: österreichische Bevölkerung mit nicht-österreichischer Staatsbürgerschaft nach Staatsangehörigkeit 2012</i>	46
<i>Abbildung 21: Anzahl der Asylanträge seit 1999</i>	47
<i>Abbildung 22: Wanderungssaldo Steiermark 1961-2012</i>	47
<i>Abbildung 23: Teufelskreis der Energiekosten</i>	54
<i>Abbildung 24: Globale Situation</i>	56

Tabellenverzeichnis

<i>Tabelle 1: Gerätbestand in österreichischen Haushalten</i>	21
<i>Tabelle 2: Wohnprobleme nach soziodemographischen Merkmalen</i>	61
<i>Tabelle 3: Kategorien</i>	73
<i>Tabelle 4: Überblick ExpertInneninterviews</i>	74

Literaturverzeichnis

- Anderson, W., White, V., & Finney, A. (2012). Coping with low incomes and cold homes. In: *Energy Policy*, S. 40-52.
- Arbeiterkammer Steiermark. (2009). *Energiestrategie 2020 Möglichkeiten und Realitäten von erneuerbaren Energien und Energieeffizienz in der Steiermark*. Graz.
- Arbeitsmarktservice. (2013). *Leben und Arbeiten in Österreich*. Abgerufen am 3. August 2013 von http://www.ams.at/_docs/eurespubl_de.pdf
- ARGE Energieberatung Wien, Österreichisches Institut für Nachhaltige Entwicklung, die umweltberatung Wien. (2011). *Sustainable Energy Consulting for Low-income and Migrant Families*. Wien: ARGE Energieberatung Wien.
- Atteslander, P. (2003). *Methoden der empirischen Sozialforschung*. Berlin: Walter de Gruyter.
- Austrian Energy Agency. (2013). *Entwicklung des Energiepreise*. Abgerufen am 8. Februar 2013 von <http://www.energyagency.at/fakten-service/energie-in-zahlen/energiepreisindex.html>
- Badelt, C., & Österle, A. (2001). *Grundzüge der Sozialpolitik*. Wien: Manzsche Verlags- und Universitätsbuchhandlung.
- Bauer, W. T. (2008). *Zuwanderung nach Österreich*. Wien: Österreichische Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung.
- Benke, G., & Varga, M. (2012). *Energieverbrauch und Geräteausstattung in einkommensschwachen Haushalten*. Wien: e7 Energie Markt Analyse GmbH.
- Benke, G., Amann, S., & Schlägl, M. (2012). *Energiearmut: Energie sparen und Kosten senken in einkommensschwachen Haushalten*. Wien: e7 Energie Markt Analyse GmbH.
- Benke, G., Appel, M., Varga, M., Fernández de la Hoz, P., & Leutgöb, K. (2011). *Energieeffizienzmaßnahmen in einkommensschwachen Haushalten*. Wien: e7 Energie Markt Analyse GmbH.
- Benke, G., Marton, V., Amann, S., Fernández de la Hoz, P., & Appel, M. (2012). *Politische Handlungsempfehlungen zur Bekämpfung von Energiearmut*. Wien: e7 Markt Analyse GmbH.
- Benke, G., Varga, M., Appel, M., Fernández de la Hoz, P., Leutgöb, K., & Amann, S. (2012). *Fuel Poverty in Österreich*. Wien: e7 Energie Markt Analyse GmbH.

Berger, T. (2011). *Energiearmut: Eine Studie über Situation, Ursachen, Betroffene, AkteurInnen und Handlungsoptionen*. Wien: Spectro gemeinnützige Gesellschaft für wissenschaftliche Forschung.

BerufsInformationsComputer. (2013). *Thema: Migration und Arbeitswelt*. Abgerufen am 29. Juli 2013 von [www.bic.at](http://www.bic.at/downloads/at/themen/migration_und_arbeitswelt.pdf):
http://www.bic.at/downloads/at/themen/migration_und_arbeitswelt.pdf

Bruckmüller, E. (2010). Armut und Reichtum in der österreichischen Geschichte. In E. Bruckmüller, *Armut und Reichtum in der Geschichte Österreichs* (S. 7-14). Wien: Böhlau Verlag.

Brunner, K.-M., Spitzer, M., & Christianell, A. (2011). *NELA – nachhaltiger Energieverbrauch und Lebensstile in armen und armutsgefährdeten Haushalten*. Wien: ÖIN – Österreichisches Institut für Nachhaltige Entwicklung.

Bundeskanzleramt Österreich. (2013). *Migration und Integration in Österreich*. Abgerufen am 2. August 2013 von <http://www.zukunfteuropa.at/site/7216/default.aspx>

Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz. (2011). *Armut und Armutsgefährdung in Österreich. Ergebnisse aus EU-SILC 2010, Sozialpolitische Studienreihe, Band 8*. Wien.

Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz. (2012a). *Sozialbericht 2011-2012 - Ressortaktivitäten und sozialpolitische Analysen*. Wien.

Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz. (2012b). *Sozialschutz in Österreich*. Wien.

Bundesministerium für Inneres. (2013). *Asylstatistik 2012*. Wien.

Bundesministerium für Inneres. (2012). *Hinweise zur Asyl-, Niederlassungs- und Aufenthaltsstatistik, Fremdenpolizei und Visawesen*. Wien.

Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Umwelt (2012). *Energiestatus Österreich 2012*. Wien.

Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend. (2013). *Energiestatus Österreich 2013 (Entwicklung bis 2011)*. Wien: Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend.

Buzar, S. (2007). *Energy Poverty in Eastern Europe. Hidden Geographies of Deprivation*. Hampshire: Ashgate.

Die Armutskonferenz. (2013). Abgerufen am 3. März 2013 von [www.armutskonferenz.at](http://www.armutskonferenz.at/index.php?option=com_content&task=view&id=242&Itemid=235#Armut?):
http://www.armutskonferenz.at/index.php?option=com_content&task=view&id=242&Itemid=235#Armut?

Die Armutskonferenz. (2009). *Armut in Österreich*. Wien.

Dietz, B. (1997). *Soziologie der Armut: Eine Einführung*. Frankfurt/Main und New York: Campus Verlag.

Eiffe, F. (3. April 2009). Die EU im Lichte von Armut und Sozialer Ausgrenzung. Eine kurze Geschichte der Armutspolitik in der EU. In: *Kontraste*, S. 11-15.

Energie-Control Austria. (2013a). *Energiearmut in Österreich - Definitionen und Indikatoren*. Wien.

Energie-Control Austria GmbH. (2011a). *10 Jahre Energiemarktliberalisierung - Ein Geburtstag von dem alle profitieren*. Wien.

Energie-Control Austria GmbH. (2013b). *Aktuelle Daten, Begriffe, Markakteure*. Wien.

Energie-Control GmbH. (2011b). *Pressekonferenz zum Jahresbericht 2010*. Wien.

Europäisches Parlament. (2008). *Bericht über das Thema „Auf dem Weg zu einer Europäischen Charta der Rechte der Energieverbraucher*. Abgerufen am 5. August 2013 von <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+REPORT+A6-2008-0202+0+DOC+XML+V0//DE>

Eurostat. (2013). *Gini-Koeffizient des verfügbaren Äquivalenzeinkommens*. Abgerufen am 11. November 2013 von http://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/show.do?dataset=ilc_di12&lang=de

Eurostat. (12. Februar 2013). *Glossar: Bruttoinlandsverbrauch an Energie*. Abgerufen am 17. November 2013 von http://epp.eurostat.ec.europa.eu/statistics_explained/index.php/Glossary:Gross_inland_energy_consumption/de

Expertenrat für Integration. (2013). *Integrationsbericht 2013. Perspektiven und Handlungsempfehlungen für die nächste Gesetzgebungsperiode*. Wien.

Forschungsgruppe Umweltpsychologie. (2010). *Energieeffizienz statt Energiearmut. Leitfaden zu nachhaltigen Senkung der Energiekosten einkommensschwacher Haushalte*. FinSH Projektkonsortium.

Friedl, C. (September 2012a). Energiearmut und Wohnen. *Gegen Kälte - Energiearmut in Österreich*, S. 18-20.

Friedl, C. (2012b). *Energiearmut in privaten Haushalten*. Linz: Energieinstitut an der Johannes Kepler Universität Linz.

Gläser, J., & Laudel, G. (2010). *Experteninterviews und qualitative Inhaltsanalyse- als Instrumente rekonstruierter Untersuchungen*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Grazer Energieagentur. (2011). *Tipps zum Energiesparen*.Graz.

Healy, J. (2007). *Housing, fuel poverty and health: a pan-European analysis*.Hempshire.

Hofer, W. (September 2012). Energie-CheckerInnen - warum? In: *Gegen Kälte - Energiearmut in Österreich*, S. 32.

IMAS-International - Institut für Markt- und Sozialanalysen GmbH. (2003). *Armut im Spiegel des Wohlstands - Die Beschreibung der Not*. Linz: IMAS-International.

Industriellenvereinigung. (28. Juni 2013). Abgerufen am 3. August 2013 von Industrie zur Rot-Weiß-Rot-Karte: Reformen und Zukunftsstrategien umsetzen: <http://www.iv-net.at/b3113>

Jaeger, N. (2012). *Saft für alle! Energiearmut überwinden - Erneuerbare Energien solidarisch produzieren*. Berlin: Power Shift .

Kommission der Europäischen Gemeinschaften. (1991). *Schlussbericht des zweiten europäischen Programms zur Bekämpfung der Armut 1985-1989*. Brüssel.

Kratena, K. (2004). *Evaluierung der Liberalisierung des österreichischen Energiemarktes aus makroökonomischer Sicht*. Wien: WIFO.

Land Steiermark. (2012). *Armut und Lebensbedingungen in der Steiermark 2010*. Graz: Amt der Steiermärkischen Landesregierung, Abteilung 7 Landes- und Gemeindeentwicklung Referat Statistik und Geoinformation.

Land Steiermark. (2013). *Sozial Info Karte 2013*. Graz: Amt der Steiermärkischen Landesregierung .

Leisch, W. (2006). *Energie sparen - Umwelt und Konto schonen* . Wien: Arbeiterkammer.

Melinz, G. (2003). Armutspolitik und Sozialversicherungsstaat: Entwicklungsmuster in Österreich (1860 bis zur Gegenwart). In: *Österreich in Geschichte und Literatur (mit Geographie)*, S. 136-161.

Münz, R. (2008). Migration in Europa: Rückblick auf das 20. Jahrhundert, Ausblick auf das 21. Jahrhundert, Konsequenzen für die politische Integration. In D. Lange, *Migration und Bürgerbewusstsein. Perspektiven Politischer Bildung in Europa* (S. 17-26). VS Verlag für Sozialwissenschaften.

OECD. (2011). *Divided we Stand: Why Inequality keeps Rising*. OECD Publishing.

OECD/IEA. (2010). *Energy Poverty. How to make modern energy access universal? Special early excerpt of the World Energy Outlook 2010*. Paris.

Österreichischer Integrationsfonds. (2012). *Migration und Integration in den Bundesländern*. Wien.

Paierl, S., & Stoppacher, P. (2010). *Armut in Graz. Erster Armutsbericht der Stadt Graz*. 2010: Institut für Arbeitsmarktbetreuung und -forschung.

Proidl, H. (2009). *E-Control & Caritas - Pilotprojekt "Energieberatungen von einkommensschwachen Haushalten". Endbericht*.

Sandberg, B. (2012). *Wissenschaftliches Arbeiten von Abbildung bis Zitat - Lehr- und Übungsbuch für Bachelor, Master und Promotion*. München: Oldenbourg Wissenschaftsverlag.

Schäfer, G. K. (2012). Geschichte der Armut im abendländischen Kulturkreis. In E.-U. H. al., *Handbuch Armut und Soziale Ausgrenzung* (S. 257-278). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Sieferle, R. P., Krausmann, F., Schandl, H., & Winiwarter, V. (2006). *Das Ende der Fläche. Zum gesellschaftlichen Stoffwechsel in der Industrialisierung*. Köln: Böhlau.

Starmühler Agentur & Verlag. (19. April 2012). *Regierung Schuld an schlechter Sanierungsrate*. Abgerufen am 7. August 2013 von <http://www.energiebau.at/index.php/profi/wer-ist-schuld-an-schlechter-sanierungsrate/menu-id-27.html>

Statistik Austria. (2011a). *Armuts- und Ausgrenzungsgefährdung in Österreich - Ergebnisse aus EU-SILC 2010*. Wien: Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz.

Statistik Austria. (2011b). *Standard-Dokumentation Metainformationen zu den Energiebilanzen für Österreich und die Bundesländer*. Wien: Bundesanstalt Statistik Österreich Direktion Raumwirtschaft, Bereich energie und Umwelt.

Statistik Austria. (2011c). *Verbrauchsausgaben - Hauptergebnisse der Konsumerhebung*. Wien.

Statistik Austria. (2012a). *Gesamtenergiebilanz Österreich 1970-2011*. Wien.

Statistik Austria. (2012b). *Tabellenband EU-SILC 2011 - Einkommen, Armut und Lebensbedingungen*. Wien.

Statistik Austria. (2012c). *Demographisches Jahrbuch 2011*. Wien.

Statistik Austria. (2012d). *Bevölkerungsstand 1.1.2012*. Wien: Statistik Austria.

Statistik Austria. (2012e). *Energiebilanz Steiermark 1988-2011*. Abgerufen am 5. August 2013 von www.statistik.at/web_de/static/energiebilanz_stiermark_1988_bis_2011_detailinformation_065506.xlsx

Statistik Austria. (2012f). *Pressemitteilung: 10.253-106/12*. Abgerufen am 23. Juli 2013 von Starke Zuwanderung aus den östlichen EU-Staaten: positiver Wanderungssaldo 2011 mit 35.600 Personen deutlich höher: www.statistik.at/web_de/presse/064274

Statistik Austria. (2013a). *Bevölkerung zu Jahresbeginn seit 2002 nach zusammengefasster Staatsangehörigkeit - Österreich*. Wien.

Statistik Austria. (2013b). *Energiestatistik: Energiebilanzen Österreich 1970 bis 2011*. Abgerufen am 27. August 2013 von www.statistik.at/web_de/static/gesamtenergiebilanz_oesterreich_1970_bis_2011_022710.pdf

Statistik Austria. (2013c). *Vorläufige Energiebilanz Österreich 2012 in Terajoule*. Abgerufen am 17. November 2013 von www.statistik.at/web_de/static/vorlaeufige_energiebilanz_oesterreich_2012_in_terajoule_071936.pdf

Statistik Austria. (2013d). *Wanderungsbilanz Österreichs und der Bundesländer seit 1961*. Abgerufen am 20. Mai 2013 von http://www.statistik.gv.at/web_de/statistiken/bevoelkerung/wanderungen/index.html

Statistik Austria. (2013e). *Anteiliger Einsatz aller Energieträger am Gesamtenergieeinsatz aller Haushalte nach Verwendungszwecken*. Abgerufen am 23. Oktober 2013 von www.stat.at/web_de/static/anteiliger_einsatz_aller_energietraeger_aller_haushalte_insgesamt_und_nach_057391.pdf

Statistik Austria. (2013f). *Strom- und Gastagebuch 2012*. Wien.

Statistik Austria. (2013g). *Ausgewählte demographische Indikatoren des Jahres 2012 für die Bundesländer*. Abgerufen am 20. November 2013 von 108

www.statistik.at/web_de/static/ausgewahlte_demographische_indikatoren_des_jahres_2012_fuer_die_bundeslae_023578.pdf

Statistik Austria. (2013h). Abgerufen am 5. Dezember 2013 von Privathaushalte nach Haushaltsgröße, Bundesländern und Alter der Haushaltsreferenzperson - Jahrsdurchschnitt 2012:

http://www.statistik.at/web_de/statistiken/bevoelkerung/haushalte_familien_lebensformen/haushalte/023302.html

Statistik Austria, Kommission für Migrations- und Integrationsforschung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften. (2012). *Migration & Integration - zahlen.daten.indikatoren*. Wien.

Tálos, E., & Fink, M. (2008). Arbeitslosigkeit: Eine Geißel die niemals verschwindet. In S. Karner, & L. Mikoletzky, *Österreich. 90 Jahre Republik. Beitragsband der Ausstellung im Parlament* (S. 229-240). Innsbruck, Wien, Bozen: Demokratiezentrum Wien.

The World Bank Group. (2012). *Poverty Analysis - Overview*. Abgerufen am 3. 3 2013 von <http://web.worldbank.org/WBSITE/EXTERNAL/TOPICS/EXTPOVERTY/EXTPA/0,,print:Y~isCURL:Y~contentMDK:22397595~pagePK:210058~piPK:210062~theSitePK:430367,00.html>

Townsend, P. (1979). *Poverty in the United Kingdom - A Survey of household resources and standards of living*. Berkely und Los Angeles: University of California Press .

UNDP/WHO. (2011). *The energy access situation in developing countries*. New York.

UNHCR. (1951). *Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge*. Genf: United Nations High Commissioner for Refugees.

United Nations Development Programme. (2010). *Bericht über die menschliche Entwicklung - Der wahr Wohlstand der Nationen: Wege zur menschlichen Entwicklung*. New York und Berlin: Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen.

Verein menschen.leben. (2013). *Asyl in Österreich*. Abgerufen am 23. Juli 2013 von <http://www.menschen-leben.at/asyl/asyl-in-osterreich/>

Wagner, N. (2012). Armut in Österreich. In *Verteilungspolitik - Wo bleibt die Verteilungsgerechtigkeit* (S. 91-98). Wien: Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien.

Interviewverzeichnis

A1 (5. März 2013). Energiearmut in MigrantInnenhaushalten. (K. Schriebl, Interviewer)

A2 (11. April 2013). Energiearmut in MigrantInnenhaushalten. (K. Schriebl, Interviewer)

B1 (5. März 2013). Energiearmut in MigrantInnenhaushalten. (K. Schriebl, Interviewer)

B2 (14. März 2013). Energiearmut in MigrantInnenhaushalten. (K. Schriebl, Interviewer)

C1 (8. März 2013). Energiearmut in MigrantInnenhaushalten. (K. Schriebl, Interviewer)

C2 (11. März 2013). Energiearmut in MigrantInnenhaushalten. (K. Schriebl, Interviewer)

D1 (11. April 2013). Energiearmut in MigrantInnenhaushalten. (K. Schriebl, Interviewer)

D2 (25. März 2013). Energiearmut in MigrantInnenhaushalten. (K. Schriebl, Interviewer)

E1 (22. Oktober 2013). Energiearmut in MigrantInnenhaushalten. (K. Schriebl, Interviewer)

Anhang 1 – Fragebogen für die ExpertInneninterviews

Masterarbeit „Energiearmut in MigrantInnenhaushalten“

Interviewfragen

Im Rahmen meiner Masterarbeit zum Thema „Energiearmut in MigrantInnenhaushalten“ habe ich zum einen gemeinsam mit einer Kollegin am Caritas Campus Graz drei Workshops zum Thema „Energiesparen im Haushalt“ für Migrantinnen und Migranten abgehalten, und zum anderen Hausbesuche bei besonders interessierten Personen aus den Workshops durchgeführt. Durch die nun folgenden ExpertInneninterviews sollen neue Informationen dazugewonnen, und bereits bestehende Erkenntnisse überprüft werden. Da sich die Arbeit mit Energiearmut allgemein, aber mit MigrantInnenhaushalten im Speziellen beschäftigt, sind die folgenden Fragen auch dementsprechend formuliert. Das Ziel der Arbeit ist, herauszufinden, ob Workshops ein geeignetes Mittel sind, um Energiearmut in MigrantInnenhaushalten entgegenzuwirken beziehungsweise welche weiteren Möglichkeiten bestehen.

- Wie kamen Sie zum ersten Mal in Kontakt mit dem Thema Energiearmut?
- Was hat sich Ihrer Ansicht nach seither verändert? (politische Entwicklung, öffentliche Wahrnehmung, etc.)
- Da es in Österreich und der Europäischen Union noch keine offizielle Definition für den Begriff „Energiearmut“ gibt. Wie würden Sie persönlich Energiearmut definieren?
- Was sind Ihrer Meinung nach die häufigsten Ursachen für Energiearmut im Haushalten? Wie entsteht beziehungsweise beginnt Energiearmut in Haushalten?
- Welche Einschränkungen bestehen für die von Energiearmut Betroffenen im Alltag? Warum ist es wichtig Energiearmut entgegenzuwirken?
- Welche Gruppen sind Ihrer Meinung nach besonders von Energiearmut betroffen?
- Was sind Ihrer Ansicht nach die Hauptgründe dafür, dass speziell MigrantInnen häufig von Energiearmut betroffen sind?
- Was sind Ihrer Meinung nach die gravierendsten Unterschiede zwischen energiearmen und nicht-energiearmen Haushalten? Speziell im Bezug auf Haushaltsausstattung, Energiekonsum, etc. Gibt es zusätzliche Unterschiede in MigrantInnenhaushalten?
- Wie umfangreich ist Ihrer Erfahrung nach das Allgemeinwissen von energiearmen Haushalten und speziell von MigrantInnenhaushalten im Bezug auf Energie. (Wissen die Personen beispielsweise über die großen Stromverbraucher im Haushalt Bescheid?)

Können sie ihren monatlichen Energieverbrauch benennen? Wissen sie womit ihr Haushalt geheizt wird?)

- Welche Maßnahmen werden von den energiearmen Personen als Selbsthilfe getroffen? Wie wird versucht mit der Energiearmut umzugehen?
- Wie schwer beziehungsweise leicht fällt es Ihrer Ansicht nach energiearmen Menschen allgemein und MigrantInnen im Speziellen um Hilfe anzusuchen? Welche Verbesserungsmöglichkeiten bestehen, um die Menschen besser zu erreichen?
- Welches sind Ihrer Meinung nach die richtigen Methoden um Energiearmut (speziell in MigrantInnenhaushalten, aber auch allgemein) entgegenzuwirken und zu reduzieren? Welche Ansätze sind Ihrer Meinung nach weniger gut geeignet? (eventuell mit Beispiel)
- Was sind, speziell bei der Arbeit mit energiearmen MigrantInnen, Ihrer Meinung nach die zusätzlichen Herausforderungen?
- Sind Ihrer Meinung nach speziell Workshops zum Thema Energiesparen im Haushalt, welche der Bewusstseinsbildung dienen sollen, ein geeignetes Mittel um Energiearmut in (MigrantInnen)Haushalten zu reduzieren? Was sind hierbei die Vor- und Nachteile?
- Beschäftigen sich energiearme Menschen (speziell MigrantInnen) Ihrer Erfahrung nach aktiv mit dem Faktor Energiesparen beziehungsweise Energiesparmöglichkeiten?
- Wie gut sind die Chancen für energiearme Personen ihre Situation nachhaltig zu verbessern? Bei wie viel Prozent der Haushalte ist Energiearmut ein „Dauerzustand“?
- Welche Institutionen beziehungsweise Organisationen haben Ihrer Meinung nach konkreten Handlungsbedarf und auch die aussichtsreichsten Möglichkeiten gegen Energiearmut vorzugehen? (z.B.: Energieversorger, Sozialarbeit, Politik)
- Was sind Ihrer Ansicht nach die nächsten notwendigen Schritte die gesetzt werden müssen (z.B. von Seiten der Politik) um effizient gegen Energiearmut vorgehen zu können?

Danke für das Gespräch!